

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt
Postfach 5328 D-7800 Freiburg Tel. 0761/74003

WEM NÜTZT DER TOURISMUS

"Wem nützt der Tourismus" lautet die Überschrift des Themenschwerpunktes der jetzt erschienenen Nr.84 der "blätter des iz3w". Die 32-seitige Artikelserie über den Tourismus in der Dritten Welt setzt sich kritisch sowohl mit dem organisierten Massentourismus als auch mit den "alternativen" Rucksackreisenden auseinander.

Nach einer einführenden kritischen Bestimmung des Tourismus als Ergebnis unserer bürgerlichen Gesellschaft beleuchten mehrer analytische oder persönlich gehaltene Artikel das Phänomen Tourismus von den verschiedensten Seiten. Immer wieder taucht dabei die in diesem Heft nicht beantwortete Frage auf, ob wir Urlaubsreisen in die Dritte Welt ganz unterlassen sollten oder nicht. Die Leser sind zu Stellungnahmen aufgefordert.

Der Beitrag "Argentinien: Wirtschaftswachstum, Unterdrückung, und Widerstand" arbeitet die Geschehnisse der letzten zwei Jahre in diesem südamerikanischen Lande auf.

Das Heft enthält außerdem weitere Artikel zu:
Kolumbien (Wer sind die Botschaftsbesetzer?)
Zimbabwe (Das Volk hat gewählt)
Iran (Bani-Sadre gegen die Rechtsklerikalen)
Türkei (Fast wie in Chile nach dem Putsch)
Dazu kommen Rezensionen, Veranstaltungshinweise etc.

Bezug: iz3w Freiburg, Postfach 5328, 7800 Freiburg
Preis der Einzelnummer: DM 4.-
Abo (acht Nummern im Jahr): DM 35.-/25 ermässigt

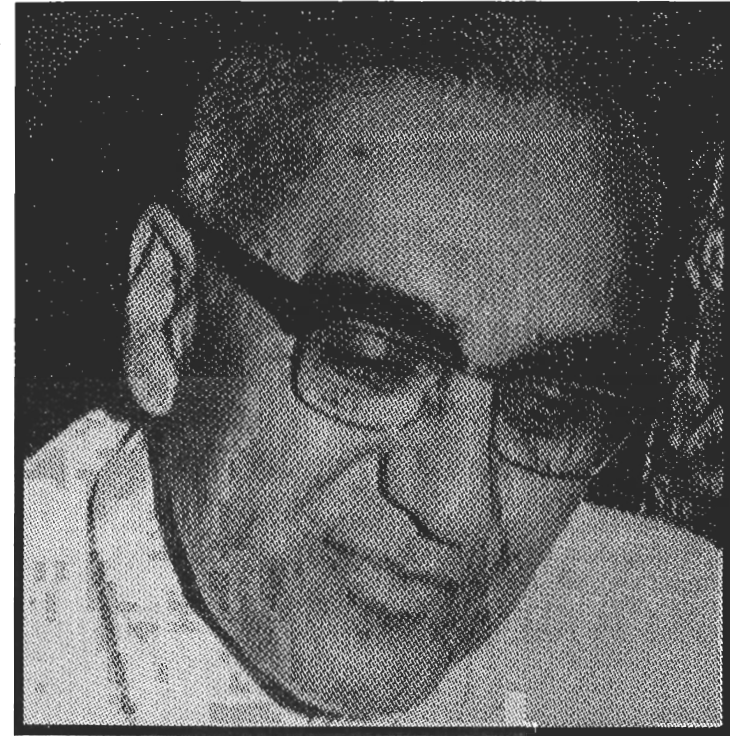
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 81

7. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Mai 1980

Solidaritätspreis DM 3,—



**»DEM VOLK BLEIBT NUR
DER LEGITIME AUFSTAND«**

Erzbischof Romero †

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

EL SALVADOR: ERKLÄRUNG DER BISCHÖFE — **GUATEMALA:** INTERVIEW MIT DER CUC — **MEXIKO:** MASSAKER IN DER HUASTECA — **NICARAGUA:** ESSAY — **KOLUMBIEN:** DROGEN — AUSSERDEM BERICHTEN AUS CHILE, BOLIVIEN KOLUMBIEN UND CUBA

INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT	3
I. BERICHTE	5
— BRD: — Wie die CDU Uruguay ins rechte Licht rückt	5
— Reise in Sachen Menschenrechte	7
— Cuba: — Ein gefundenes Propaganda-Fressen	12
— Chile: — Bauchlandung und Management	18
— Bolivien: — Chaotische Zustände	22
— Leserbriefe	26
— Kolumbien: — Siegen und Sterben	27
II. KURZMELDUNGEN	31
III. HINTRERGRUND	32
— Nicaragua: — Die Widersprüche der Revolution	32
— El Salvador: Bischofserklärung zur Ermordung von Erzbischof Romero	38
— El Salvador im Deutschen Fernsehen	40
— Interviews mit Bauern	42
— Guatemala: — Zur allgemeinen Lage	47
— Interview mit dem Comité de Unidad Campesina	50
— Mexico: — Der Kampf der Nahuatl in der Huasteca	55
— »Und wenn sie uns umbringen, so soll man das wenigstens erfahren«	57
— Kolumbien: — Drogen als Wirtschaftsfaktor	64
IV. SOLIDARITÄT: Argentinien	69

ZU DIESEM HEFT

Die Frage der "Solidarität mit den USA" steht wieder auf der Tagesordnung - neben dem "Olympiaboykott" beherrschen vor allem die Sanktionen gegen den Iran die Schlagzeilen. Dies sind scheinbar Ereignisse, die nichts mit Lateinamerika zu tun haben - doch können Entwicklungen in Lateinamerika helfen, den ungeheuren politischen Opportunismus, den viele beteiligten Politiker an den Tag legen, zu entlarven.

Mit der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran und dem Schicksal von ca. 50 Geiseln werden in der BRD Maßnahmen gerechtfertigt, die das Risiko eines Krieges bewußt einkalkulieren. Das Schicksal von 23 Bundesbürgern in Argentinien (17 vermißt, 5 verhaftet, 1 ermordet) hat dagegen die offiziellen Beziehungen zwischen der BRD und Argentinien nicht im geringsten getrübt.

In Guatemala stürmte Polizei und Armee die spanische Botschaft gegen den erklärten Willen des Botschafters - eine flagrante Verletzung der Unantastbarkeit diplomatischer Vertretungen. Im Gegensatz zu den Amerikanern in Teheran, denen bisher kaum ein Härchen gekrümmt wurde, kamen dabei 40 Menschen ums Leben. Welcher renommierte westdeutsche Journalist oder Politiker hat daraufhin die Bundesregierung zu konsequenter Solidarität mit den Indios in Guatemala aufgerufen ?

Die weltpolitische Entwicklung prägt auch die Berichterstattung über gegenwärtige Ereignisse in Lateinamerika. Die Flucht von 10.000 Kubanern in die peruanische Botschaft wird kurzerhand als (willkommener) Beweis für das entgeltliche Scheitern des kubanischen Entwicklungsmodells angesehen, die Tatsache, daß die kubanische Haltung in geradezu vorbildlicher Weise von der Achtung der Unverletzlichkeit einer fremden Botschaft geprägt ist, wird geflissentlich übersehen. Der linke Überlebenskampf in El Salvador wird als ein weiteres Beispiel der Expansion des sowjetisch-kubanischen Einflusses dargestellt. In zwei Artikeln wird diese Berichterstattung unter die Lupe genommen, darüber hinaus wird der Versuch einer Einschätzung der kubanischen Massenflucht unternommen.

Weit über die Hälfte der mittelamerikanischen Bevölkerung lebt auf dem Land, meist als Opfer unvorstellbarer Ausbeutung. Ihre politische Selbstorganisation muß als ein erster entscheidender Schritt zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Mittelamerika gesehen werden. Interviews mit Bauern in El Salvador und Guatemala vermitteln ein Bild von den jüngsten Entwicklungen. Trotz erheblich fortgeschrittener Industrialisierung und Urbanisierung unterscheidet sich die Situation vieler mexikanischer Bauern kaum von derjenigen ihrer südlichen Nachbarn, ein Hintergrundartikel beschäftigt sich genauer mit ihrer Lage sowie mit ersten lokalen Ansätzen der Organisation von Widerstand.

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 7 der
CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktionsschluß dieser Nummer: 16. April 1980

Abo-Preis: DM 35,—

Vorauszahlung auf:
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 100 100 10; Kennwort: Neu-abo '80

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Savignyplatz 5
1000 Berlin 12
Tel. 030/313 50 65

Redaktion:

Redaktionskollektiv

V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-
legexemplare erbeten.

Die Entwicklung der letzten Monate in Nicaragua hat deutlich gemacht, daß auch eine siegreiche Revolution neue politische Probleme schafft und daß der militärische Sieg der Sandinistas keineswegs eine Garantie für einen erfolgreichen Aufbau des Sozialismus darstellt. In diesem Heft diskutieren wir vor allem die Problematik repressiver Maßnahmen der Regierung gegen die linke Opposition.

Mit einem Artikel über Kokain- Anbau und - Handel in Kolumbien schließen wir an einen entsprechenden Artikel über Peru in der vorigen Nummer an.

★★★

LIEBE ABONNENTEN !

In den letzten Tagen haben wir reichlich Post von Euch erhalten - da kamen empörte Briefe, weil wir uns angemaßt hatten, noch eine Zahlkarte mitzuschicken, obwohl das Abo bezahlt war, oder weil Ihr die letzte Nummer zweimal erhalten hattet (letzteres war wirklich ein Versehen).

Leider haben immer noch viele - zu viele - von Euch das Abo nicht bezahlt - wenn darum in der nächsten Nummer wieder eine Zahlkarte liegen sollte, brauchen sich nur diejenigen angesprochen fühlen, die noch zahlen müssen, die aber dann wirklich !

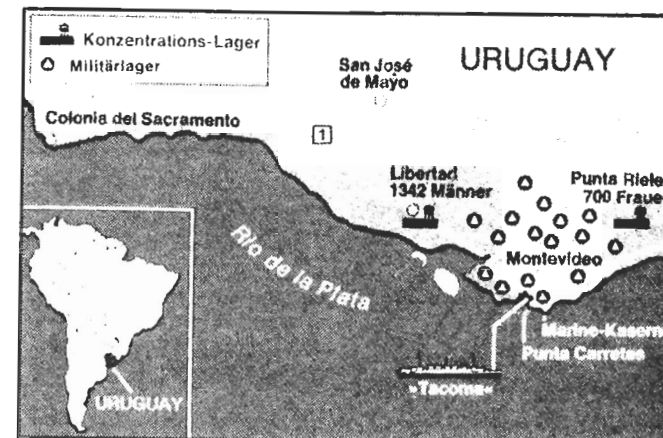
BRD

Wie die CDU Uruguay ins rechte Licht rückt

Im März dieses Jahres besuchte eine Delegation von CDU-Parlamentariern Uruguay, um dort zu überprüfen, was an der "Verleumdungskampagne" gegen das Land dran sei. Nachdem schon Ende letzten Jahres drei SPD-Parlamentarier nach einer Reise in den Cono Sur Verständnis für die dort herrschenden Diktaturen aufgebracht hatten (vgl. LN 79), geht nun die CDU noch einen Schritt weiter: die Parlamentarier wollen im Bundestag und im Europaparlament einen Antrag zur Rehabilitierung der auch so verleumdeten Militärdiktatur einbringen.

Zwei Mitglieder der CDU-Delegation, Charlotte Rabethge und Helmut Scherer, gaben der uruguayischen Tageszeitung LA MANANA (Ausgabe vom 14.3.80) ein Interview, in dem sie über ihre Reiseeindrücke erzählten.

Anlaß für die Reise war der Zweifel der Parlamentarier am Wahrheitsgehalt der "Versionen aus verschiedenen Quellen ... bezüglich der internen Situation" in Uruguay. "Mir persönlich" - so Charlotte Rabethge - "schiene diese Versionen nicht glaubhaft, denn ich kenne Uruguay, da ich hier 20 Jahre gelebt habe, während mein Mann als Agraringenieur bei verschiedenen Einrichtungen im Inneren des Landes arbeitete. Andererseits stammen alle diese Versionen aus extremistischen Sektoren oder solchen, die ihnen nahestehen, was sie meiner Ansicht nach sowieso desqualifiziert." Gefangene, die gefoltert wurden, müssen ja der Logik der CDU und des Regimes in Uruguay zufolge ja ungläubwürdige Extremisten sein! "... Darum haben wir beschlossen, diese Reise nach Uruguay zu unternehmen, und zwar beauftragt von unserer Partei, und ich kann Ihnen prak-



Der kleinste Staat Südamerikas hält einen Weltrekord. Uruguay ist das Land mit den meisten politischen Gefangenen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Der Zwei-Millionen-Staat hat rund 7000 Oppositionelle eingesperrt.

Sie sitzen in 21 Gefängnissen, KZs und Militärlagern rund um die Hauptstadt Montevideo. Im Hafen der Hauptstadt liegt das Gefangenschiff »Tacoma«, einstmals Versorgungsdampfer des deutschen Panzerschiffs »Graf Spee«

tisch sagen, daß wir fast überall in Uruguay gewesen sind... Während all dieser Tage haben wir mit Landarbeitern, Privat- und staatlichen Angestellten, mit Hausfrauen, mit Touristen (die ja bekanntlich immer besonders gut informiert sind! d.Red.) und auch mit uruguayischen Autoritäten gesprochen. Alle ohne Ausnahme waren absolut bereit, über all diese Themen zu sprechen und von dem, was wir gesehen haben und aus den Gesprächen haben wir ein vollkommenes Bild davon bekommen, wie man heute in ihrem Land lebt." Gespräche mit Menschenrechtsorganisationen etwa hätten die Vollkommenheit dieses Bildes sicher zerstört und wurden wohl deshalb vermieden.

Aus dieser "umfassenden" Information zogen die Parlamentarier den Schluß, daß "der Eindruck, den wir von Ihrem Land haben", nicht besser sein kann. "... Wir haben ein Land gesehen, das arbeitet, das dem Fortschritt entgegenschreitet, womit alle Versionen über angebliche interne Probleme auf allen Ebenen in



Straßenkontrolle in Montevideo

"es gibt auch keine Polizei- und Militärkräfte, die die Bürger bewachen...."

Uruguay, die im Ausland umgehen, entkräftet werden." Herr Scherer zeigte sich äußerst beeindruckt: "Ich habe Frieden gesehen und Ruhe, keine Ausschreitungen auf der Straße, es gibt auch keine Polizei- und Militärkräfte, die die uruguayischen Bürger bewachen, und was fundamental ist, die Personen, mit denen wir gesprochen haben, aus allen Sektoren, waren sich praktisch darin einig, hervorzuheben, daß das Land jetzt arbeitet und nach Entwicklung in allen Bereichen trachtet."

Schließlich versprochen die beiden frischgebackenen Uruguay-Experten der Zeitung, daß sie zu Hause durch Anträge der CDU im Bundestag und im Europa-Parlament dafür sorgen wollen, daß das Bild von Uruguay allseits richtig gestellt wird!

»Reise in Sachen Menschenrechte«

Wie ein SPD-Abgeordneter versucht, sich zu rechtfertigen

Nach ihrer Reise nach Argentinien und Uruguay Ende letzten Jahres, erregten die drei SPD-Parlamentarier Jungmann, Kuhlwein und Penner unangenehmes Aufsehen durch ihre Presseerklärung, in der sie die Verbrechen der beiden Militärdiktaturen bagatellisierten (vgl. LN 79). MdB Kuhlwein reagierte auf diesbezügliche Kritik mit einem Artikel im SPD-Pressedienst (15.2.80). Darin spricht er plötzlich von einer "Reise in Sachen Menschenrechten", wobei nach der glaubwürdigen Aussage des Abgeordneten Penner, dieses "Reizwort" nie gefallen ist. Ist dieser Artikel nun wirklich eine Distanzierung von den Äußerungen, die der argentinische Botschafter in Bonn als willkommene Schützenhilfe für seine Argumentation zur Rechtfertigung der Junta betrachtet? Hier zunächst der leicht gekürzte Text Kuhlweins:

REISE IN SACHEN MENSCHENRECHTE

VON DEN SCHWIERIGKEITEN, BESSERE ANSÄTZE FÜR EINE WIRKSAME HILFE ZU FINDEN (Von Eckart Kuhlwein MdB)

"Es ist nicht einfach, eine Militärdiktatur zu besuchen, wenn man zum Kreis der Politiker gehört, die in der deutschen Öffentlichkeit eben diese Diktatur... wegen ihrer Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeprangert haben. Das politische Mandat eines Bundestagsabgeordneten gilt in Ländern wenig, die ihre Parlamentarier nach Hause geschickt oder in Gefängnisse gesteckt haben. Und dort, wo - wie in Argentinien - handfeste wirtschaftliche Interessen der Bundesrepublik und ihrer großen Unternehmen berührt sind, macht es auch wenig Eindruck, wenn Politiker aus dem Regierungslager - es sei denn, sie gehörten zur ersten Garde der Exekutive - mit einer Verschlechterung des politisch-ökonomischen Klimas winken. Laute Anklagen - und seien sie auch noch so gut durch Fakten untermauert - lassen eher die Jalousien heruntergehen.

Wer trotz all solcher Widrigkeiten um der Menschen willen mit Diktatoren oder ihren Gefolgschaften ins Gespräch kommen will, muß elastisch vorgehen. Öffentliche Erklärungen im Lande über die Menschenrechtssituation sind dabei ebenso wenig hilfreich wie öffentliche Unterstützung für die Opposition. Wer dennoch mit moralischem Bekennermut die Wahrheit sagen will, wird entweder gleich am Flughafen zurückgeschickt oder in seinem Aktionsradius so stark eingeschränkt, daß er weder die notwendigen Informationen sammeln, noch mit den verantwortlichen Stellen darüber sprechen kann. Vielleicht bekommt er dafür eine Schlagzeile in der Presse der eigenen Heimat. Ob er damit etwas bewegen kann, ist zumindest fraglich.

Die Delegation der SPD-Arbeitsgruppe für Menschenrechtsfragen, die im Herbst vergangenen Jahres Argentinien und Uruguay besucht hat, hatte sich vorgenommen, Informationen über die "politische und soziale Lage" in den beiden Ländern zu sammeln. Gleichzeitig wollten wir Vertretern von Militärs und Regierung unsere Sorge wegen der Menschenrechtsverletzungen vortragen. Vertreter von politischen Parteien, Gewerkschaften und Presse sollten uns einen besseren Einblick in die Verhältnisse verschaffen, als man ihn aus Emigrantensliteratur, Zeitungen und Botschaftsberichten gewinnen kann. Von den Menschenrechtsgruppen wollten wir mehr über die konkreten Erfahrungen der Betroffenen hören. Ziel einer ganzen Serie von Gesprächen während unserer zweiwöchigen Reise war es, bessere Ansätze für eine wirksame politische und humanitäre Hilfe zu finden als bisher.

Die offiziellen Regierungsstellen blieben zunächst reserviert. Nach und nach gelang es dennoch den Bemühungen der beiden deutschen Botschafter, Gespräche auf Minister- und Staatssekretärsebene zu vermitteln. Die Spitzen der herrschenden Militärs zeigten jedoch kein Interesse. Wo immer wir uns an der richtigen Stelle glaubten, machten wir unsere große Sorge wegen der Menschenrechtsverletzungen deutlich. Dabei erfuhren wir, daß es leichter ist, in der Heimat Resolutionen zu formulieren oder zu unterschreiben als im fremden Land Anklage zu erheben, ohne dabei den diplomatischen Rahmen zu sprengen. Konkret: So selbstsicher sitzen die Militärs in Argentinien und Uruguay längst im Sattel, daß sie sich von bundesdeutschen Abgeordneten nicht in Schwierigkeiten bringen lassen.

Für die Hilfe in einzelnen Fällen, für Nachforschungen nach dem Schicksal von Verschwundenen oder Inhaftierten ist es wichtig, daß man Ansprechpartner kennt. Wir haben einige solcher Kontakte geknüpft. Wir haben die Hoffnung, daß unsere Briefe nicht wie früher im Papierkorb oder in einer zentralen Abwimmelstelle landen, sondern wirklich gelesen werden und sogar positive Schritte veranlassen. Ob wir das zu optimistisch sehen, wird sich zeigen.

Wer in einer Diktatur mit Gruppen sprechen will, die zu den Regimekritikern gehören oder als Organisation verboten, suspendiert oder interveniert sind, kann das nicht in subversiven Zirkeln tun, wenn er seinen Gesprächspartner nicht gefährden will. Halboffizielle Gespräche jedoch werden immer nur einen Teil der erwünschten Informationen bringen, weil gefährdete Partner entweder nicht kommen oder nicht alles sagen. Manche Äußerung über die Verhältnisse in Argentinien und Uruguay waren dennoch deutlich genug, um sich das richtige Bild machen zu können (Unterstreichung von Red.).

Für den Politiker aus einer relativ stabilen Demokratie ist natürlich auch die Vorgeschichte von Militärdiktaturen von großem Interesse. Auf die Frage, wie das alles hat kommen können, gab es verschiedene Antworten. Unser Eindruck ist nur die Summe dessen, was wir in vielen Gesprächen erfahren haben: Beide Länder sind früher hochentwickelte Wohlfahrtsstaaten gewesen. In Argentinien wechselten beinahe regelmäßig Diktaturen und instabile Demokratien einander ab. Für die Entwicklung des Landes, aber auch für einen Teil seiner Probleme, ist sicherlich die populistische Regierung von Juan Peron 1943 - 1955 von größter Bedeutung gewesen - eine Volkswohl-Diktatur mit Massenbewegung nach dem Muster Mussolinis, aber offenbar ohne die Exzesse des europäischen Faschismus. Uruguay hat eine lange stabile demokratische Tradition -, die sich in den 60er Jahren auch unter dem Druck ökonomischer Veränderungen selbst aufs Spiel gesetzt hat. (Unterstreichungen von Red.)

In beiden Ländern gab es schon in der 60er Jahren militante Gruppen, die gegen die herrschenden Verhältnisse erst zur direkten Aktion schritten und dann zur Waffe griffen. Ob MRA oder Montoneros in Argentinien oder Tupamaros in Uruguay - die ideologischen Wurzeln und Ziele sind vielfältig gewesen. In ihren Mitteln waren die Gruppen nicht wählerisch: In der Schlußphase schaukelten sich Terror und Gegenterror gegenseitig auf. Eine breite Massenbasis in der Bevölkerung, bei den Arbeitern und ihren Gewerkschaften, hat jedoch offenbar gefehlt. Das gilt sowohl für den größeren Teil der peronistischen Gewerkschaftsbewegung Argentiniens als auch besonders für die kommunistisch (moskautreue) beeinflussten Gewerkschaften Uruguays, die von einer revolutionären Situation nichts wissen wollten.

Die letzten demokratisch gewählten Präsidenten in Uruguay (bis 1973) und in Argentinien (bis 1976) waren nicht mehr in der Lage oder selbst schon zu sehr korrumpiert, um das Problem der terroristischen Auseinandersetzungen mit demokratischen Mitteln durch legalen Einsatz der Sicherheitskräfte zu lösen. Sie überließen den Militärs kampflos die Schreibtische in den Ministerien und die Gefängnisse.

Aber ganz unabhängig von der Vorgeschichte ist es unbestritten, daß sich beide Regimes schwerster Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben. Tausende von Entführungen mit unbekanntem Schicksal, Folterungen unter Einsatz raffinierter Techniken, psychischer Terror, verschleppte oder überhaupt nicht eingeleitete Gerichtsverfahren, Sippenhaft, Verfassungsbruch - das Szenario ist kaum vollständig zu beschreiben. Noch immer werden 6.000 - 7.000 Verschwundene in Argentinien von ihren Verwandten gesucht, noch immer warten mindestens 1.500 politische Häftlinge - also etwa jeder 2.000. Staatsbürger - in den uruguayischen Gefängnissen von Libertad und Punta Rieles auf Prozeß oder Entlassung. Und viele von ihnen haben sich nicht mehr zuschulden kommen lassen, als Aufrufe an der Universität zu unterschreiben oder der Kommunistischen Partei angehört zu haben.

Es gibt in Diktaturen viele Gerüchte. Aber es ist kein Gerücht, daß in beiden Ländern die Militärs blutige Rache geübt haben. Und es ist kein Gerücht, daß trotz der von den Militärs vermeldeten Niederwerfung des Terrorismus noch immer die Menschenrechte verletzt werden. Und es ist auch kein Gerücht, daß noch immer Menschen verhaftet werden und daß noch immer Menschen spurlos verschwinden.

Welche Perspektive beide Länder für eine Rückkehr zur Demokratie haben, muß Spekulation bleiben: Die politischen Parteien sind personell weitgehend ausgeblutet, dürfen sich nicht offiziell betätigen und lassen deshalb Zweifel an ihrer Kraft zur inneren Erneuerung. Die Parteienstruktur ist im übrigen mit der europäischen nicht zu vergleichen. "Volksparteien" wie die Peronisten in Argentinien oder die "Blancos" und die "Colorados" in Uruguay entsprechen nicht dem, was weltanschaulich orientierte europäische Parteien darstellen. Der Peronismus ist mehr eine Bewegung als eine Partei. Und die traditionellen Parteien in Uruguay haben ein solch breites Spektrum, wie es nur noch bei den beiden großen US-amerikanischen Parteien zu finden ist.

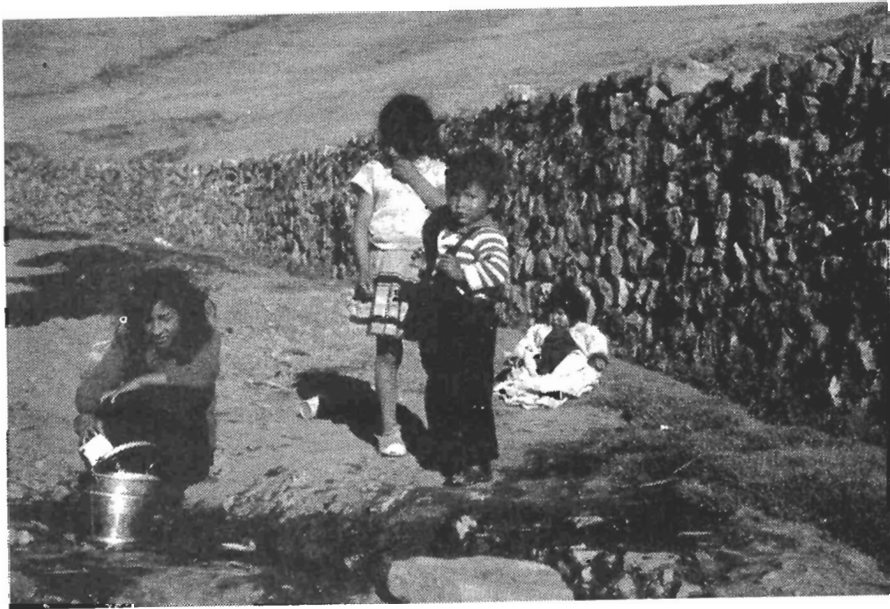
Dennoch bleibt es eine wichtige Aufgabe, die Kräfte in den vorhandenen Parteien zu unterstützen, die eine demokratische Erneuerung ihrer Länder anstreben. Das kann von Europa aus nur mit sehr viel Fingerspitzengefühl geschehen. Aber Reisen hinüber und herüber können nicht nur Ideen und Erfahrungen vermitteln,

sie können auch Mut geben, am schwierigen Demokratisierungsprozeß unter einer Militärdiktatur weiterzuarbeiten.

Ob die Militärs die Macht eines Tages freiwillig wieder hergeben werden, ist zumindest fraglich. Argentinien hat eine reiche Tradition an mehr oder weniger repressiven Militärregierungen. In Uruguay ist es die erste. Militärdiktaturen pflegen in der Regel von sich zu behaupten, sie wollen nur Ruhe und Ordnung schaffen, um dann die Demokratie wiederherstellen zu können. In Argentinien fehlt bisher ein konkreter Plan dafür. Uruguays Militärs haben ein "Chronogramm" angekündigt, nach dem 1980 eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung (mit der Alternative ja/nein) und 1981 die Wahl eines Einheitspräsidenten folgen sollen. Ob das ernst gemeinte Schritte zur Demokratisierung sein werden, wird sich zeigen. Einige Gruppen in Uruguay hoffen darauf. Dabei darf die Angst der Militärs vor der Rache der Bevölkerung nicht unterschätzt werden.

Was die offizielle Politik der Bundesregierung angeht, sollte sie distanziert aber nicht verschlossen sein. Beide Länder haben ein großes Interesse an Europa und besonders an der Bundesrepublik. Wie ihre Politik bei uns eingeschätzt wird, ist ihnen absolut nicht gleichgültig. Diese Einstellung sollte als politische und humanitäre Waffe genutzt werden.

Ob und inwieweit wirtschaftlicher Druck die Veränderung der Verhältnisse bewirken kann, ist unstritten. Die zweiseitigen Entwicklungshilfeprojekte sind eher bescheiden. An Argentinien haben bundesdeutsche Unternehmen nicht zuletzt wegen der Fischereigewässer und der Energiereserven selbst großes Interesse. Aber wenn es schon geschäftliche Beziehungen gibt, sollten sie auf jeden Fall stärker als bisher mit humanitären Bemühungen verknüpft werden. Und das gilt nicht nur für die Bundesregierung und ihre Auslandsvertretungen, sondern auch für Unternehmer, die in diesen Ländern Geschäfte machen." (15.1.1980)



Insgesamt kann man von dem Artikel wohl kaum behaupten, daß er eine wesentliche Korrektur der Äußerungen in der berüchtigten Presseerklärung darstellt. MdB Kuhlwein hat sich offensichtlich nicht die Mühe gemacht, seine mangelhaften Kenntnisse der Geschichte Argentiniens und Uruguays etwas zu verbessern; überhaupt springt er mit historischen Tatsachen recht willkürlich um: die Verwendung des Begriffs "Volkswohl" in bezug auf den italienischen Faschismus kann man nur zynisch nennen. Und es zeugt nicht von profunder Kenntnis Argentiniens, wenn er den Peronismus kurzerhand mit Mussolinis Faschismus über einen Kamm schert: hier sitzt Kuhlwein veralteten soziologischen Theorien und der Propaganda der Kommunistischen Parteien auf.

Auch sein Demokratieverständnis ist recht zweifelhaft. Eine Demokratie setzt sich nicht selbst aufs Spiel, sondern wird von bestimmten sozialen Gruppen abgeschafft, wenn sie ihre ökonomische und politische Macht gefährdet sehen. Das sollte ein Mitglied der SPD eigentlich wissen, die sich so viel auf die Verteidigung der Weimarer Republik gegen den Faschismus zugute hält. Gerade aus unserer eigenen Geschichte sollte ihm bekannt sein, daß eine Demokratie nicht einfach mir nichts dir nichts - quasi selbsttätig - untergeht.

Wie schon in der Presseerklärung geht er mit keinem Wort auf die sozialen Ursachen des "Terrorismus" ein. Völlig unbeleckt von jedem genauen Wissen setzt er staatlichen Terror und Widerstand gleich. Der "legale Einsatz der Sicherheitskräfte" durch die Regierung Isabel Perón war gerade nicht eine Bekämpfung des "Terrorismus", sondern diente der Niederschlagung des Widerstandes der Arbeiter gegen ihre Wirtschaftspolitik, womit gerade Anschläge der Montoneros und anderer Guerrillagruppen provoziert wurden. Diese Anschläge waren höchstens ein Anlaß unter anderen wichtigeren, die den Putsch verursachten. (Vgl. zu diesem Punkt auch LN 79).

Die Menschenrechtsverletzungen der beiden Militärdiktaturen sind nach Kuhlwein plötzlich unbestritten. Diese Einsicht freut uns! Doch wenn diese Verbrechen unbestritten sind, warum hat er sie dann zusammen mit Penner und Jungmann erst einmal derartig bagatellisiert, daß sich sogar der argentinische Botschafter der Presseerklärung zu seinen Zwecken bedienen konnte? Etwa deshalb, weil eine derartige Einschätzung besser in den Rahmen der Außenpolitik der BRD gegenüber Argentinien paßt? Konsequenterweise sind seine Empfehlungen für die künftige Politik - "distanziert, aber nicht verschlossen" - nichts als Schwaferei, die nichts anderes bedeutet als die Fortsetzung der bisherigen Politik: man pflegt gute politische und wirtschaftliche Beziehungen, während ein paar einflußlose Alibi-Menschenrechtler Resolutionen unterschreiben. Die Verletzung der Menschenrechte in Argentinien darf ja auf keinen Fall das Geschäft der KWU mit den Generälen stören!

CUBA

Ein gefundenes Propaganda-Fressen

Die Wachtposten vor den lateinamerikanischen Botschaften in Havanna haben nichts mit der Berliner Mauer gemein. Die Wachtposten sind nicht dazu da, die cubanische Bevölkerung zur Teilnahme am Aufbau des Sozialismus zu zwingen, sondern sollen - auf ausdrücklichen Wunsch der lateinamerikanischen Länder - die Botschaften von unerwünschten Cuba-Emigranten freihalten. Nach den Worten Fidel Castros ist die Teilnahme an der cubanischen Revolution freiwillig. Wer will, kann gehen, nur muß er ein Land finden, das ihn aufnimmt. Und da steckt das Problem: Niemand will viele Cuba-Emigranten haben. Wie man nun auch daraus noch Propaganda gegen Cuba machen kann, das zeigen die Ereignisse seit Ostern 1980.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein reiches Industrieland, in dem die Bürger tagtäglich durch Presse, Rundfunk und Fernsehen zu hören bekommen, wie gut es ihnen im Vergleich zum Rest der Welt geht und wieviele Freiheiten sie genießen können. Praktisch jeder kann reisen, wohin er will; und im Ausland wird er in der Regel hören, daß man die Bundesrepublik Deutschland um ihren Wohlstand beneidet.

Im Jahr 1979 haben 50 000 Bürger diesem Land für immer den Rücken gekehrt, weil sie es hier nicht mehr aushielten (DER SPIEGEL Nr. 14, 31. 3. 1980, S. 84). Die Zahl der Emigranten wäre noch viel größer gewesen, wenn die Zielländer der Auswanderung (vor allem die USA, Kanada, Australien, Neuseeland) nicht einen Großteil der Antragsteller abgewiesen hätten. Seit Anfang 1980 ist die Zahl der Auswanderungsanträge in der Bundesrepublik auf das Doppelte gestiegen.

Das Modell Deutschland - ein Muster ohne Wert? Lohnte das nicht auch ein Titelbild für den SPIEGEL, auf dem gezeigt wird, wie Helmut Schmidts Porträt langsam ausfranst, weil ihm die Bundesbürger - immerhin jeder tausendste pro Jahr - allmählich davonlaufen? Spricht man irgendwo von einer "Abstimmung mit den Füßen"? Das sind offenbar ganz blödsinnige Fragen, weil es als "normal" gilt, daß Leute ein Land verlassen, um in ein anderes zu gehen, in dem es ihnen persönlich besser zu gehen verspricht.

Cuba ist ein unterentwickeltes Land, das mit großer Anstrengung und großen Schwierigkeiten versucht hat, grundlegende Bedürfnisse der großen Massen der Bevölkerung zu befriedigen, und das dabei von seiner Umwelt völlig isoliert wurde. Herkömmliche Privilegien wurden dabei kaum oder gar nicht geachtet. Per Fernsehen und Rundfunk aus den USA und bei Besuchen von Touristen wird den Cubanern tagtäglich klarzumachen versucht, daß sie arm und unterdrückt sind,

daß sie im Ausland und besonders in den USA fast unbegrenzte Möglichkeiten hätten, sich zu bereichern und ihr Leben zu verbessern.

Wenn schon aus der reichen und vom Ausland bewunderten Bundesrepublik mit ihren 60 Millionen Einwohnern 50 000 Menschen auswandern, ist es da ein Wunder, wenn aus dem armen Inselstaat Cuba, der von einer feindlichen Umwelt befehdet und isoliert wird, von 10 Millionen Menschen sehr viel mehr auswandern wollen?

Bei den Millionen Mexikanern, die illegal über den Rio Grande gehen, um sich in Texas und Kalifornien mehr schlecht als recht und fast immer sehr schlecht durchzuschlagen, hat noch nie jemand von einer Abstimmung mit den Füßen gegen das mexikanische Wirtschaftssystem oder von einem Bankrott dieses Systems gesprochen. Ebensovienig bei den Millionen von Kolumbianern, die nach Venezuela gegangen sind, oder bei den Hunderttausenden von Chilenen und Bolivianern in Argentinien oder bei den Hunderttausenden von Salvadorianern in Honduras.

Die cubanische Regierung hat schon vor fünfzehn Jahren allen, die das Land verlassen wollten, freigestellt, ihren Weg zu gehen. Damals wurde der Hafen Camarioca sogar speziell dafür geöffnet, daß ausreisewillige Cubaner von ihren Verwandten und Freunden in den USA abgeholt werden könnten. Die Grenzen für diese Auswanderung setzte damals nicht die cubanische Regierung, sondern der US-Präsident Johnson selbst, der sehr bald eine Höchstquote von monatlich 600 festlegte, die seither nicht geändert worden ist. Da die USA, in denen inzwischen - zum großen Teil schon seit vor der cubanischen Revolution von 1959 - 800 000 Cubaner leben, das einzige Land sind, in das Cubaner ausreisen können und wollen, bedeutet das, daß nicht einmal jeder Tausendste jährlich emigrieren kann. Daher gibt es immer länger werdende Wartelisten. In den letzten beiden Jahren wurde der Stau auf diesen Wartelisten noch größer, weil in Cuba viele politische Gefangene entlassen wurden und die Einreisquoten der USA mit diesen ehemaligen politischen Gefangenen und Härtefällen der Familienzusammenführung immer sehr schnell erschöpft waren.

Wer also heute aus Cuba auswandern will, weil ihm der mühsame (und in letzter Zeit immer bürokratischere) Aufbau des Sozialismus nicht paßt, weil er sich persönlich eingeeengt fühlt oder weil er den Lockrufen des American way of life nicht widerstehen kann, der muß sich also etwas anderes einfallen lassen als nur auf die Wartelisten der USA zu vertrauen.

Die Taktik der Botschaft: Schützt uns vor den Freiheitshelden!

Tatsächlich verschafften sich seit Ende 1979 mehrere Gruppen von Cubanern mit Gewalt Einlaß in die Botschaften von Venezuela und Peru, um über ein Asyl in diesen Ländern die Reise in die USA zu erzwingen. (In den USA gilt jeder Cubaner als politisch Verfolgter und darf deshalb nicht repatriert werden).

Als vor einiger Zeit der peruanische Botschafter Egedero de Habish einer Gruppe, die die cubanischen Wachtposten vor seiner Botschaft überrumpelt hatte, sagte, sie sollten wieder nach Hause gehen, die cubanische Regierung habe Zusicherungen gegeben, sie nicht zu verfolgen, erfüllte er zwar seine Pflicht, entsprach damit jedoch nicht mehr den propagandistischen Bedürfnissen seiner Regierung. Nach 33 Jahren im diplomatischen Dienst wurde er entlassen. Die

peruanische Regierung brauchte - auch für den Wahlkampf in Peru selbst - das Bild vom Horrorland Cuba, aus dessen Elend und Unterdrückung sich die Menschen selbst unter Todesgefahr befreien wollen.

Gleichwohl verlangte die peruanische Regierung ebenso wie die Regierungen Venezuelas und anderer Länder, daß die Botschaften durch cubanische Soldaten vor allen Eindringlingen absolut geschützt würden. Das praktische Verhalten der peruanischen Regierung lief also darauf hinaus, die einen Cubaner gegen die anderen aufzuheizen und selbst dabei zuzusehen und die Hände in Unschuld zu waschen. Die Wachtposten wurden aufgefordert, gewalttätige Eindringlinge zu überwältigen; gelang ihnen das aber nicht, so erteilte der neue Botschafter eben diesen gewalttätigen Eindringlingen als Freiheitshelden die ersehnten Visa.

Damit war der Weg zu den Osterereignissen praktisch vorgezeichnet. Am Donnerstag vor Ostern brach erneut eine Gruppe von Leuten mit einem Lastwagen durch alle Absperrungen auf das Gelände der peruanischen Botschaft vor. Dabei kam es zu einem Schußwechsel, bei dem der Wachtposten Ortiz Cabrera getötet wurde. Als auch dieses Mal die peruanische Botschaft gern bereit war, Visa zu erteilen, war für die cubanische Regierung das Maß voll. Sie war nicht mehr bereit, die peruanische Botschaft weiterhin zu schützen. Nachdem das bekannt war, strömten in den nächsten beiden Tagen mehr als 10 000 Personen auf das Gelände der Botschaft, einen Park, der bei solchem Massenansturm kaum mehr Platz pro Person läßt als einen Quadratmeter. Die antikommunistische Weltpresse stürzte sich mit wahrer Begeisterung auf das sich dort bietende Chaos und verkaufte es wie eine Osterüberraschung, die niemand erwartet hatte. Aber auch in der seriöseren Presse wurde kaum über die Vorgeschichte berichtet, sodaß noch heute fast jedermann glaubt:

- 1) Alle Cubaner werden mit Gewalt in ihrem Land festgehalten.
- 2) Die lateinamerikanischen Botschaften in Havanna würden jedermann gern aufnehmen, wenn es nur möglich wäre, zu ihnen vorzudringen.
- 3) Die Mehrheit der Cubaner würde gern lieber heute als morgen die Insel verlassen.
- 4) Wer gegen die Wachtposten kämpft, ist ein Freiheitsheld.

Die Haltung der Regierung: Wir lassen jeden gehen!

Die Erklärung, die von der cubanischen Regierung am Ostermontag herausgegeben und über Prensa Latina verbreitet wurde, tut zwar nicht sehr viel dazu, die Motive der Auswanderungswilligen zu beleuchten - sie werden als Verbrecher, Lumpen, Gesellschaftsfeinde, Faulenzer, Parasiten und Homosexuelle beschimpft, worauf noch einzugehen ist -, immerhin macht diese Erklärung doch deutlich, daß es sich bei dem plötzlichen Abzug der Wachtposten nicht um irgendeinen faulen Trick oder eine Verzweiflungstat gehandelt hat, sondern um einen durchaus überlegten Schritt gegen die inzwischen weltweite Verrohung diplomatischer Sitten und um der Versuch, die Botschaften der lateinamerikanischen Länder von dem Weg eines völlig prinzipienlosen Propagandakriegs wieder abzubringen. Es heißt dort unter anderem:

"Es geht in diesem Fall nicht um den Kampf gegen verbrecherische Elemente oder Lumpen. Wir kämpfen vielmehr für die Würde und Souveränität des Landes, für die Verteidigung der diplomatischen Sicherheit und Immunität.

Für unsere Würde und Souveränität, denn niemandem darf es erlaubt sein, unsere Gesetze zu brechen und unser Land zu erpressen, den gewaltsamen Einbruch gewöhnlicher Krimineller in Botschaften zu tolerieren und dabei das Leben der Wachen zu gefährden, um dann später von gerade den Botschaftern, für die die Wachen ihr Leben riskiert haben, wie Helden empfangen und unter den Schutz des Asylrechts gestellt zu werden.

Es ist zugleich ein Kampf zur Verteidigung der diplomatischen Sicherheit und Immunität, denn die Asylgewährung für Kriminelle, die gewaltsam in Botschaften eindringen, fördert den Terrorismus gegen alle Botschaften.

Die diplomatische Immunität ist gegenwärtig weltweit in Gefahr geraten. Cuba hat als revolutionäres Land die Pflicht, energisch gegen alle Versuche aufzutreten, auch auf unserem Territorium Methoden zum Zuge kommen zu lassen, die die politische Tyrannei, die Ausbeutung und Ungerechtigkeit von Klassengesellschaften, neokolonialen oder oligarchischen Regimen gefördert haben und manchmal auch als Waffe von Revolutionären genutzt werden."

Dieser Teil der Erklärung wurde in einer Welt, die sich nicht genug über Gewalttaten gegen Botschaften entrüsten kann, praktisch kaum zur Kenntnis genommen, was immer auch die cubanische Regierung in der gegebenen Situation getan hätte, es wäre ihr im weltweiten Propagandakrieg als Niederlage ausgelegt worden. So tat sie das, was am ehesten dazu beitragen kann, die Botschaften auf einen Weg zu zwingen, der für die Zukunft Gewalttaten um die Botschaften herum ausschließt. Die Botschaften sollen entweder allen ausreisewilligen Cubanern Visa gewähren oder keinem.

In der erwähnten Erklärung heißt es dann weiter:

- "1) Cuba widersetzt sich in keiner Weise einer legalen Ausreise all derer, die nach Peru oder Venezuela gehen wollen, soweit die Erlaubnis der Behörden dieser Länder vorliegt.
- 2) Cuba wird auch nichts dagegen haben, wenn das mit anderen Ländern in gleicher Weise geschieht.
- 3) Cuba wird keinerlei Ausreise für Personen gewähren, die sich mit Gewalt Zutritt zu Botschaften verschaffen.
- 4) Personen, die sich nach dem Abzug der cubanischen Wachen Zutritt zur peruanischen Botschaft verschafft haben, fallen nicht unter die vorgenannte Bestimmung. Sie können nach Hause gehen und die Botschaft betreten und verlassen, wann sie wollen, um eventuelle Angelegenheiten zu regeln. Die cubanischen Behörden werden diese Leute nicht bestrafen. Sie können nach Peru oder in jedes andere Land ausreisen, das ihnen die Einreise per Visum gewährt.

Am Sonntagmorgen postierte die cubanische Regierung in der Nähe des Geländes der Botschaft von Peru Kontrollposten, um Ausschreitungen zu vermeiden. Nachdem die peruanischen Behörden sich außerstande gezeigt haben, die Personen auf ihrem Gelände zu versorgen, entschied die cubanische Regierung Folgendes:

- 1) Das Cubanische Rote Kreuz installiert eine Hilfsstation mit medizinischem Personal.
- 2) Die cubanische Regierung ließ Gelegenheiten für die Erledigung menschlicher Bedürfnisse aufstellen.
- 3) Die Versorgung mit Trinkwasser wurde sichergestellt.
- 4) Nahrungsmittel wurden herangebracht.
- 5) Für die Kinder wurde Milch bereitgestellt.
- 6) Für die Personen, die die Botschaft und ihr Gelände verlassen, aber wieder zurückkehren wollten, wurden Ausweise ausgestellt. Sie konnten in ihren Wohnungen schlafen und sich dort verpflegen, wenn sie wollten."

Wie kommt man an genügend Visa?

In den Berichten aus Havanna gibt es nun einen scheinbaren Widerspruch: Einerseits wird nirgends behauptet, daß die cubanische Regierung irgendeines der von ihr in dieser Erklärung gegebenen Versprechen gebrochen hätte. Andererseits werden die Verhältnisse auf dem Gelände der Botschaft als ein grauenvolles Chaos beschrieben: Hungernde Leute waten durch einen Morast von Exkrementen.

Wie ist das möglich? Die Erklärung ist relativ einfach. Unter den Personen auf dem Botschaftsgelände, die von neutralen Beobachtern als ein ziemlich repräsentativer Querschnitt durch die Bevölkerung von Havanna beschrieben werden, gibt es eine aktive Gruppe, die nicht nur von blindem Haß gegen die cubanische Revolution getrieben wird, sondern auch weiß, daß ausländische Visa nur dann in ausreichendem Maße gewährt werden, wenn die chaotischen Zustände, die in den ersten 24 Stunden nach der Besetzung des Geländes entstanden sind, erhalten bleiben und für eine ständige Fortsetzung des Protestschreis der internationalen Massenmedien sorgen, damit die USA und andere Länder sich "humanitär" den Geboten der Menschlichkeit beugen und Visa erteilen. Von dieser aktiven Gruppe wird Druck ausgeübt, damit möglichst niemand die Hilfeleistungen der Regierung in Anspruch nimmt und möglichst alle hungern und dürsten



und in die Gegend schießen. Trotz dieser energischen Bemühungen ist auch nach 14 Tagen noch lange nicht die notwendige Zahl von Visa aus dem Ausland versprochen worden, die nötig ist, um alle ausreisen zu lassen. Die USA haben immerhin versprochen, 3 500 Leute aufzunehmen, wollen diese aber offenbar auf die monatlichen Quoten anrechnen und natürlich jede Person einzeln überprüfen.

In Havanna und in ganz Cuba haben die Komitees zur Verteidigung der Revolution inzwischen zahlreiche Versammlungen und Straßendemonstrationen durchgeführt, bei denen die Personen auf dem Botschaftsgelände heftig beschimpft werden. "Haut doch ab! Haut endlich ab!", so wird den angeblichen "Lumpen, Kriminellen und Homosexuellen" zugerufen.

Daß unter diesen Personen auch Kriminelle sind, ist sicher möglich. Kriminelle haben in Cuba kein einfaches Leben. Daß unter ihnen auch Homosexuelle sind, ist geradezu sicher, denn sie haben dort erst recht ein schweres Leben. Die peinliche Nebeneinanderstellung und Gleichsetzung von Kriminellen und Homosexuellen ist eine durch nichts zu rechtfertigende Übernahme von alten Traditionen, die von der cubanischen Revolution nicht nur nicht bekämpft wurden, sondern sogar noch als propagandistisches Mittel eingesetzt werden.

Kann man den Berichten von seriösen Journalisten aus Havanna glauben, so haben sich aber auf dem Gelände der peruanischen Botschaft Menschen aller Schichten und Klassen bis hin zu Soldaten versammelt, um ihr Glück im Ausland zu suchen, vor allem in den USA, von denen die Touristen - unter ihnen viele früher ausgewanderte Cubaner - so viele Wunderdinge berichten und so viele Dinge mitbringen, die in Cuba nicht zu haben sind. So ist es auch nicht verwunderlich, daß viele junge Leute auswandern wollen, die das Cuba des Diktators Batista nicht mehr gekannt haben und für die die seither erreichten Fortschritte Selbstverständlichkeit sind. Sie haben andere Maßstäbe.

Daß auch gerade jetzt viele Cubaner an Auswanderung denken, wird noch verständlicher, wenn man an die schwierige wirtschaftliche Lage des Landes erinnert. Der Weltmarktpreis des Haupteinfuhrprodukts Erdöl ist in den letzten Jahren siebenmal schneller gestiegen als der Preis des Hauptausfuhrprodukts Zucker. Nur durch eine sehr hohe finanzielle Hilfe der Sowjetunion kann das Land ökonomisch über Wasser gehalten werden. In einer Rede vor Parteifunktionären, die nicht wie sonst üblich veröffentlicht wurde, hat Fidel Castro für die nächste Zeit kaum etwas anderes als Blut, Schweiß und Tränen beim Aufbau des Sozialismus ankündigen können. Dazu kommt eine viele Initiativen lähmende Bürokratisierung aller Lebensbereiche, die auch durch noch so viele Appelle nicht zu besiegen ist. Mit solchen Schwierigkeiten glaubt man nur fertigwerden zu können, wenn die Bevölkerung freiwillig dabei ist.

Quellen: Prensa Latina, Le Monde, SZ, FR, Die Neue, SPIEGEL.

CHILE

Bauchlandung und Management

Eine außenpolitische Blamage ersten Ranges wurde die Reise des Staatspräsidenten Pinochet nach mehreren Staaten im Pazifikraum. Dabei war doch alles bis in's letzte Detail geplant; sogar so perfekt, daß das Abschlußkommuniqué für den Besuch in Manila schon vor der Anreise fertig war. So witzig wie diese und andere Episoden sind, so ernst wiegen die innenpolitischen Rückwirkungen: Pinochet ist es gelungen, mit einer nicht irrelevanten Krise innerhalb von zwei Wochen fertig zu werden. Politisch durchgesetzt haben sich dabei die "intelligenteren" Kräfte innerhalb der Regierung und des Kapitals. Der Präsident war schlau genug, sich aus der Auseinandersetzung zunächst rauszuhalten, um sich dann auf die Seite der "Gewinner" zu schlagen. So hat man aus der Not eine Tugend gemacht und sich so verhalten, wie es zum Zweck der Machtstabilisierung opportun war. Der MERCURIO, chilenische Tageszeitung und Sprachrohr einer einflußreichen Wirtschaftsgruppe, nennt das so: "Die Wahrheit ist, daß der Prozeß der Institutionalisierung sich unvermeidlich in Gang befindet."

Die Reise...

Aus sechs Etappen sollte die Reise bestehen, die das Außenministerium für den Präsidenten vorbereitet hatte: die Fidji-Inseln, die Philipinen, Papua-Neuginea, Hongkong, Tahiti und die zu Chile gehörende Osterinsel standen auf dem Programm. Begleitet wurde Pinochet von seinem Außenminister, dem Verteidigungsminister, dem Finanzminister, den Generalstabschefs der drei Waffengattungen, den entsprechenden Botschaftern und all deren Gattinnen, sowie von 14 Journalisten und Fotografen. Doch kaum hatte die Reise richtig begonnen, war sie auch schon wieder zu Ende. Der Ärger begann auf den Fidji-Inseln, auf dem Flughafen in der Provinzstadt Nandi. Dort streikte das Bodenpersonal aus Protest gegen den Besuch und weigerte sich, die Präsidentenmaschine abzufertigen. Auch zum Auftanken des Flugzeugs waren die Arbeiter nur dann bereit, wenn die Chilenen dafür Überstundentarif zahlen würden. Zudem sah sich der Staatschef der Fidjis genötigt, eine kleine Änderung im Protokoll vorzunehmen: Pinochet sollte nicht, wie ursprünglich vorgesehen, in der Regierungsresidenz, sondern in irgendeinem anderen Quartier untergebracht werden. Grund dafür waren wahrscheinlich die überaus heftigen Proteste von Kirchen-, Studenten- und Gewerkschafts-

organisationen.

Doch die schlimmste Nachricht kam über Funk: Der Präsident der Philipinen, Marcos, hatte das Treffen mit Pinochet einseitig und ohne Begründung abgesagt. Einen Staatsbesuch 24 Stunden vor Beginn abzusagen, ist nach diplomatischen Gepflogenheiten schlicht eine Unmöglichkeit und höchstens Kriege und Revolutionen sind Entschuldigungen, die in solch einem Fall zählen. Nur so ist der Aufruhr zu verstehen, der in den herrschenden Kreisen Chiles nach diesem beispiellosen Affront entstanden ist. Pinochet reagierte auf die einzig mögliche Weise und beendete seinerseits die Reise. Nachdem die Maschine in Nandi wieder aufgetankt war und eine andere Fluggesellschaft mit einem kalten Buffet ausgeholfen hatte, trat die Reisegesellschaft den Rückflug an und machte lediglich auf Tahiti und der Osterinsel Station, wo man eifrig bemüht war, den verletzten Gästen ein wenig Ehrgefühl durch einen freundlichen Empfang zurückzugeben.

...und deren Hintergründe

Daß Pinochet gerade Länder des Pazifischen Ozeans besuchen wollte, hat zahlreiche, zumeist wirtschaftliche und politische Gründe. In den Ländern der Staaten, die an den Pazifik grenzen, leben nahezu ein Drittel der Menschheit, und jedes dieser Länder ist ein potentieller Wirtschaftspartner.

Vor allem verursacht durch die Auseinandersetzungen mit der Carter-Administration um die Auslieferung der Letelier-Mörder streben bestimmte Kreise in Chile eine Loslösung sowohl ökonomischer als auch politischer Art von den USA an. Die Vereinigten Staaten haben Chile bevormundet und in die Enge getrieben, und das läßt sich nicht vereinbaren mit der souveränen Rolle, die die Regierung in Santiago gern spielen würde.

Neben dem gemeinsamen Ozean existiert noch ein anderes verbindendes Element zwischen Chile und einigen Pazifik-Staaten: ein ähnliches Wirtschaftsmodell. Der MERCURIO verneigt sich vor den Wirtschaftswachstumsraten von Taiwan, Japan und Südkorea und stellt fest, daß diese Länder, bevor sie dieses Wachstum erreichten, eine ähnliche wirtschaftliche Roßkur durchgemacht hätten. Und den Philipinen möchte man ebenfalls das Medikament Milton Friedmans verschreiben. MERCURIO: "Viele von den Ländern (Die Länder des Pazifikraums; RED) gehen den Weg der Modernisierung allein und werden die Hilfe Chiles brauchen, wenn sie angeboten ist."

Neidvoll schauen die Mächtigen Chiles auf das "Wirtschaftswunder" Brasiliens und ihre Ambitionen, einen ähnlichen Weg einzuschlagen, sind unübersehbar. Auf Sumatra gibt es reichliche Erdölvorkommen, an denen in Santiago Interesse besteht, und die Elektroindustrien in Taiwan, Japan und Südkorea könnten Abnehmer für Chiles Kupfer werden. Politisch hofft Pinochet, das kommunistische Vietnam an der Verbreitung des Weltkommunismus hindern zu können.

Wie viel von diesen Vorstellungen Trauertänzerie ist und wieviel tatsächlich durchführbar scheint, läßt sich ohne gründliche Analyse nicht bestimmen. Fest steht jedoch, daß vorerst mit der geplatzten Reise an ein näheres Zusammenrücken dieser Staaten nicht zu denken ist.

Zwei Gangster ärgern sich

Warum der Staatschef der Philippinen Marcos den Präsidenten Pinochet so tödlich beleidigte, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Vermutungen gab es mehrere. Zu der Absage des Staatsbesuches könnten geführt haben:

- der schlechte Gesundheitszustand Marcos'
- die heftigen Proteste innerhalb der philippinischen Bevölkerung
- eine islamische Rebellion auf der Insel Mindanao
- Druck aus Washington, um Pinochet eine Ohrfeige zu verpassen

Am wahrscheinlichsten scheint der letzte Grund zu sein, denn Carter konnte die Aufsässigkeit Pinochets in der Angelegenheit um die Auslieferung des Ex-DINA-Chefs Contreras nicht einfach so hinnehmen. Marcos lieferte noch einen weiteren, offiziell gültigen Grund nach: Ausländische Terroristen hätten einen Anschlag auf die beiden Excellenzen geplant, und um dem drohenden Attentat zu entgehen, sei die Absage des Besuchs die beste Möglichkeit gewesen. 8 von den 12 "Terroristen" habe man auch festnehmen können. Nach Beilegung des Konflikts auf den Wahrheitsgehalt dieser Begründung nochmals angesprochen, antwortete der philippinische Botschafter in Chile, Romúldez, "unser Präsident war ernstlich besorgt um die Sicherheit beider Präsidenten." Von "Terroristen" war also beim Gespräch der Terroristen keine Rede mehr.

Innenpolitische Auswirkungen

Den Empfang, den Pinochet und sein Gefolge auf den Fidjis und den Philippinen vermissen mußte, wurde ihm bei der Rückkehr nach Santiago wenigstens zum Teil bereitet. Aufgebotene Staatsangestellte und Schulklassen begrüßten ihren gekränkten Präsidenten zu Hause mit Fackelzügen vor dem Regierungspalast, um das angeknackste Selbstbewußtsein seiner Excellenz wieder aufzurichten. Die Empörung der Bourgeoisie über den diplomatischen Affront war rießengroß.

Pinochet kündigte in einer Rede den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den Philippinen an und bemühte sich, die wankenden politischen Verhältnisse auf den Philippinen herauszustreichen. Die "Ohrfeige" gelte nicht ihm, sondern dem ganzen chilenischen Volk und, hinter all dem stecke natürlich der "internationale Marxismus". (was für einen Mann wie Marcos die größte Beleidigung sein muß). Der Mercurio sieht die Absage der Reise in der Linie des gesamten Verfalls diplomatischer Spielregeln und vergleicht Marcos damit mit den Botschaftsbesetzern in Teheran und Kolumbien.

In einer Krisenstabssitzung am selben Abend, bei der die wichtigsten Minister und der zurückgerufene Botschafter Chiles auf den Philippinen anwesend waren, verlangte Pinochet dann den Rücktritt des Außenministers Cubillos und kündigte zugleich die Umstrukturierung des gesamten Außenministeriums an. Hinter den Kulissen spielten sich jedoch die wahren Kontroversen ab. Die philippinische "Ohrfeige für Chile" löste eine Diskussion und zugleich einen Machtkampf aus zwischen zwei "Fraktionen" innerhalb der Militärs.

Die eine Fraktion ist so beleidigt, daß sie sich am liebsten mit einem Weltkrieg rächen würde. Für sie wiegen Werte wie Vaterland und Ehre mehr als wirtschaftspolitische Interessen. Wichtige Personen dieser Gruppe

sind u.a. der ehemalige Anführer der Schlägerorganisation patria y libertad (Vaterland und Freiheit) Rodriguez und der inzwischen in den Ruhestand versetzte General und Chef des berühmtesten Geheimdienstes DINA, der vor zwei Jahren in CNI umgetauft wurde. Ihr Forum hat diese Gruppe v.a. in der Junta-Zeitschrift 'Que Pasa', die dann auch schrieb: "Schluß mit den Verbeugungen. Unsere Freunde sollen uns so akzeptieren, wie wir sind. Den Feinden werden wir mit gleicher Münze heimzahlen. Werden wir dadurch weiter isoliert, dann beißen wir uns eben durch."

Die andere Fraktion, deren Sprachrohr insbesondere der Mercurio ist, orientiert sich mehr an Begriffen wie 'Öffnung' und 'Effizienz'. Dahinter steht das Interesse der großen Kapitalgruppen, die ohne den Austausch von Geld, Ressourcen und Waren nicht expandieren können. "Reaktionen voll Groll sind fehl am Platz. Angebracht ist die Beteuerung, mit noch größerer Effizienz auf internationalen Kontakt und Zusammenarbeit zu beharren mit jedem Land jeder politischen Richtung (!), vorausgesetzt, daß das Recht auf politische Selbstbestimmung respektiert wird." Diese Gruppe erkannte auch die Unzulänglichkeiten des diplomatischen Apparats und forderte eine bessere Ausbildung der Beamten. Man müsse die Politik der USA besser studieren, um deren wahren Interessen zu erkennen. Nur so könne man ein gleichwertiger Partner werden.

"Allein mit dem Vertrauen auf unsere individuellen Fähigkeiten, die zwar zahlreich sind, aber nicht die Reife der politischen Entscheidungen ersetzen können", schrieb der Mercurio, könne man sich auf internationaler Ebene nicht so bewegen, wie es die politischen Notwendigkeiten erfordern. Und der entlassene Außenminister Cubillos, ebenfalls Repräsentant dieser Fraktion, bekräftigte nach seinem Rauswurf nochmals die außenpolitische Linie, die Chile zu verfolgen habe: "Chile muß die Entwicklung seiner Außenpolitik fortsetzen, die in Pragmatismus, Öffnung und Respekt denjenigen gegenüber besteht, die uns respektieren."

Daß diese Fraktion sich politisch durchsetzen konnte, beweist u.a. die Ernennung des neuen Außenministers Rojas, vormals chilenischer Botschafter in Spanien und durch langjährige Botschaftertätigkeit, auch in anderen Ländern, erfahren auf der internationalen Diplomaten-Szene. Rojas machte gleich beim Amtsantritt deutlich (Rojas: "Cubillos ist mein inniger Freund und ich hege tiefe Wertschätzung für ihn"), daß die fundamentalen Linien der chilenischen Außenpolitik beibehalten würden. "Pragmatisch, beweglich und flexibel".

So nimmt es auch nicht Wunder, daß Pinochet auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den Philippinen verzichtete und die Entschuldigung des Präsidenten Marcos "im Interesse der Fortsetzung der Freundschaft" annahm. Und auch der Mercurio zieht: "Es scheint klar zu sein, daß Marcos gewichtige und geheime Gründe haben mußte, den Besuch des Präsidenten abzusagen."

BOLIVIEN

Chaotische Zustände

Im Schatten der Krise in Mittelamerika, der Erschießung des Erzbischofs von El Salvador, die die Weltöffentlichkeit bestürzte, geschah in dem "kleinen" südamerikanischen Land Bolivien ein ähnlicher Mord - nur wesentlich brutaler. Das Opfer war der Jesuitenpater LUIS ESPINAL, dessen Verdienste am Demokratisierungsprozeß und am bolivianischen Volk enorm sind.

Luis Espinal war beteiligt am Hungerstreik, der letztendlich zum Sturz der Banzerdiktatur geführt hatte, Mitglied der "Ständigen Kommission für Menschenrechte", Herausgeber der einzigen fortschrittlichen Wochenzeitschrift, "Aquí", Journalist, engagierter Filmkritiker, Initiator des "Taller de Cine" in La Paz ... die Aufzählung ließe sich noch um vieles erweitern. Unumstritten war er einer der führenden Köpfe der fortschrittlichen Bewegung des Landes, die nun um einen großen Vorkämpfer trauert. Aus seinem Namen wurde blitzartig ein Kampfsymbol: "Luis - Pueblo" oder "Espinal - Chamorro" (2).

Am 21. März um Mitternacht wurde Luis Espinal vor seiner Haustür an einen bis heute unbekanntem Ort verschleppt. Die Autopsie ergab, daß er zwischen vier und fünf Uhr morgens an Verblutung starb nachdem er gefoltert und ihm verschiedene Knochen gebrochen worden waren. Seine Leiche wies außerdem 12 nicht tödliche Schüsse auf. Alle inneren Organe, mit Ausnahme des Herzens, waren zerstört.



Der Jesuitenpater Luis Espinal (r.) während des Hungerstreiks

Daß er nicht als Folge der Schüsse starb, zeigt die Absicht seiner Henker: sollten sie jemals gefaßt werden, haben alle die Scheinausrede, nicht die tödlichen Schüsse abgegeben und ihn so letztlich nicht getötet zu haben.

Seine Leiche, sie war noch gefesselt und geknebelt, fand man einige Stunden später auf einer abgelegenen Straße außerhalb von La Paz. Ein Verbrechen in typisch paramilitärischem Stil, das den sowieso schon nur mühsam vorankommenden Demokratisierungsprozeß in eine neue schwere Krise stürzt. Das gesamte politische Leben scheint seither aus den Fugen geraten. Schwerwiegende Folgen sind absehbar - aber welche Seite wird daraus gestärkt hervorgehen? Kommt es erneut zu einem, diesmal aber gut organisierten Militärputsch, oder hat nun endlich die Stunde der Einigung aller Demokraten geschlagen? Die Nachrichten, die uns erreichten, sprechen für beides.

»Argentinisierung« in Bolivien

Einig sind sich alle darin, daß der Mord eine neue Etappe im nationalen politischen Kampf eingeleitet hat. Die Angst vor einer sich anbahnenden "Argentinisierung" macht sich breit. Parallelen zur Entwicklung in Argentinien vor dem Putsch von 1976 gibt es einige. Ähnlich wie in der Regierungszeit von Isabel Perón gibt es auch in Bolivien eine schwarze Liste, auf der die Namen all derjenigen stehen, die sich für die Demokratie und somit für mehr Gerechtigkeit für das Volk einsetzen. Informellen Angaben zufolge, sollen in der nächsten Zeit mindestens 300 führende Köpfe rollen, im Verfahren ähnlich brutal wie die Ermordung von Luis Espinal. Die Drohungen erstrecken sich auf alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen: Priester, Führer der Fabrik- und Minenarbeiter, Bauern, Journalisten, Gewerkschafts- und Parteimitglieder etc. Ke in Wunder, daß Schock, Grauen und Nervosität Zeichen des Alptrucks sind, der momentan auf Bolivien lastet. Er schließt weiteren Terror, Blutrvergießen und selbst einen offenen Bürgerkrieg nicht aus. Augenzeugenberichten zufolge kommt die Stimmung im Land psychischer Folter gleich. Die Militärs, die sich - vereinfacht gesagt - in ein gemäßigtes und ein rechtsradikales Lager teilen, schauen nicht teilnahmslos zu. (3) Momentan scheint es so, als hätte der rechte Flügel einen der ihrigen im Personalgerangel durchgeboxt. General Ruben Rocha Patiño, der nach dem Putsch von Natusch als Kompromißfigur der beiden Lager Kommandeur der Armee wurde, ist inzwischen auf Druck der mächtigen Garnison von La Paz seines Amtes entbunden worden. An seine Stelle trat General Luis García Meza, dessen Putschgelüste längst kein Geheimnis mehr sind. Der Interimspräsidentin Lidia Gueiler blieb nichts anderes übrig, als dieser Neubesetzung zuzustimmen, steht doch ihre Macht auf tönernen Füßen. Ihr Verdienst liegt höchstens noch darin, den Putsch zu verzögern, in der Hoffnung, daß sich neue Konstellationen im Militärapparat und in den Parteibündnissen anbahnen.

Der neue Kommandeur der Armee ist auch enger Vertrauter des Coronel Luis Arze, der als geistiger Urheber der Terrorakte und des Espinal-Mordes gilt. Des Coronels letzter Auftritt fand vor kurzem im Innenministerium statt: Er ohrfeigte den Innenminister Selum (4), ließ zwei Militär-LKWs mit dem gesamten Archiv, den Unterlagen über alle linken Politiker, die in den letzten Jahren registriert worden waren, aufladen.

Einigung im demokratischen Lager

In La Paz hat eine unüberschaubare Menschenmenge (zwischen 70 und 80 000) den Sarg von Luis Espinal zum Friedhof begleitet und damit ihren Protest gegen diesen Anschlag auf die Demokratie friedlich aber unmißverständlich bekundet. Auch in allen anderen Städten kam es zu Massendemonstrationen mit symbolischen Beerdigungen und Gottesdiensten. Einheitlich haben sämtliche Parteien, die Gewerkschaft, fortschrittliche Organisationen, die Presse etc. den Mord verurteilt und die Bestrafung der Täter verlangt. Alle Demokraten scheinen begriffen zu haben, daß jetzt nur noch Einigkeit die Lage im Land retten kann angesichts der Ohnmacht vor den Panzern putschwilliger Militärs. Dies ist die andere Konsequenz des Mordes: Mobilisierung der gesamten Öffentlichkeit.

Ein weiteres Resultat ist die Neufassung des "Aufrufs zur Verteidigung des Demokratisierungsprozesses". Der erste Aufruf dieser Art kam Anfang März auf Initiative des Gewerkschaftsdachverbandes (COB) zustande und wurde von mehreren linken und liberalen Parteien mitunterzeichnet. Das neue Dokument ist umfangreicher und konkreter in seinen Forderungen. Mitunterzeichnet haben diesmal auch jene, die den ersten Aufruf noch ablehnten. Zum einen Quiroga Santa Cruz für die Sozialistische Partei 1 (PS-1), Victor Paz Estenssoro für den MNR (5) und Luis Ossio Sanjinés für die Christdemokraten (PDC); selbst der Kongreß gab in einem Mehrheitsvotum seine Zustimmung. Weitere Mitinitiatoren waren die katholische Kirche, die ev.-methodistische Kirche, die Ständige Kommission für Menschenrechte, die Universitäten des Landes, der demokratische Frauenbund (FDM) und die Union der bolivianischen Frauen (UMB).

Die Bildung von "Komitees zur Verteidigung der Demokratie", eine der Forderungen des Aufrufs, begann schon auf allen Ebenen: in einzelnen Stadtteilen, Straßen, Dörfern, in den Minen, Fabriken, Universitäten und selbst in einzelnen Schulen. Diesen Komitees wird eine große Bedeutung zugeschrieben auf dem Weg zur basisdemokratischen Organisation. Ihre Widerstands- und Schlagkraft kann wohl auch von den Militärs nicht übersehen werden.

Schlußfolgerungen

Wie schon eingangs erwähnt, ist es sehr schwierig, Prognosen für die weitere politische Entwicklung in Bolivien abzugeben. Jedenfalls scheint sicher zu sein, daß sich die Lage vorerst nicht beruhigen wird, ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Bolivien mehr denn je an den Rand des Ruins gebracht haben. Eine wichtige Rolle könnte in dieser Situation der Haltung der USA zukommen. In einer Deklaration Ende Februar vor dem US-Senat hat der neue Botschafter Marvin Waissman unmißverständlich klargemacht, daß er die Politik seines Vorgängers Paul Böcker - entsprechend der Carter-Strategie der Unterstützung einer gewissen Demokratisierung - fortsetzen wird. Er verurteilte den blutigen Putsch des Coronel Natusch Busch vom vergangenen November und betonte, daß die USA bei einem erneuten Putsch alle wirtschaftliche Hilfe streichen würden. Unter diesen Umständen kann man vielleicht davon ausgehen, daß die für Ende Juni geplanten Wahlen stattfinden werden.



Coronel Luis Arze -
der nächste Diktator?

Unklar bleibt dennoch, wie sich die gespannte Situation entkrampfen läßt, die wieder neuen Zündstoff erhalten hat durch die Enthüllungen des Politikers und Rechtsanwalts Aníbal Aguilár. Auf ihn wurde vor einigen Tagen ein Attentat verübt, dem er durch einen Wink entkommen konnte. Verschiedene Radiosender übertrugen ein Gespräch mit ihm unter dem Titel "Interview mit einem zum Tode Verurteilten", in dem er Namen und Daten über die letzten Terroranschläge und den Mord an Luis Espinal nennt. Seine Anschuldigungen treffen in erster Linie den Chef des II. Departements der Armee-Führung, Coronel Luis Arze (s.o.), als geistigen Urheber der Terrorakte.

In der rechten Tageszeitung "Diario" kam am folgenden Tag der Aufschrei der Streitkräfte und Beschuldigten, die alles als unwahr abtaten. Die liberale Tageszeitung "Presencia" dagegen brachte kein Wort über das Interview, wohl weil sie sich der tödlichen Gefahr bewußt war und kein weiteres Öl ins Feuer gießen wollte.

- 1) Bereits Mitte Januar wurde auf "Aqui" ein Bombenanschlag verübt, wobei die Einrichtungen und umliegende Wohnungen zerstört wurden.
- 2) Pedro Joaquín Chamorro, am 10. Januar 1978 ermordeter Politiker und Zeitungsverleger Nicaraguas. Nach seiner Ermordung entfaltete sich der Kampf gegen Somoza, der zum endgültigen Sieg der FSLN geführt hat.
- 3) Demnächst präsentieren wir eine Dokumentation über die Militärs und ihre Rolle in der bolivianischen Politik.
- 4) Wenige Stunden bevor Luis Espinal tot aufgefunden wurde, ist Innenminister Selum von seinem Amt zurückgetreten.

Leserbrief

Ein Leserbrief, der uns aus La Paz erreichte, verdeutlicht die Stimmung in Bolivien.

(...) Seit Monaten gibt es keinen Lichtblick für einen positiven Wandel. Völlig deprimiert leben die Regierung und die demokratisch orientierten Parteien nur noch von den Beteuerungen, den Demokratisierungsprozeß mit aller Energie fortzusetzen und gegen tägliche Putschgerüchte anzukämpfen. Trotz aller Bemühungen seitens der Regierung Gueiler ist es ihr seit fast fünf Monaten nicht gelungen, überhaupt auch nur in Ansätzen handlungsfähig zu werden. Ständige Ministerwechsel bis hin zum gesamten Rücktritt des Kabinetts, wie vor ein paar Tagen geschehen, kennzeichnen wohl deutlich genug, daß das bolivianische Schiff steuerlos in einer aufgewühlten See treibt. Auch den Parteien gelingt kaum eine stabilisierende Artikulation. Das Damoklesschwert Putsch verhindert alle vorwärtsschreitenden Aktivitäten. Vielleicht noch nie war die Zukunft der Bolivianer so ausweglos. Wie soll ein Land sich jemals regenerieren, wenn alle fortschrittlichen Kräfte in diesem Land sich jeden Tag nur einigeln, die Weiterführung des Demokratisierungsprozesses beschwören und eigentlich täglich um ihr Leben fürchten müssen. Fast mag es wie ein Phänomen erscheinen, daß die Militärs in dieser Lage immer noch stillhalten. Bereiten sie sich nur in aller Ruhe für ihren Schlag vor? Wollen sie das Chaos vollends abwarten, um dann vor aller Welt als Retter der Nation auftreten zu können? Eine schamlose niederträchtige Haltung, die im Widerspruch zu ihren infamen Beteuerungen stehen, sie würden die Interessen des Volkes vertreten. Oder haben sie Angst vor dem angeschossenen Lebewesen, das sich bei einem weiteren Angriff auf seine Existenz mit Sicherheit bis zum letzten verteidigen wird? Sie, die Militärs und deren politische Freunde aus der "Orden y Paz"-Ecke begehen seit Wochen und Monaten ein fortlaufendes Verbrechen am Volk. Sie sind die Ursache dafür, daß die derzeitige Regierung handlungsunfähig wie ein Kaninchen vor der Schlange sitzt. Sie und ihre Gesinnungsgenossen dosieren die Aktionen wohlgestreut, um Bolivien immer mehr in die Katastrophe zu treiben. Waren es zunächst nur Bombenattentate gegen oppositionelle Einrichtungen (Radio "Altiplano" etc.), so hat der brutale Foltermord an dem Jesuitenpater Luis Espinal endgültig deren volksfeindliche Gesinnung gezeigt. Überall nur noch Angst. Angst vor neuem Blutvergießen, Morden etc. Auch weil man das Gefühl hat, daß ein jetztiger Putsch (Banzer und Luis Arze) "anders" organisiert sein wird als der November-Putsch. Zuvor sollen die Köpfe der Arbeiter-, Campesino-, Mineroführer, der Gewerkschaften, der Parteien, der Presse und anderer engagierter Organisationen durch Massenverhaftungen und anderer engagierter Organisationen durch Massenverhaftungen zu unterbinden (...).

KOLUMBIEN

Siegen oder sterben

Interview mit dem Direktor der »Unidad Indígena«

Das folgende Interview führten wir mit Trino Morales, Direktor der Zeitung "Unidad Indígena" (Bogota, Popayan/Kolumbien), der dem CRIC (Regionaler Indianerrat des Cauca) angehört, auf dem "Congreso de Indio Sudamericano" in Ollantaytambo/Perú am 2./3. März. Zur Berichterstattung über den CRIC vgl. LN 69/64, 70/35, 73/23, 78/52, zur Repräsentation der kolumbianischen Regierung und des kolumbianischen Militärs, die sich im wesentlichen auch gegen den CRIC richtet vgl. LN 79/82.

LN: Was sind Deiner Ansicht nach die Ursachen für die letzte große Repressionswelle gegen den CRIC?

T.M.: Wir weisen immer wieder darauf hin, daß wir, die indianische Bevölkerung des Cauca, aus zwei Gründen ausgebeutet und angegriffen werden: Weil wir Bauern und weil wir Indianer sind. Als Bauern haben wir die gleichen Forderungen und Probleme wie alle anderen nicht-indianischen Bauern: wir brauchen Land, technische Hilfe, Kredite, Vermarktungsmechanismen etc. Und als Indianer versuchen wir die soziale Organisation unserer indianischen Dorfgemeinschaften, der Cabildos und Resguardos, sowie unsere Kultur, unser Recht auf medizinische Hilfe und vieles andere auf der Basis unserer Traditionen zu verteidigen. Die kolumbianische Regierung hält unsere Arbeit für gefährlich und sie hat recht, wir sind ein Problem für die Großgrundbesitzer und Kapitalisten, weil sich uns die Augen geöffnet haben und wir uns nur noch sehr wenig ausbeuten lassen werden. Die kommunalen Betriebe, die wir aufgebaut haben, spielen eine große Rolle bei der Schaffung von Bewußtsein bei den Compañeros. Dazu kommt, daß wir ein eigenes Vermarktungssystem für unsere Produkte aufbauen, um die Zwischenhändler auszuschalten, die uns ihr Leben lang ausgebeutet und sich an uns mit dem Verkauf unserer Produkte unter Täuschungen und Tricks bereichert haben. Das hat der Regierung nicht gefallen und deshalb hat sie uns als Subversive und als Kommunisten beschimpft, die gegen die Regierungsprogramme arbeiten. Wir haben regelmäßig neue junge Leute für die Führung der Organisation vorbereitet damit wir alten Führer andere Arbeiten übernehmen können. Das hat die Regierung verschreckt und sie hat befürchtet, daß wir weiter anwachsen. Sie hat daher versucht, unsere Organisation mit Verhaftungen, Folterungen und Morden zu zerschlagen.

LN: Wieviele Mitglieder des CRIC wurden im Rahmen dieser letzten Repressionswelle verhaftet und wieviele sind jetzt noch in Haft?

T.M.: Vor einem Jahr wurden 7 Mitglieder des Vorstands (Comite Ejecutivo) vom CRIC verhaftet und nach Bogota ins Gefängnis gebracht. Weitere 34 wurden in Cali festgehalten auf Grund von Landnahmen, Problemen der Kooperativen (Genossenschaften) oder der kommunalen Läden. Und weitere Mitglieder wurden in Popayan festgehalten, um vor den Militärgerichtshof (Consejo Verbal de Guerra) gebracht zu werden.

Darüber hinaus sind die verschiedenen lokalen Gefängnisse in Santander, Galoto Tierradentro und anderen Orten voll mit unseren Leuten, die kein anderes "Delikt" begangen haben, als ihr eigenes Land zurückzugewinnen zu wollen. Die 7 Mitglieder des Consejo Ejecutivo wurden angeklagt, der Guerilla-bewegung 19. April anzugehören. Den Gefangenen vom CRIC in Cali wird vorgeworfen der FARC anzugehören. Das alles sind absolut falsche Vorwürfe. Das Militär ist dabei folgendermaßen vorgegangen: Sie haben unsere Leute in ihren Häusern festgenommen, ganz schnell dort Waffen hinterlegt und dann bei der Hausdurchsuchung angeblich Waffen gefunden, ihnen die Gewehre in die Hand gedrückt und Fotos gemacht. Diese Fotos sollten als "Beweis" dienen. Dann wurde der Verhaftete gefesselt, ihm wurden die Augen verbunden, damit er nicht erkennen konnte, wo man ihn hinbrachte und bei Ankunft im Gefängnis wurde er sofort gefoltert. Alle unsere verhafteten Compañeros wurden schwer gefoltert. Es sind wirklich die grausamsten Foltermethoden angewendet worden und viele Compañeros haben dem nicht widerstehen können und sind verrückt geworden. Sie mußten gestehen, daß sie Waffen besaßen und der Guerrillabewegung angehört haben. Erst nach den Folterungen wurden sie einem Richter vorgeführt und dem Militärgerichtshof übergeben. Zunächst wurden nur Leute aus der Führung des CRIC festgenommen, aber inzwischen verhaften sie jeden, auch Leute von der Basis des CRIC, die nicht einmal spanisch sprechen oder verstehen und foltern sie solange bis sie mit dem Kopf nickend "Ja" sagen. Die ganze Region des Cauca ist vom Militär besetzt.

LN: Gab es Gerichtsverfahren gegen die gefangenen CRIC-Mitglieder?

T.M.: Nein, es hat bisher keine Gerichtsverfahren gegen Gefangene des CRIC gegeben. Man hat inzwischen im Dezember 1979 sogar einige Führer freilassen müssen, weil man ihnen einfach nichts nachweisen konnte. Diese Leute sind ein Jahr lang in Untersuchungshaft gewesen, schwer gefoltert worden und hinterher heißt es nur: Vielen Dank und entschuldigen Sie bitte. Alle Folterungen werden von offizieller Seite abgestritten. Zur Zeit werden noch vier CRIC-Mitglieder in Bogotá festgehalten, die nun schon über ein Jahr in Haft sitzen. Außerdem gibt es seit einem Jahr eine Liste von Mitgliedern des CRIC, die lebendig oder oder tot gesucht werden.



LN: Welche Auswirkungen hatte diese schwierige Situation auf die Arbeit des CRIC?

T.M.: Viele Mitglieder des Comité Ejecutivo konnten ihre Dörfer nicht mehr verlassen und nicht mehr in Popayan in der Zentrale des CRIC auftauchen. Daher beschlossen die Dorfgemeinschaften, selbst die Verwaltung des CRIC-Büros zu übernehmen. Und sie kümmerten sich um die Familien der Gefangenen, um Landbesetzungen und alle anderen Probleme, bis sie einen neuen Vorstand bilden konnten. Klar hat uns das zurückgeworfen und das neue Sicherheitsstatut hat uns sehr erschreckt, weil es sehr repressiv und kriminell ist. Aber trotz der Verfolgungen, Verhaftungen und Folterungen haben wir nie aufgehört zu kämpfen. Im Gegenteil: Es hat sich gezeigt, daß in der augenblicklichen Situation der Misere, des Hungers, der Fehlers von Arbeitsplätzen und des rapiden Anstiegs der Lebenshaltungskosten auf dem Land, wie auch in den Städten, die Menschen einfach ihre Angst überwinden müssen, denn es gibt nur eins: Siegen oder Sterben.

Und in dieser schwierigen Situation hat sich gezeigt, wer wirklich zu uns steht, und wer sich drückt. In diesem Augenblick ist unsere Organisation stärker geworden und hat sich etwas mehr Respekt auf nationaler Ebene verschafft. Viele, die uns früher als "Indigenisten" oder "Gremialisten" angegriffen haben, bemerkten plötzlich, daß wir eine ersthafte Organisation sind, die ein starkes Fundament und ihre Wurzeln im Kampf für die Rechte der indianischen Bevölkerung im Cauca hat.

So haben weiterhin Landnahmen stattgefunden, nur diesmal zogen 300-400 Compañeros gemeinsam los im Gegensatz zu früher, als es nur 50-60 pro Landnahme waren. Um eine so große Gruppe von Bauern wieder zu vertreiben, hätte das Militär 2 bis 3 Batallone schicken müssen und in den Gefängnissen gibt es keinen Platz für so viele Leute.

Desweiteren haben wir die Zentrale Kooperative aufgebaut, die für die Vermarktung unserer Produkte zuständig sein soll und die jetzt seit 6 Monaten funktioniert. Allerdings haben wir ein großes Problem: Uns fehlt ein Fahrzeug, um die Produkte zu transportieren, und die Waren stapeln sich zur Zeit in der Zentralen Kooperative, ohne daß wir sie verkaufen können. Bei den rapide ansteigenden Lebenshaltungskosten sind wir jedoch nicht in der Lage, ein Fahrzeug zu kaufen.

Darüber hinaus sind wir dabei, 10 zweisprachige Lehrer auszubilden, die im Auftrag des CRIC in 5 verschiedenen Schulen unterrichten sollen. Da die Regierung uns Indianern keinen zweisprachigen Unterricht zur Verfügung stellt, müssen wir uns selbst um die Ausbildung unserer Kinder, sowie um die Alphabetisierung der Erwachsenen kümmern. Dabei geht es vor allem um die Paez-Indianer, die 60% der Indianer des Cauca ausmachen. Auch hier haben wir große Schwierigkeiten, diese zweisprachigen Lehrer zu bezahlen, die genausoviel arbeiten, wie die von der Regierung angestellten. Wir können ihnen nur eine Unterstützung zahlen, aber kein volles Gehalt.

LN: Wie schätzt Du die Wirkung der internationalen Solidaritätskampagnen für den CRIC ein, glaubst Du, daß sie Euch geholfen haben?

T.M.: Ja, es war sehr wichtig, daß die Leute, die uns international kennen, uns im Augenblick dieses harten Angriffs geholfen haben. Das hat uns sehr genützt, denn es hat der Regierung gezeigt, daß man sich in Europa nicht von den Lügen Turbay Ayalas an der Nase herumführen läßt, sondern daß bekannt ist, daß in Kolumbien keine Demokratie herrscht, daß gefoltert wird und daß die Bauern und Indianer, die für ihre Rechte kämpfen, verfolgt werden. Denn es ist ja nicht das erste Mal, daß wir von der Regierung verfolgt werden, das möchte ich noch einmal deutlich sagen. Von Anfang an, seit Gründung unserer Organisa-



tion, sind wir ständig Attentaten, Verhaftungen und Verfolgungen ausgesetzt worden. Die internationale Solidarität unserer Freunde aus Europa war sehr stark und sehr effektiv, denn sie hat die kolumbianische Militärregierung demaskiert. Wir bezeichnen die Regierung von Turbay Ayala als Militärregierung mit ziviler Hülle, denn wir haben zur Zeit keine Zivilregierung, auch wenn Turbay Ayala Präsident ist, regiert in Wirklichkeit das Militär. Der scharfe internationale Protest gegen Folterungen und für die Einhaltung der Menschenrechte insbesondere auch in Bezug auf die Gefangenen des CRIC haben einen enormen Wert gehabt und dazu geführt, daß sich Turbay Ayalas Regierung etwas schämte und vielleicht auch ein wenig die Überwachung lockerte. Aber eigentlich sind wir nicht davon überzeugt, daß sich die Situation wirklich verbessern wird, vielmehr befürchten wir, daß die Repression nur kurzfristig vor den Wahlen am 9. März abgenommen hat.

Im Namen des CRIC übersenden wir allen unseren tiefsten Dank für die Solidarität, nicht nur für unsere Sache sondern auch für andere Sektoren Kolumbiens, die zu Unrecht verfolgt wurden, und denen ebenfalls die Hilfskampagnen galten. Gleichzeitig möchten wir alle sehr darum bitten, ihre Solidaritätskampagnen auch weiterhin fortzusetzen, weil es immer noch jeden von uns treffen kann. Wir benötigen Proteste und Solidarität in Form von moralischer wie auch ökonomischer Hilfe. Denn wir müssen Rechtsanwälte bezahlen, die Gefangenen versorgen, weil die Gefängnisse sehr schmutzig sind und das Essen ungenießbar. Wir müssen weiterhin die Familien der Inhaftierten unterstützen, sowie diejenigen Compañeros, die krank aus dem Gefängnis kommen und ärztlich betreut werden müssen.

Kurzmeldungen

Chile

Schwere Auseinandersetzungen am 1. Mai zu befürchten!

Wie über mehrerer Presseagenturen zu erfahren war, hat die chilenische Militärregierung im voraus alle Aktivitäten und Kundgebungen zum 1. Mai verboten. Die linken Parteien Ihrerseits haben verlauten lassen, auf politische Veranstaltungen nicht verzichten zu wollen.

Kolumbien

Fortschritte bei den Verhandlungen

Laut Amnesty International haben die letzten Verhandlungen zwischen den Botschaftsbesetzern in Bogotá und der Regierung ergeben, daß die politischen Gefangenen nicht von Militärgerichten abgeurteilt werden, sondern vor ein ordentliches Gericht gestellt werden. Wenn diese Meldung zutrifft, so ist damit ein großer Schritt erreicht, denn die Möglichkeit, daß internationale Normen der Rechtsprechung eingehalten werden, ist vor normalen Gerichten eher gewährleistet.

ALTERNATIVA hat ihr Erscheinen eingestellt

Die kolumbianische Oppositionszeitung ALTERNATIVA hat im April ihr Erscheinen eingestellt. Sie war seit ihrer Entstehung vor 6 Jahren die wichtigste linke Wochenzeitschrift. Zur Schließung haben finanzielle Schwierigkeiten und politische Differenzen innerhalb der Redaktion beigetragen.

NICARAGUA

Die Widersprüche der Revolution

Dieses Papier ist in Managua geschrieben. Von einem, der die zwei Volksaufstände der Nicaraguaner vom Nachbarland Costa Rica aus mitverfolgt hat und der seit letztem Oktober in Managua lebt.

Das setzt Grenzen. Diejenigen Grenzen, denen alle, die hier arbeiten, unterworfen sind. Ein Stehe-Punkt - um nicht zu sagen: ein Standpunkt. Es ist also ein einseitiges Papier, diskutiert kein Für und Wider der Nicaraguasolidarität. Die Frage, ob die Nicaraguaner die richtigen Lehren aus dem historischen Ablauf anderer Revolutionen ziehen - es ist nicht meine Absicht oder Aufgabe, das zu entscheiden.

Was ich tun will, ist, bestimmte Prozesse und sich entwickelnde Strukturen der Revolution in Nicaragua zu erklären. Zu erklären aus den Widersprüchen heraus, in die sich diese Revolution seit ihrem Beginn am 19. Juli 1979 gestellt sieht. Es wird keine erschöpfende wissenschaftliche Erklärung sein, dafür etwa, daß es so ablaufen "mußte". Ich will nur klarmachen daß die Strategie, die heute vom Frente Sandinista und von der Regierung verfolgt wird, eine berechnete Logik hat (und zwar keine "bürgerliche"). Verständlich machen: die Maßnahmen, mit denen diese (wie ich behaupte: antikapitalistische) Strategie verfolgt wird; die Widersprüche, denen eine solche Politik im derzeitigen Kräftefeld Zentral- und Lateinamerikas ausgesetzt ist; die engen Grenzen, die der vollkommene Mangel an demokratischer Erfahrung während der gesamten nicaraguanischen Geschichte einer unmittelbaren Basisbestimmtheit des genauen Ganges der Revolution im Moment noch setzt.

Die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung ist, wenn sie sich ein Bild der Lage in Nicaragua zu verschaffen versucht, in erster Linie auf die Berichterstattung der reaktionären (FAZ) bis "liberalen" (FR, SZ) angewiesen. Viele der Nachrichten haben beunruhigt, mußten beunruhigen, in der Art, wie sie ankamen und verarbeitet waren. Ein Teil davon sind einfach Falschinformationen, die auf der Arbeitsweise und den Interessen der jettenden Lateinamerikakorrespondenten beruhen: Sie kommen für zwei bis drei Tage nach Managua, müssen sich ein möglichst umfassendes Bild verschaffen und sind dabei dann auf ihre "Informanten" angewiesen, die ihrerseits vorzugsweise aus der Gerüchteküche schöpfen, die gerade von denjenigen angeheizt und gespeist wird, die ohnehin hinter jeder Straßenecke einen Kubaner und hinter jedem staatlichen Dekret den Verlust ihrer Privilegien wittern. Gerüchte sind inzwischen zum bevorzugten politischen Mittel derjenigen geworden, die ihre Interessen nicht mehr mittels direktem Zugang zur politischen Macht durchsetzen können. Ein Beispiel: Das Gerücht, der Zucker werde in den nächsten Tagen knapp werden, treibt alle so zum Hamsterkaufen, daß innerhalb von kurzer Zeit eine tatsächliche Knappheit auf dem Markt herrscht - und die Ineffizienz der staatlichen Stelle (ENABAS), die durch den Aufkauf und die Speicherung von Grundnahrungsmitteln die

regelmäßige Versorgung sicherstellen soll, "bewiesen" wird. Bisher hat das nicht zu ernsthaften Schwierigkeiten geführt - denn die Versorgung funktioniert im Großen und Ganzen jetzt besser als im Nachbarland Costa Rica. Aber der Mechanismus existiert bereits und wird sicher mit Zunahme der politischen Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie noch wichtiger werden.

Diese Art von Falschmeldungen wird oft ohne Prüfung weitergegeben von Journalisten, die immer bemüht sind, das Nicht-Funktionierende und "die Krise" aufzuspüren, um überhaupt ihre Nachrichten über das den Deutschen nicht besonders naheliegende Lateinamerika "verkaufen" zu können.

Andere Presseinformationen verwenden mehr oder weniger zutreffende Details, die jedoch oft nicht in ihren Zusammenhang gestellt werden oder denen auch eine ganz irrtümliche Interpretation gegeben wird. Ein Beispiel aus der Solidaritätspresse: Wenn "Nicaragua aktuell" eine Anzeige aus "Barricada" im Faksimile wiedergibt, in der sich der Banco de America als "tu compañero en la reconstrucción" anpreist, und wenn dann dem Leser zur Orientierung die Übersetzung "Bank of America" beigegeben wird, dann erhält die Information eine beinahe zynische Bedeutung: so als ob sich jetzt die Multis im offiziellen Organ des FSLN als die großen Revolutionäre ausgeben dürften. In Wirklichkeit hat der Banco de America nichts mit der US-Bank Bank of America zu tun. Eine der drei nicaraguanischen Großbanken, wurde er im vergangenen August verstaatlicht, ebenso wie alle anderen im Besitz der nicaraguanischen Bourgeoisie befindlichen (natürlich aber von US-Banken finanziell abhängigen) Privatbanken.

Nicht überall ist der Irrtum in der Interpretation so offensichtlich. Eine ökonomische Maßnahme, die die Bourgeoisie zu begünstigen scheint (wie z.B. die Begrenzung der Lohnerhöhungen auf etwa 10 %) kann angemessen nur im Zusammenhang der gesamten Regierungspolitik gegenüber der Bourgeoisie beurteilt werden. Gerade das Herausgreifen und Extrapolieren von Detailinformationen führt nämlich zu so widersprüchlichen Schreckenseinschätzungen wie - "FSLN liefert die Revolution an die Bourgeoisie aus" und - "Nicaragua ist schon in der Hand der Kubaner". Das dritte Schlagwort, das in diesem Zusammenhang zu nennen wäre, ist das vom "neuen Totalitarismus" (Zitat Süddeutsche Zeitung, F. Kassebeer, 4.3.80: "Die Demokraten gehen in diesem Apparat fast unter.")

Die Widersprüche der Revolution und das prekäre Gleichgewicht der gegenwärtigen politischen Allianz

Ich will es noch deutlicher als in den vorangegangenen Abschnitten sagen: Die ausbalancierenden, gegensteuernden und oft widersprüchlich erscheinenden Maßnahmen der Regierungsjunta gehen auf einen realen (aber aus globalpolitischen Gründen nicht auf der Bühne ausgebreiteten) Widerspruch zurück, der sich zwischen den Erfordernissen einer Allianz mit zumindest Teilen der einheimischen Bourgeoisie und denjenigen einer vom Volk unterstützten und weiterzutreibenden Revolution aufzut.

Die Allianz muß im Prinzip das Privateigentum, zumindest der "Nicht-Somozisten", garantieren – andernfalls wird die Bourgeoisie ihr Geld lediglich spekulativ und im Ausland anlegen. Die "Volksrevolution" (revolución popular) hat sich dagegen verpflichtet, im Prinzip dem Volkswillen keine institutionellen Schranken aufzuerlegen.

Daß deshalb die Allianz auch keine langfristige sein kann, haben Frente Sandinista und Regierung einkalkuliert: Alle wirtschaftspolitischen Aussagen und Entscheidungen beschränken sich auf das Jahr 1980 ("Plan der wirtschaftlichen Reaktivierung 1980"). Garantien für die Bourgeoisie, die darüber hinausgingen, weigern sie sich zu geben. Regierung wie Frente geraten dennoch unter einen gewissen Druck ihrer Basis, der der taktische Charakter der Allianz eigentlich gar nicht deutlich genug gemacht werden könnte – aber wiederum nicht gemacht werden darf, denn sonst würde die Allianz selbst von vornherein unglaubwürdig sein...für die Bourgeoisie.

Mit Sicherheit sieht es heute danach aus – auch gerade unter der Oberfläche – , daß mit zunehmenden Konflikten diese zunehmend zugunsten der Basisforderungen gelöst werden. Von Populismus (also ideologischer Integration der unterdrückten Klassen in ein von Teilen der Bourgeoisie angeführtes politisches Projekt) kann nicht die Rede sein, weiniger noch von "Auslieferung an die Bourgeoisie".

Der angebliche »neue Totalitarismus«

Letzteres läßt sich nicht zuletzt auch an der Reaktion der Unternehmerverbände und rechten politischen Parteien ablesen: Da gibt es nicht einfach das übliche Lamentieren über schlechte ökonomische Investitionsbedingungen. Die Angriffe gegen die Regierung sind vielmehr am härtesten auf politischem Gebiet. Sie gehen gegen die Weigerung der Regierung, eine bürgerlich-repräsentative Demokratie zu institutionalisieren, auf weitere Enteignungen grundsätzlich zu verzichten und sich heute schon auf ein starres juristisches Kontrollsystem festzulegen. Allesamt Regelungen, die die Flexibilität der Überbaustrukturen gegenüber der tatsächlichen Dynamik der Revolution arg behindern würden.

Gerade unter den Juristen hat übrigens der Partido Conservador Democrático eine Hochburg, der heute schon in halbstündigen Radioprogrammen (privater Sender) gegen den "neuen Totalitarismus" antritt. Gemein ist allen Verwendungen des Begriffs "Totalitarismus", nicht zuletzt auch in der Bundesrepublik, daß er nichts mit einer historisch fundierten Analyse des jeweiligen Staates zu tun hat, sondern rein formale Ähnlichkeiten irgendwelcher Staats- und Regierungsformen bezeichnet, die nicht dem sog. "westlichen Demokratiebegriff" entsprechen.

Im Fall Nicaraguas wird "Totalitarismus" meist gleichgesetzt mit der Behauptung, man habe es mit einem "neuen Kuba" zu tun. Das eine ist dabei so unhistorisch wie das andere: schon einfach deshalb, weil kaum jemand eigentlich weiß, wie das kubanische System eigentlich funktioniert. Schablonen werden übereinandergelagt, die kubanischen CDR mit den CDS der Nicaraguaner gleichgesetzt. In Wirklichkeit ist die Funktion der letzteren noch kaum einheitlich definiert, beruht auf der Initiative der Bevölkerung selbst. Deshalb dürfen uns negative Beispiele auch nur wenig erschrecken – sie sind gar nicht zu vermeiden. Auch grobe Fehler (wie im Fall eines Flugblattes, das zur Denunziation aufforderte) können, mangels direkter Kontrolle, erst nachträglich von oben korrigiert werden – wenn sie schon in der Presse stehen.

Daß heute etwa 2000 Kubaner in Nicaragua arbeiten (zum allergrößten Teil Lehrer und Ärzte, einige Planungsexperten), bringt selbstverständlich einen nicht geringen Einfluß mit sich. Doch sollten wir uns fragen, ob dieser Einfluß, wenn er nicht in Dominanz übergeht, nicht durchaus seine Berechtigung hat: Die Kubaner sind tatsächlich die einzigen Lateinamerikaner, die Lösungen für ihre dringendsten sozialen Probleme gefunden haben (statt zum Beispiel, wie das reiche Venezuela, immer auf die Scheinlösungen der US-Experten zurückzugreifen, die als einzige längerfristige Wirkung eine immer stärkere reale Abhängigkeit von den Zentren des Kapitalismus zur Folge haben). Ob Agrarreform, Gesundheitssystem oder Alphabetisierungskampagne – die einzigen Erfolgreichen sind bisher die Kubaner. Und in Nicaragua scheinen sie, nach den Erfahrungen der ersten Zeit, bereit zu sein, gemeinsam mit den Nicaraguanern "angepaßte" Lösungen zu entwickeln, betonen immer wieder auch die eigenen Fehler, die es zu vermeiden gälte. Das schließt natürlich die berühmten Schwarzen Schafe unter den kubanischen Freiwilligen nicht aus. Auf solche Fälle wiederum stürzt sich die Presse mit Vorliebe, und nicht zuletzt deshalb, weil "Anti-Kubanismus" als Ersatz für offenen Anti-Sozialismus verwendet werden kann. Während letzterer nur noch schwer zu verkaufen ist (und sich selbst die Unternehmerpartei MDN für Sozialismus ausspricht), sind antikubanische Einstellungen bei einem nicht geringen Teil selbst der Campesinos das propagandistische Erbe Somozas und ein günstiger Anknüpfungspunkt für die Opposition der Bourgeoisie heute.

Zwischen Diskussion und Repression —

die Politik gegenüber dem sogenannten Linksradikalismus

Verbreitete Kubafeindlichkeit bei Teilen der Bevölkerung, die mit einiger Sicherheit vor der Revolution noch nie einen Kubaner zu Gesicht bekommen hatten, ist nur ein Reflex des durchschnittlich immer noch sehr niedrigen politischen Bewußtseinsstandes und Informationsgrades des nicaraguanischen Volkes, dessen historischen Hintergrund ich weiter oben erläutert habe.

Der Widerspruch zwischen diesem Mangel und der auf das Verständnis der Bevölkerungsmehrheit angewiesenen Allianzpolitik im ökonomischen Bereich ist seinerseits die Grundlage für die Art, in der der Frente Sandinista die Auseinandersetzung mit solchen politischen Guppen führt, die die taktische Allianz mit der Bourgeoisie ablehnen und implizit oder explizit die sofortige Ausrufung des Sozialismus, die vollständige Enteignung der Groß- und Mittelbourgeoisie und die Entfernung aller bürgerlichen Kräfte aus der Regierung fordern. Sie werden in Nicaragua unter dem Schlagwort "Linksradikale" eingeordnet, und die Berichte (siehe vor allem die TAZ) darüber, wie mit ihnen umgegangen wird, treffen im großen und ganzen zu. Das betrifft Redaktionsmitglieder der Tageszeitung "El Pueblo", Organ der Gewerkschaftsorganisation (mit maolistischem Hintergrund) "Frente Obrero", die zu zwei Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden, eine Strafe, die in der zweiten Instanz auf 13 Monate herabgesetzt worden ist. Das betrifft zum anderen die Führung der (früher moskautreuen) Kommunistischen Partei Nicaraguas und ihrer Gewerkschaftsorganisationen CAUS (Arbeiter) und MORE (Campesinos), die seit einigen Wochen, noch ohne Gerichtsverfahren, in Haft sitzen.

Unbeschadet aller juristischen Argumente, die in den beiden Fällen auf den Tisch gebracht werden – der tatsächliche Grund für die militärischen und juristischen Maßnahmen gegen diese Gruppen liegt in dem politischen Problem, vor das sich der Frente und die Regierung durch deren Betätigung gestellt sieht:

Weder der Frente Obrero noch die Kommunistische Partei sind, von lokalen Hochburgen abgesehen, Gruppierungen mit großem Massenanhang. Dennoch haben sie es verstanden, mit Sofortforderungen nach 100% allgemeiner Lohn-erhöhung und der Propagierung von Land- und Fabrikbesetzungen, die nicht durch die offiziellen Kriterien ("nur von Somozisten") gedeckt waren, Arbeiter und Campesinos zu erreichen, die von der Revolution ökonomisch noch nicht profitiert hatten. Während die Strategie der Regierung nur langsame Verbesserungen, und für das erste Jahr nur im sozialen Bereich, jedoch keine Lohnerhöhungen vorgesehen hatte, um nicht die Revolution selbst durch ein wirtschaftliches Chaos zu "destabilisieren", kümmerte das den Frente Obrero wie die Kommunistische Partei wenig, weil sie einem allmählichen Übergang zum Sozialismus ohnehin nicht trauen.



Der Frente Sandinista hat zwar zweifelsohne die intelligentere Strategie hinter sich: durch die kurzfristige Allianz mit der Bourgeoisie soviel Zeit zu gewinnen, wie nötig ist, einmal die Wirtschaftsaktivität wieder auf den Vorkriegszustand zu bringen; und zum andern die mit keiner politischen Tradition ausgestattete Mehrheit der Arbeiter- und Bauernschaft politisch so weiterzubilden, daß künftige ökonomische Schwierigkeiten, die bei einer Zuspitzung des Konfliktes mit dem internationalen Kapital unvermeidlich sind (Export-, Import-, Kreditboykotte), nicht mehr dazu führen, daß die negativ Betroffenen Zuflucht bei reaktionären Alternativen suchen.

Doch politische Erziehung dauert lange, und bisher gibt es nur eine dünne Schicht von politisch und technisch ausgebildeten Leuten im Frente, die meisten davon absorbiert vom Regierungsapparat, die eine solche Arbeit leisten könnten. Ansätze, die über die leider noch übergroßen Raum einnehmenden Parolen hinausgehen, gibt es vor allem in den Massenorganisationen. Aber noch sind es Ansätze, und die fortdauernde politische Unterentwicklung des nicaraguanischen Volkes in seiner Mehrheit rückte für den Frente die Furcht in den Mittelpunkt, Liberalität gegenüber den "Linksradikalen" könnte deren kurzfristigen und "ökonomistischen" Argumenten soviel Auftrieb verleihen, daß eine Pattsituation die Weiterentwicklung der Revolution behindern würde. Der Fall der UP-Regierung Chiles hatte schließlich gezeigt, daß sie nicht zuletzt an ihrer eigenen Entscheidungsunfähigkeit gescheitert war - der Pattsituation zwischen ihren beiden Flügeln, deren Immobilität einen Putsch ohne organisierte Gegenwehr erst möglich machte..

Eine "rationale" Konfliktaustragung zwischen widersprüchlichen Strategien - derart, daß die letztliche Gemeinsamkeit in bezug auf das Ziel den Konflikt nicht zugunsten des gemeinsamen Gegners, der Konterrevolution, ausschlagen läßt - ist in einer Gesellschaft wohl schwer zu garantieren, in der die Gewalt der Herrschenden - Liberalen wie Konservativen, Somozas wie der US-Invasoren - immer die Konflikte entschieden hatte. Und jetzt war es zum ersten Mal die Gewalt der Unterdrückten, die gesiegt hat. Aber sie ist eben auch Gewalt und schafft mentale Strukturen, die mit dem 19. Juli nicht einfach weggeschwicht wurden.

Repression gegen diejenigen, die den in Nicaragua ganz oben rangierenden Grundsatz der Einheit (ihrem bisherigen Erfolgsrezept) nicht beachten, wird auch vom politisch denkenden Teil der Bevölkerung für ganz selbstverständlich gehalten. Sie richtet sich gegen diejenigen, die sich außerhalb des Frente Sandinista stellen und gegen ihn arbeiten. Und deshalb wäre auch die Annahme falsch, es herrschte in Nicaragua ein Klima der politischen Unterdrückung: Von den Betroffenen abgesehen, wird dies kaum irgendwo so empfunden. Dieser letzte Satz ist in keiner Weise zynisch gemeint, er soll lediglich ausdrücken: Die Repression steht bisher ganz am Rande der Revolution - Ganz sicher ist sie nicht die Revolution!

Ohne die längerfristigen politischen Auswirkungen einer solchen, repressiven Maßnahmen einschließenden Politik zu diskutieren, wollte ich in diesem letzten Abschnitt nur dafür plädieren, die Ereignisse in Nicaragua nicht mit der falschen Eile ausschließlich unserer eigenen Erfahrungen mit Revolutionen und unserem Internationalismus zu messen. Wenn wir den bewaffneten Kampf der Nicaraguaner gegen die Somozadiktatur gerechtfertigt und unterstützt haben, dann müssen wir auch die durch ihn geschaffenen Strukturen, auch die geistigen, erst einmal akzeptieren. Und das heißt, den Nicaraguanern unsere Solidarität nicht nach wenigen Monaten "Probezeit" wegen der Folgen dieser Strukturen versagen. Sonst war unsere vorherige Solidarität zumindest eine idealistische.

EL SALVADOR

Bischofserklärung zur Ermordung von Erzbischof Romero

Am 24. März 1980 wurde der Erzbischof von San Salvador, Oscar A. Romero, während einer Messe ermordet. Die Bischöfe, die das Totenamt für den Ermordeten zelebrierten, würdigten ihn in einer gemeinsamen Erklärung als echten Christen und Verteidiger der Rechte der Armen und Unterdrückten. Wir drucken im Folgenden diese Erklärung leicht gekürzt ab.

"Wir, die unterzeichneten Bischöfe, sind aus verschiedenen Orten der Welt gekommen, um Mons. Oscar A. Romero, dem toten Hirten, treuen Zeugen Jesu, Verteidiger der Gerechtigkeit und der Armen, die christliche Ehre zu erweisen.



Der ermordete Erzbischof Oscar A. Romero

Weil er das Leben seines Volkes verteidigte und für eine gerechte und friedvolle Gesellschaft eintrat, wurde er wie Jesus ermordet – genau im Moment der Darbringung des Abendmahls. Wir sind hierher gekommen als Repräsentanten unserer Kirchen und unserer Völker, um gegen dieses schreckliche Verbrechen zu protestieren, und um mit der Kirche und dem Volk El Salvadors sein neues Leben zu feiern.

Viele von uns kannten Mons. Romero persönlich. Wir sahen in ihm das Beispiel eines Bischofs, wie wir ihn in Medellín und Puebla gewünscht hatten. Mons. Romero war ein tief religiöser Mann und treuer Nachfolger Jesu. Ein Mann des Gebets, der ehrlichen Bescheidenheit, der Reinheit des Herzens und der Liebe zu seinen Nächsten. Diese Menschliche und christliche Klarheit begleitete ihn in seinem Dienst als Diener der Kirche und in der schwierigen Situation, in der er die Erzdiözese von San Salvador übernahm und sie reifen und wachsen ließ in der Nachfolge von Jesus. Mit dem Blut der Märtyrer und dem Schmerz des Volkes begann sein Dienst. Und

dieses Blut und dieser Schmerz verwandelten ihn in den treuen Hirten, der nie seine Herde im Stich ließ, der ihr seine Stimme lieh und der sein Leben für sie gab.

Es sind drei Dinge, die wir besonders am Episkopat von Mons. Romero bewundern:

Erstens war er immer Verkünder des Glaubens und Lehrer der Wahrheit. Niemals scheute er davor zurück, die Wahrheit zu sagen, und sie mit dem Mut des Evangeliums zu sagen, weil er daran glaubte, daß die Wahrheit Gottes die Herzen der

Menschen erleuchtet (...) Obwohl er sein Leben dabei riskierte, sagte er immer die Wahrheit über die Situation der Bedrückung und Unterdrückung, die die Ärmsten erleiden. (...)

Zweitens war er ein beständiger Verteidiger der Gerechtigkeit. Wie die alten Propheten und wie Jesus klagte er die an und verurteilte die, die "den Armen für ein Paar Sandalen verkaufen", die ihm die Früchte seiner Arbeit rauben, ihn unterdrücken und ermorden, wenn er für sein Leben und seine Rechte kämpft. Und wie die Propheten träumte er immer von, arbeitete und kämpfte für eine wirkliche Gemeinschaft der Brüder, in der sich das von Jesus verkündete Reich Gottes verwirklicht.

Drittens war er Freund, Bruder und Verteidiger der Armen und Unterdrückten, der Bauern und Arbeiter und derjenigen, die in den Elendsvierteln wohnen. Sein tiefer Glaube an Gott und seine totale Hingabe an Christus führten ihn dazu, in den Armen Christus selbst zu sehen, und so die Sache der Armen als die Sache von Gott selbst zu sehen. Wenn Mons. Romero in etwas parteiisch war, dann in seiner Liebe zu den Armen und seiner Verteidigung der Unterdrückten. Ausgehend von seiner Solidarität mit ihrem Leben und ihrem Kampf für vollständige Befreiung, verkündete er die wahrhafte Liebe und den authentischen Frieden. In ihm wirkte der Glaube, so daß er in der sozialen Ungerechtigkeit und in dem bedrohten Leben der Armen die radikalste Verneinung Gottes sah. (...)

Mons. Romero war ein beispielhafter Bischof, weil er der Bischof der Armen war in einem Kontinent, der so grausam das Zeichen der Armut der großen Mehrheit trägt. Er war mit ihnen, verteidigte ihr Anliegen und erlitt das gleiche Schicksal wie sie: Verfolgung und Martyrium (...)

(...) Seine Ermordung hat uns nicht überrascht. Er konnte kein anderes Schicksal haben, da er Christus treu blieb und wirklich den Schmerz unserer Völker teilte. Der Tod Mons. Romeros steht nicht isoliert dar, sondern ist Teil des Zeugnisses der Kirche, die in Medellín und Puebla – ausgehend vom Evangelium – sich für die Armen und Unterdrückten entschied. Durch den Tod von Mons. Romero verstehen wir jetzt besser den Tod durch Hunger und Krankheit – die ständige Wirklichkeit unserer Völker; ebenso die unzähligen Märtyrer, die unzähligen Kreuze, die unseren Kontinent säumen: Bauern, Elendsviertelbewohner, Arbeiter, Studenten, Priester, Gemeindearbeiter, Nonnen, Bischöfe – eingekerkert, gefoltert, ermordet für ihren Glauben an Jesus Christus und ihre Liebe zu den Armen. Wie der Tod von Jesus sind sie die Frucht der Ungerechtigkeit und doch gleichzeitig der Keim der Auferstehung.

Im Angesicht der Leiche von Mons. Romero und so vieler anderer Ermordeter wollen wir unseren Protest und unsere Verurteilung wiederholen. Wir verlangen, wie Mons. Romero in seiner letzten Predigt, das Ende der Repression auf diesem Kontinent und heute besonders in diesem geliebten und leidenden Land. Wir wollen zu Gott beten, daß der Glaube dieses Volkes nicht erlahmt, und daß er einen neuen Hirten sendet, der in diese Fußstapfen tritt, wie es heute tausende Menschen erbitten(...)

Marcos Mc Grath (Panama), Luciano Méndez de Almeida (Brasilien), Leonidas Proaño (Ecuador), Sergio Méndez Arceo (Mexiko), Gerardo Flores (Guatemala), Eamonn Casey (Irland), Luis Mambaren (Peru), Alberto Ibiesta (Spanien), Oscar García Urizar (Guatemala), James O'Brien (England), Arturo Rivera y Damas (El Salvador), Mario Ruiz (Ecuador), Jaime Brufau García (Honduras)

El Salvador im Deutschen Fernsehen — journalistische Unfähigkeit und politische Klischees

Am Abend des 2.4. lief im 1. Programm der ARD ein 3/4 stündiger Bericht über El Salvador ("Am Rande des Bürgerkriegs"). Zuschauern, die bis 23 Uhr 45 wachbleiben, um sich einen solchen Bericht anzuschauen, wird der Film allerdings kaum neue Einsichten vermittelt haben. Daß die Unüberbrückbarkeit der Gegensätze zwischen Oligarchie und verarmten Massen zu einer "Eskalation der Gewalt" geführt hat, dürfte für sie nichts Neues gewesen sein.

Alarmierend ist allerdings die massive Verwendung von Klischees, die die Ereignisse in Mittelamerika ohne Umschweife in das Szenarium des neuen "Kalten Krieges" einordnen. Politische Aktionen von links wie von rechts werden zunächst einmal unterschiedslos als "Orgie der Gewalttätigkeit" und als "Ekzesse" gekennzeichnet, während die Toten, die auf das Konto der Regierung gehen, unerwähnt bleiben.

Zwar wird der Charakter der Oligarchie und des rechten Terrors noch einigermaßen richtig aufgezeigt— von einer Analyse des linken Widerstands, in dem der Überlebenskampf der Massen zum Ausdruck kommt, kann dagegen auch nicht in Ansätzen die Rede sein. Die Linken "wollen ein kommunistisches System errichten und betrachten Gewalt als ein legitimes Mittel, dieses Ziel zu erreichen"; sie werden von kubanischen Instruktoren ausgebildet und kämpfen mit Waffen aus dem Ostblock. Fidel Castro gelingt es, "in Mittelamerika Fuß zu fassen". Korrespondenten vom Schlage eines Jochen Waldmann (der für diesen Bericht verantwortlich ist) sind offenbar nicht in der Lage, Kämpfe der Linken aus der spezifischen Situation eines Landes zu begreifen; der Weltkommunismus mit seiner Zentrale in Moskau und seiner Filiale in Havanna zieht die Fäden ... Nach den Ereignissen in Afghanistan feiern die alten Klischees des Kalten Krieges fröhliche Urständ.

Natürlich ist der ARD- Kommentator auf den Seiten des Massen: "Leidtragende sind die große Mehrheit der Bevölkerung" — und als einzige verantwortungsvolle Kraft erscheint die Regierungsjunta mit ihrer sog. gemäßigten Reformpolitik. "Zwischen den Radikalen beider Seiten, die regierende Junta... Sie will Reformen, braucht Zeit." Die Junta sitzt offenbar in der Klemme zwischen den egoistischen Interessen der rechten Oligarchie und den Fängen des Weltkommunismus. Diese Interpretation paßt sich gut in das sich gegenwärtig konsolidierende neu- alte Weltbild der westdeutschen Presse ein: Die Bundesrepublik und die USA auf der Seite der gemäßigten Kräfte der Reformwilligen, die UdSSR und Kuba auf der Seite des kommunistischen Terrors.

"Leider" bleiben dabei einige Fragen offen:

— Über die soziale Basis der Regierungsjunta erfährt der Zuschauer nichts.

— Es verblüfft, warum eine Politik, die angeblich so konsequent, wie Waldmann es darstellt, die Interessen der Massen vertritt, keine weitreichende Unterstützung findet (Wer weiß, was gegenwärtig auf dem Lande vor sich geht — vgl. obiges Interview —,

wird allerdings nicht auf die Idee kommen, die wachsende Stärke der Linken auf dem Lande auf die kubanische Infiltration zurückzuführen).

— Es heißt: Erzbischof Romero hatte "wenig Bindungen zu den Christdemokraten und stand der Linken näher"; er wurde als die "Stimme der Armen" angesehen. Wie verhält sich das zu der Aussage, daß die große Mehrheit der Bevölkerung "Leidtragende" der Gewalt der Linken sei ?

— Wieso sah sich der Erzbischof veranlaßt, gerade die Soldaten der angeblich gemäßigten Junta zu ermahnen, "nicht auf ihre Brüder zu schießen" (was offenbar zu seiner Ermordung führte) ?

Wir sind uns zwar dessen bewußt, daß die bisherigen Berichte der LN zu El Salvador auch keine klaren Antworten zu allen diesen Fragen geben — wir planen ein El-Salvador- Sonderheft, das im Mai erscheinen soll und diese Fragen aufnehmen wird —; diese Fragen allein reichen jedoch aus, um den ideologischen Charakter der Berichterstattung von Jochen Waldmann bloßzustellen.

Wir wollen damit keineswegs behaupten, daß hier westdeutsche Fernsehzuschauer bewußt manipuliert werden. Ein Mittelamerika-korrespondent, der von San Juan als der Hauptstadt Costa Ricas spricht, und nicht in der Lage ist, Interviews mit Asylsuchenden in der peruanischen Botschaft in Havanna einigermaßen inhaltsgetreu zu übersetzen (vgl. Report vom 15.4.), ist vermutlich von der Situation in El Salvador schlichtweg überfordert.



Interviews mit Bauern

In der letzten Ausgabe der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN (LN 80) berichten wir über die Anfang März von der herrschenden Junta dekretierte Agrarreform. In dieser Nummer bringen wir nun einige Ausschnitte aus Interviews, die in den ersten beiden Märzwochen mit Bauern in El Salvador gemacht wurden. Sie erzählen über die Situation alltäglicher Unterdrückung durch das Militär und rechtsgerichtete paramilitärische Organisationen und über ihre Ausbeutung. In den Gesprächen zeigt sich das tiefe Mißtrauen der Bauern bezüglich der von der Junta versprochenen Reformen, von denen sie keine Verbesserung erwarten, da sie gleichzeitig einer verschärften Repression ausgesetzt sind.

Frage: Wo sind wir im Moment - hier ist El Tombo la Vista, der Weiler La Pava. Hier vorn gibt es ein Haus, das vor zwei Wochen angezündet wurde, und dort drüben sind noch mehr Häuser abgebrannt. Könnt Ihr uns sagen, was hier vor sich ging, wer die Häuser angezündet hat?

Bauer: Hier ist man bedroht von ORDEN und der Guardia Nacional.

F: Sie kommen und drohen zuerst?

Bauer: Nein. Sie wollen unsere Organisation zerstören, ganz offen. Es ist nur ein Häuflein von unten, die von ORDEN, die sind es, die uns belästigen. Zuerst haben sie einen Jungen erschossen, der von hier ist. Und so begann dann die Unterdrückung.

F: Und damit haben sie erst vor kurzem angefangen?

Bauer: Das war so ungefähr vor zwei Wochen. Sie töteten dann noch einen weiteren Mann aus dem gleichen Dorf. Und dann ging das alles hier los, um unsere Organisation zu zerschlagen. Und da die Leute nicht gejammert haben, haben sie all das hier angestellt, um zu sehen, ob uns die Lust vergeht. Denn wenn einer sich der Ausbeutung bewußt ist, dann kämpft er, um zu sehen, ob es eine Besserung gibt. Wir sind hier alle organisiert.

F: Hier sind alle organisiert?

Bauer: Ja. Und deshalb hassen sie uns. Aber unser Herz lassen wir nicht verbittern. Auch wenn jetzt einige ohne Kleider sind und ohne Essen, sind wir alle bereit auch das Leben hinzugeben, wenn es sein muß. Denn als die Hubschrauber vorüberflogen gingen wir von hier gemeinsam weg. Wir ließen unsere Häuser allein zurück. Und weil keine Leute da waren, haben sie das gemacht. Sie haben die Häuser und die Kleider verbrannt.

F: Sie kamen also mit Hubschraubern?

Bauer: Ja. Dort drüben sind sie gelandet. Sie wollten uns einkreisen. Aber es war uns gelungen, vorher zu entkommen. Von weit weg sahen wir die Explosionen bei den Häusern.

Als wir dann einen hinschickten, um zu sehen was los ist, und als er sagte, daß sie schon gegangen waren, und einige Frauen da seien, die da Feuer ausmachten, da kehrten wir dann zurück. Wir waren so an die fünfzehn. Und wir schauten dann, wem sie was angezündet hatten. Die einen gingen in dieses Haus, die anderen in jenes, um die Feuer zu löschen, damit es sich nicht ausbreitet, denn die Küchen sind aneinandergobaut. Wir haben die Wände abgerissen. So haben wir das Feuer einigermaßen gelöscht. Und nachher haben wir davorn und hier die Möbel herausgezogen, die Betten. Denn da ist ein Señor, der hat einige wertvolle Betten und einen sehr schönen Tisch. Das hatten sie herausgeholt und angezündet. Genauso ging es einem Jungen von hier, dem sie alle Betten, Kleider und Saatgut herausgeholt hatten. Und auch das Vieh verbrannte ihn. Das ist jetzt 15 Tage her.

F: Eine Woche bevor das Landreformgesetz dekretiert wurde. Seid Ihr hier



Eigentümer des Bodens, oder müßt Ihr Pacht zahlen oder auf den Haciendas arbeiten?

Bauer: Also wir vier hier, wir haben ein Stückchen Land zum Bebauen, das uns geblieben ist. Aber die meisten haben nichts. Ganz kleine, winzige Fleckchen. Sagen wir, wie dieser Señor dort: das Fleckchen, das er hat, ist sein Haus. Ihn haben sie zurückgelassen, nur mit den Kleidern auf dem Leib. Er hatte zwei Maisspeicher und alles, was drin im Haus war. Das ist zu Kohle geworden.

F: Und die Landreform, hat sie jemanden von Euch betroffen?

Bauer: Hier bis jetzt nicht. Nun ja, wir haben alle davon im Radio gehört. Also mehr oder weniger ist uns nichts klar über die Politik, die sie haben. Wir glauben auch nicht mehr an die Politik. Es ist schwer zu verstehen, daß eine Woche vorher die Häuser verbrannt werden und nachher gesagt wird, daß man uns Land zuweisen wird. Das sind die Reformen, die sie dem Campesino vorsetzen.

Nachdem sie die Unterdrückung durchgeführt haben, machen sie die Reform, damit einer mit dem Unheil einverstanden ist, das sie angerichtet haben.

F: Wofür kämpft Ihr hier?

Bauer: Nun, wir kämpfen, um die Ausbeutung zu vertreiben. Denn wir wissen schon, daß die, die Macht haben, den Landbesitz, die Reichsten sind. Denn es sind 14 Familien, nicht? Und wir hier, die Bauern, die Ärmsten, wir sind die Mehrheit. Und wie man sieht, haben gerade ungefähr so viel, daß es zum Essen langt. Aber wir haben auch welche, die nicht einmal eine Wohnung oder was zu Essen haben. Und solange es welche gibt, die Hundepfoten haben, wie man so sagt, also die Fleisch und Milch haben, während wir nicht einmal Salz haben zum Essen. Hier gibt es unterernährte Kinder, aber auf der anderen Seite welche, die gut genährt sind. Also das ist es, worum wir kämpfen. Für ein besseres System.

F: Ihr glaubt nicht mehr an die Regierung?

Bauer: Wir glauben zu keiner Zeit an Regierungen, die reformistisch sind.

Frau: Was wir machen, ist, nachts wegzugehen. Wir machen Schichten in der Nacht. Denn wenn sie kommen, werden wir von denen, die wach bleiben, gewarnt. Und so sind wir also einen Tag auf diesem Posten und am nächsten auf einem anderen. So können sie uns nicht kontrollieren. Es verlangt viele Opfer. Es verlangt auch, daß wir zusammen halten, daß wir einander helfen. So können wir uns verteidigen. So sind wir in Gruppen von 25 oder 30, manchmal 20, manchmal auch 8. Je weniger wir sind, desto mehr Stunden dauert die Schicht für einen.

F: Und wie könnt Ihr Euch verteidigen, wenn es einen Angriff gibt?

Frau: Wie wir uns verteidigen können? Nun, die einzige Art ist, zu rennen. Wenn nicht werden sie uns ... Wir haben schon das Beispiel einer solchen kleinen Gruppe, die blieb, und wo sie dann alle ermordet haben. Das war in Libano. Dort haben sie fünf umgebracht, die schliefen, und der Compañero, der Wache hatte, war eingeschlafen. Zuerst brachten sie ihn um, dann die anderen. Aber sie haben auch die Freunde getötet, die zufällig ins nächste Dorf gingen, ohne zu wissen was dort los ist, und sie sind dann nicht mehr zurückgekehrt.

F: Wie wird all dieser Terror einmal aufhören?

Frau: So wie wir das sehen, wird der Terror erst aufhören, wenn das Volk etwas gegen diese Leute unternimmt.

F: Du glaubst, daß man die Regierung stürzen kann?

Frau: Ich glaube schon. Mit der Kraft aller muß man es machen. Das Volk muß sich befreien. Und das erhoffen wir. Denn siehst Du: wenn sie uns die Häuser wegnehmen, bleiben wir auf der Straße, und wenn sie nicht eines Tages damit aufhören, nun, diese Mörder müssen ihr Ende kriegen, ihre Strafe, durch das Volk. Denn in anderen Dörfern hat das die Guerrilla schon gemacht. Die Guerrilla, nicht wir, die Massen. Sie fing einen dieser Mörder, der für ein Massaker verantwortlich war, und richtete ihn mitten im Dorf hin und brachte so den Leuten Gerechtigkeit. Und vor allen Leuten haben sie ihn umgebracht. Denn das sind Mörder, die losziehen, um Leute umzubringen. Wenn wir dort gewesen wären, wir hätten dem auch zugestimmt.

F: Ihr vertraut darauf, daß diese Regierung zusammenbrechen wird?

Frau: Wir glauben, daß es zuerst einmal die legalen Wege gibt. Das ist gerecht. Denn was wir wollen ist, daß es ein Volk gibt, wo keine Ausbeutung herrscht. Denn uns beuten sie aus. Wenn sie z.B. die Löhne beim Schneiden von Zuckerrohr nicht so bezahlen, wie das Volk es will. Sie bauen immer mehr Zuckerröhren an, und wir haben keinen Zucker. Der ist sehr teuer. Und solche Sachen sind Ausbeutung, das haben wir herausbekommen. Also kämpfen wir gegen ein solches System.

F: Und deswegen habt Ihr Euch organisiert?

Frau: Ja, deswegen ist die Organisation von FECCAS/UTC (größte Landarbeitergewerkschaft. 1967 als rein christliche Organisation gegründet. Heute dem BPR angeschlossen. Anm. d. Red.) und sie wird noch wachsen. Denn ihr Kampf uns zu verteidigen, hat unsere Unterstützung.

Die Leute, die hierher kommen, um uns zu fangen, sind noch ärmer als wir, mit winzigen Höfen. Aber sie werden von den Hacienda-Besitzern bezahlt. Manchmal werden sie auch nicht bezahlt, sondern sind bloß dabei, um nicht selbst umgebracht zu werden. Deshalb verraten sie uns. Diese Leute sind dumm. Und weil sie unwissend sind, werden sie hereingelegt und verraten uns.

Aber sie haben bisher noch nicht herausbekommen, daß die Ausbeuter uns nicht nur in einer Art ausbeuten, sondern mit einem Haufen anderer Sachen. Wenn hier einer arbeitet: stell dir vor, was der an Dünger braucht. Und wenn wir Kunstdünger kaufen, ist das sehr teuer. Aber Bohnen und Mais werden ganz billig verkauft. Wenn wir zum Verkaufen gehen, bringen wir teure Sachen mit zurück. Und da merkt man doch: das ist Ausbeutung. Und von uns selber geht doch alle Produktion aus, und uns selber reicht es nicht aus. Und das haben wir entdeckt und deshalb kämpfen wir jetzt. Und das wollen die nicht, daß wir uns organisieren. Denn sie wissen, daß wir alle zusammen ihnen schon was machen können.

Bei uns gibt es Landmangel, weil das Land in den Händen der Reichen ist, der Millionäre, der großen Hacendados. Dem Volk gibt man fast nichts zum Arbeiten. Und wenn sie einem was geben, dann nur das ruinierteste Land, auf dem nicht einmal mehr Unkraut wächst, wo kein Futter wächst. Mit Gewalt, mit Kunstdünger, kann man eine mittelmäßige Ernte erzielen. Der Boden hat einen Ertrag, der einen ruiniert, und der Zins ist sehr hoch und teuer. Die Mehrheit der Bauern, holen sich Geld auf der Bank, um den Boden zu bekommen und die Pacht zu bezahlen. Das fehlt ihnen dann beim Essen. Wir erleiden ein großes Elend. Deshalb sage ich, daß das Land für uns sehr knapp ist. Aber wir können keine Hand an das Land legen, denn die Landbesitzer bieten es einem nicht an. Sie bebauen es mit Zuckerrohr, mit Baumwolle und mit Kaffee. Und so ist die Mehrheit des Landes bedeckt. Der salvadronische Boden gehört nur ihnen. Und wenn man auf den Haciendas arbeitet, dann bezahlen sie einen ganz miserabel. Vorher zahlten sie 5 Colones, jetzt zahlen sie 7, 7 1/2. Vor kurzem haben wir erreicht, daß sie uns 14,25 Colones zahlen. Aber das hat das Leben von Tausenden von Christen gekostet. Es mußten viele Leute sterben. Wenn wir unsere Zettel vorgelegt haben oder eine Demonstration gemacht haben, haben sie das Volk barbarisch umgebracht.

Und hier werden wir bedroht vom Abend bis zum Morgen, daß sie uns möglicherweise umbringen. Sie sind sehr zornig. Sie wollten hier eindringen. Und weil sie nicht vorwarnen, bleibt uns nur, uns selber zu verteidigen. So ist das. Der Ort ist nicht sicher. Wir leiden weiterhin, die Junta hat zwar etwas versprochen, aber sie hält nichts. Für niemandem auf dem Land gibt es Ruhe, in keiner Weise. Und angesichts dessen leben wir ein hoffnungsloses, ängstliches Leben wegen des großen Elends und der großen Sklaverei, wo auch die Kinder sterben an Unterernährung.

Wir leiden hier daran, daß es keinen ärztlichen Zeistand gibt. Kommt einer mal zu einer Klinik, verlangen sie von ihm Geld allein für das Papier mit dem Namen der Medizin. Und manchmal speisen sie einen mit nichts ab, oder vielleicht mit ein paar Aspirin, auch wenn der Fall ernst ist. Es gibt also keine ernsthafte medizinische Versorgung.

Und so ist die Situation im ganzen Land für den armen Campesino. Wir haben nichts mit der Regierung in San Salvador zu tun. Wir brauchen eine tiefgreifende radikale Veränderung. Dafür ist das Volk bereit zu kämpfen, auch wenn dabei Blut fließt, das Blut unserer Brüder. Aber vielleicht wird das Blut der Dünger sein, damit die Revolution gemacht werden kann.



GUATEMALA

Zur allgemeinen Lage

"Die Geschehnisse in Nicaragua und in El Salvador verbreiten hier in Guatemala Angst", sagte uns Dr. Francisco Villagrán Kramer, Vizepräsident des Landes, 2 Tage nach dem Massaker in Spaniens Botschaft in Guatemala-Stadt, dem am 29. Januar 39 Menschen, darunter 23 indianische Bauern der Stämme Ixles und Quiché zum Opfer gefallen waren. Er selbst bangt um sein Leben: sein Haus ist von Militärs umstellt, der Polizei traut er nicht.

Villagrán ist einer der weniger Überlebenden einer Gruppe von Politikern, der auch Alberto Fuentes Mohr (Sozialdemokrat) und Manuel Colóm Argueta (Sozialist, FUR) angehörten, die beide kurz nach der Einschreibung ihrer Parteien auf offener Straße zusammengeschossen wurden. Villagrán stellte sich 1978 zusammen mit Romeo Lucas García zur Wahl, die - wie schon gewohnt - im Wahlbetrug endete, um sein Ideal, eine Bündnispolitik des rechten Zentrums mit dem linken Zentrum zu verwirklichen, eine Bündnispolitik, die eine demokratische Öffnung und Beteiligung der Massen am politischen Leben ermöglichen sollte. Er gesteht heute ein, daß diese Politik und er selbst gescheitert sind: "Ich habe keinen Einfluß auf die Regierung."

Die Regierung des Präsidenten Lucas hat sich zu einer der blutigsten in der Geschichte Guatemalas entwickelt: Anga'en von Jesuiten zufolge wurden allein in den ersten zehn Monaten des Jahres 1979 3252 Menschen von den "Todeskommandos", paramilitärischen Organisationen, hinter denen sich meistens die Polizei oder die Armee verbirgt, umgebracht. (So wurde der Mord an Manuel Colóm Argueta per Hubschrauber von dem später in einer Guerrilla-Aktion ums Leben gekommenen General Casinos geleitet.) Die Veröffentlichung der Zahl von über dreitausend Ermordeten durch die Jesuiten reicht aus, auch diesen jetzt den Garaus zu machen. Man will sie allesamt aus dem Lande jagen, Morddrohungen gegen Jesuiten sind bereits ausgesprochen. Ebenso verhaßt ist Amnesty International, die neben politischen Morden - politische Gefangene werden in Guatemala nicht gemacht - auch geheime Massengräber denunziert hatte. Laut Toledo Vielmann, Pressesprecher der Regierung, handelt es sich bei allen diesen Denunziationen um eine "Verschwörung", die durch "Verleumdung" auf internationaler Ebene eine pro-britische Haltung in der Belize-Frage (Britisch-Honduras) wecken will.

Die zunehmende Repression richtet sich in erster Linie gegen die indianischen Bauern, die 54% der Bevölkerung ausmachen und größtenteils unter menschenunwürdigen Bedingungen leben: die Landgier der Großgrundbesitzer und der Militärs hat sie auf das karge Hochland zurückgedrängt, wo ihre ärmlichen Landflecken nicht ausreichen, um zu überleben. Dies hat zur Folge, daß sie als billige Arbeitskräfte drei Monate im Jahr an die Küste herunterziehen und sich auf den Plantagen der Großgrundbesitzer in der Baumwoll-, Zuckerrohr- oder Kaffeeernte verdingen. Sie ruinieren ihre Gesundheit und verlieren - wenn sie sich gegen die unmenschlichen Bedingungen auflehnen - oft ihr Leben.

Seit der Regierung des Generals Arana Osorio (1970-1974), der mit der Guerrilla aufräumte, hat sich innerhalb des Militärs eine Veränderung vollzogen. Die Armee ist jetzt nicht mehr nur der Handlanger der Großgrundbesitzer, sondern die Herren Generäle erheben selbst Anspruch auf Landbesitz. Da von den Reichen nichts zu holen ist, beraubt man die Armen. Felder, Hütten und Vorräte der indianischen Bauern werden verbrannt, um sie einzuschüchtern und zum Verlassen ihrer Felder zu bewegen. Gehen sie nicht von selbst, wird vor Vergewaltigung, Folter und Mord nicht zurückgeschreckt. Dies geschieht in verstärktem Maß in der Region von Ixcán, die von landlosen Bauern urbar gemacht wurde, wo das Militär mittlerweile die einzigen Transport- und Kommunikationsmittel monopolisiert, nachdem man den US-amerikanischen Priester Billy Woods, der für die Bauern um Land- und Besitztitel gekämpft hatte, auf einem seiner Transportflüge "verunglücken" ließ und den deutschen Priester Karl Stetter folterte und des Landes verwies. Dies alles hat zur Folge, daß kaum Nachrichten über die andauernden Massaker aus dieser Region nach außen dringen. Weiterhin betroffen sind Huehuetenango, El Quiché, Alta Verapaz und Peten, Regionen, die in der "Franja Transversal del Norte" liegen. Diese Zone hat eine ökonomische Bedeutung durch die Erdölvorkommen, die Pipeline, die Nickelabbaugebiete und die im Planungsstadium befindliche Überlandstraße; alles Dinge, die die Bodenpreise in die Höhe schnellen lassen. Die geschilderten Verhältnisse riefen 1978 den Protest der Bauern in dem Städtchen Panzóz hervor; es wurden in einer Maßnahme des Militärs mehr als hundert Bauern bestialisch niedergemetzelt, viele der Überlebenden verstecken sich noch heute in den Bergen aus Angst vor Verfolgung.

Diese Regionen sind ebenfalls Operationsgebiet der Guerrilla, besonders des Ejército Guerrillero de los Pobres, Guerrillaarmee der Armen, eine Guerrilla-Truppe, die sich in kürzester Zeit und insbesondere unter dem Eindruck des Sieges der Santinisten in Nicaragua zu einer der bestorganisierten Organisationen des Landes entwickelt hat. Sie haben im Oktober ein Bündnis mit anderen Guerrilla-Truppen gebildet und arbeiten mit dem PTG - Partido Guatemalteco de Trabajo, Guatemaltekeische Partei der Arbeit - zusammen, die im Gegensatz zu den kommunistischen Parteien den bewaffneten Kampf aufgenommen hat. Eine Besonderheit dieser Guerrilla besteht darin, daß sie sich zur Mehrheit aus indianischen Bauern rekrutiert. Das erklärt auch die Unterstützung, die sie durch die Hochlandbauern erfährt. Andererseits provoziert das die verstärkte Aktivität des Militärs und seiner verschiedenen Repressionsorgane - Folter und Massaker an der Zivilbevölkerung sind an der Tagesordnung.

Schon vor dem Sturz Somozas zeichnete sich in Guatemala zunehmende antikommunistische Aktivität ab: die Aktionen des ESA - Ejército Secreto Anticomunista, geheimes antikommunistisches Heer - häufen sich, es bilden sich neue Organisationen mit Namen wie "Ojo por Ojo" (Auge um Auge), "Escuadron de la Muerte" (Todesschwadron) etc., die berüchtigte "Mano Blanca" taucht erneut auf. Somozistische Ex-Nationalgardisten die während des Krieges und danach aus Nicaragua nach Guatemala geflohen sind, wurden sofort ins guatemaltekeische Heer eingegliedert und bilden dort eine spezielle Anti-Guerrilla-Truppe neben der bereits bestehenden.

Guatemala wird jetzt als letztes Bollwerk gegen den Kommunismus verstanden, als Basis, von der aus die Operationen zur Wiedergewinnung Nicaraguas und des von vielen bereits aufgegebenen El Salvadors unternommen werden sollen. So wurde kürzlich der Versuch einer Intervention von 5 000 bewaffneten Guatemalteken und ehemaligen Nationalgardisten Somozas in El Salvador durch ein Mitglied der salvadoria-

nischen Massenorganisation FAPU aufgedeckt. Auf der Hacienda "El Africa" an der Grenze zu El Salvador befinden sich die Trainingslager der Spezialeinheiten, die über die Haciendas in der Provinz Ahuachapán in salvadorianisches Gebiet eindringen. Diese Truppen werden angeblich von Mario Sandoval Alarcón, Führer einer rechtsextremistischen Organisation Guatemalas und Eigentümer der Finca El Africa unterstützt. Diese Annahme scheint nicht sehr abwegig; Sandoval Alarcón hat schon häufig seinen Willen zur Unterstützung der Aktionen der Regierung und der Militärs zur Ausrottung der Linken Guatemalas und Mittelamerikas beteuert. Überdies verfügt er über eine eigene, paramilitärische Truppe. So sagte ein Mitglied der Christlich-Demokratischen Partei, León Schlotter über diese Truppe: "Guatemala ist das einzige Land Mittelamerikas, das eine militante faschistische Partei hat. Vertreter dieser faschistischen Partei MLN, die 1954 mit Hilfe der CIA den liberalen Präsidenten Arbenz stürzte und damit das Ende der zehnjährigen bürgerlichen Demokratie in Guatemala bewirkten, bezeichnen selbst Carter als Kommunisten."

Die Vermutung, daß diese Partei neben der Unterstützung durch bestimmte Kreise in Miami auch enge Verbindungen zur Republikanischen Partei der USA unterhält, wird verstärkt durch die sich häufenden Besuche republikanischer Parlamentarier aus den USA. Hinzu kommen die Kontakte zu Militärs wie General Daniel O. Graham, Mitglied des Sicherheitsrates der USA, der das guatemaltekeische Volk zum "Widerstand gegen den Linksradikalismus" aufrief.

Um der verstärkten Repression entgegenzutreten, haben sich auch die Massenorganisationen bereits vor zwei Jahren in der "Frente Democrático contra la Represión" (Demokratische Front gegen die Repression) zusammengeschlossen. Es handelt sich hier um ein Bündnis, das der kürzlich in El Salvador gegründeten "Coordinadora" vergleichbar ist, in dem linke Parteien, Gewerkschaften, Studentenorganisationen und religiöse Gruppen vertreten sind. Schon im Herbst 1978 hatte sie mit Erfolg einen Generalstreik durchgeführt, als es zu einer dreiwöchigen Straßenschlacht aus Protest gegen die Erhöhung der Bustarife gekommen war.

Innerhalb der "Frente" ist die Parole von der "Autodefensa" (Selbstverteidigung) bereits ausgegeben. Für die nächste Zukunft denkt man aber nur an einen weiteren Generalstreik. "Was sollen wir tun? Wir haben keine Waffen." Ein Gewerkschaftsmitglied, befragt nach seiner Meinung zu der Haltung des Vizepräsidenten: "Dr. Villagrán täte besser daran, ins Asyl zu gehen. Dann könnte er der Welt die Situation in Guatemala mitteilen."

Interview mit dem Comité de Unidad Campesino

Anfang März fand in Peru ein Südamerikanischer Indianerkongreß statt, bei dem ein Mitarbeiter der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN einen der Führer des Comité de Unidad Campesina von Guatemala interviewen konnte. Das CUC war mit an der Besetzung der spanischen Botschaft in Guatemala beteiligt und verlor bei dem Massaker fünf seiner Mitglieder.

Frage: Wann und wie ist das Comité de Unidad Campesina (Komitee der Bauereinheit) - CUC - entstanden?

Antwort: Zunächst gab es Bewegung in der Gegend von Quiché, um das Bewußtsein der Bauern zu stärken. Diese Bewegung ohne Namen wurde langsam größer, aber sehr bald wurden viele Genossen entführt und ermordet, Mitglieder wurden als subversiv und kommunistisch bezeichnet, und die Bewegung zerbrach an der Angst der Leute. Nachdem wieder einmal ein indianischer Bauer ermordet aufgefunden worden war, fand am 1. Mai 1978 in Quiché eine Protestdemonstration statt. Dort entstand das Comité de Unidad Campesina (CUC). Wir sind eine Volksorganisation der Massen, um für unsere Rechte und Forderungen zu kämpfen. Ein großer Teil unserer Mitglieder sind indianische Bauern, aber wir sind nicht rassistisch. Die indianische Bevölkerung unterstützt uns, weil sie am stärksten unter der Ausbeutung und Diskriminierung zu leiden hatte und daher am kämpferischsten ist. Wir unterstützen keine politische Partei und bekämpfen den Reformismus. Wir streben eine Allianz zwischen Arbeitern und Bauern an, damit wir uns gemeinsam befreien können.

F: Wie ist das CUC organisiert und in welchen Gegenden von Guatemala ist es verwurzelt?

A: Das CUC ist in sogenannte Versammlungen (asambleas) unterteilt, die auf nationaler, regionaler, zentraler und lokaler Ebene funktionieren. Jede Versammlung wird durch einen gewählten Koordinator vertreten. Die gewählten Koordinatoren bilden Komitees, die wiederum auf zentraler, regionaler und nationaler Ebene existieren. Das Nationale Komitee der Koordinatoren stellt die oberste Führung der Volksbewegung CUC dar. Es arbeitet immer eng zusammen mit den verschiedenen Kommissionen, die für die verschiedenen Bereiche - Solidarität, Finanzen, Propaganda, Sicherheit, Selbstverteidigung und Erziehung - zuständig sind. Diese Organisationsstruktur funktioniert bisher aber nur zu ca. 60%, weil wir noch eine kleine Organisation sind, die erst seit 23 Monaten existiert.

F: Wo ist das CUC vertreten?

A: Das CUC ist in Quiché entstanden. Später hat es sich nach Chimaltenango und zur Südküste in ausgebreitet. Inzwischen gibt es organisierte Leute in Totonicapán, Sololá, Bajo Verapaz, Alto Verapaz, Huehuetenango, Chimaltenango und ein wenig an der Küste in Cuintla und anderen Orten in der Nähe. In Petén gibt es den

Frente Campesino del Norte (Bauernfront des Nordens) mit dem wir zusammenarbeiten. Unsere Organisation funktioniert noch nicht auf nationaler Ebene, aber sie wächst ständig.



Die Probleme der indianischen Bevölkerung

F: Welches sind Eurer Ansicht nach die Probleme der indianischen Bevölkerung in Guatemala heute?

A: Unser Hauptproblem ist das Land, und unser Kampf gilt der Rückgewinnung unseres Landes. Das wenige Land, das uns übrig blieb, ist schlecht und unfruchtbar. Diese Landknappheit betrifft auch die armen Mestizen, aber hauptsächlich betrifft sie die indianische Bevölkerung, die Ixtiles, Cacchiqueles, Quiché und alle anderen Gruppen.

Ein weiteres Problem ist das der Erziehung. 60-65% der Bevölkerung Guatemalas sind Analphabeten. Die Regierung schickt Leute aufs Land, die die Kinder in die Schule holen. Dort wird nur Spanisch gesprochen, weil die Lehrer eine sehr schlechte Ausbildung haben und keine indianische Sprache sprechen. Die Bauern ziehen es vor, ihre Kinder aufs Feld zu schicken anstatt in die Schule. Oft gibt es nur einen Lehrer für sechs Klassen.

F: Sind die Landarbeiter der großen Zucker- und Bananenplantagen auch im CUC organisiert?

A: Nein, die festangestellten Landarbeiter sind in Gewerkschaften organisiert und gehören nicht dem CUC an. Aber viele Mitglieder des CUC sind selbst während einiger Monate im Jahr Saisonarbeiter auf den Plantagen. Sie fahren von den Bergen an die Küste und dort organisieren sie die Gelegenheitsarbeiter, die nur zur Erntezeit in Lastwagen angekarrt werden, hauptsächlich zur Zuckerrohrernte.

Z.B. gab es bis zum 27. Februar dieses Jahres einen Streik von 10 000 Saisonarbeitern, die auf 60 Fincas angestellt waren und bessere Lebensbedingungen sowie 5 Quetzales pro Tonne Zuckerrohr forderten. Dieser Streik wurde vom CUC in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen organisiert.

Die Besetzung der spanischen Botschaft

F: Durch die internationale Presse ist die Besetzung der spanischen Botschaft bekannt geworden. (Vgl. LN. 79) Kannst Du uns kurz erklären, wie es zu dieser Besetzung gekommen ist?

A: Der Botschaftsbesetzung liegen Landprobleme zugrunde. Viele Bauern in Quiché bearbeiten Land, für das sie keine Besitztitel haben. Nach der Verabschiedung eines neuen Gesetzes versprach die Agrarbehörde INTA (Instituto Nacional de Transformación Agraria), daß jeder Bauer, der sein Land schon seit zehn Jahren bearbeitet und 20 000 Quetzales zahlt, einen Landtitel erhalten würde. Nachdem die Bauern 20 000 Quetzales bezahlt hatten, wurden dann aber nur provisorische Landtitel vergeben. Einige Finca-besitzer in der Gegend bemerkten inzwischen, daß das Land der Bauern kultivierbar ist und begannen diese Ländereien zu beanspruchen. So entstand der Kampf der Bauern von Quiché. Vor vier Jahren schickte die Regierung das Militär in die Zone, um die "Ordnung" aufrechtzuerhalten und die Guerrilla zu suchen. Das Militär arbeitete natürlich mit den Fincabesitzern zusammen und so begann die Repression. Die Bauern versuchten zunächst alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen. Sie verlangten vom Agrarminister eine Lösung ihrer Probleme. Schließlich hieß es, nach Zahlung weiterer 12 000 Quetzales würden Landtitel vergeben, und wer nicht zahlen werde vertrieben. So begannen die brutalen Vertreibungen mit Folterungen, Entführungen, Vergewaltigungen von Frauen, etc. Im August vergangenen Jahres wurden neun Bauern des Dorfes Uspantán entführt. Die Bewohner von Uspantán zogen daraufhin vor den Kongreß der Republik, und die Funktionäre versprachen, den Fall zu untersuchen. Aber natürlich gab es nie eine Klärung, und im Dezember wurden im Nachbarort, in Chajul, sieben der neun entführten Bauern als Guerrillakämpfer verkleidet erschossen aufgefunden. Die Leichen waren in zwei Massengräbern verscharrt und eine Leiche verbrannt worden. Die Bewohner von Uspantán, Nevaj, Chajul und Cotzal beschlossen daraufhin in die Hauptstadt zu ziehen, um öffentlich zu protestieren. Da sie dort bedroht wurden, blieb ihnen nichts anderes übrig, als zusammen mit vier Studenten, einem



WIR VERURTEILEN DAS
MASSAKER VON CHAJUL!

RAUS MIT DER ARMEE
AUS UNSEREN GEMEINDEN

Arbeiter und einem Elendsviertelbewohner die spanische Botschaft zu besetzen, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. An der Besetzung nahmen Mitglieder des "Frente Estudiantil Revolucionario Raul García" (Revolutionäre Studentenfront Raul García), der "Federación de Trabajadores de Guatemala" (Arbeitervereinigung Guatemalas) und des "Comité de Unidad Campesina" teil. Wir hatten nicht mit dieser harten Reaktion der Regierung gerechnet. Wie bekannt, starben nach dem brutalen Einsatz der Nationalen Polizei 38 Personen. Gregorio Yuja, der sich lebend aus den Flammen retten konnte, wurde später aus dem Krankenhaus verschleppt und ermordet vor dem Büro des Rektors der Universität aufgefunden. Die Reaktion der Bevölkerung ließ nicht auf sich warten: an verschiedenen Orten gab es spontane Protestdemonstrationen, Busse und Lieferwagen wurden angezündet etc. Die Regierung weigerte sich zunächst, die Leichen herauszugeben, mußte dann aber dem Druck der Familienangehörigen und Organisationen nachgeben. So fand eine große Beerdigung statt. Der Trauerzug war zwölf Straßenblocks lang. Auf dieser Beerdigung wurden zwei Menschen von der Polizei erschossen. Einer von ihnen war der Präsident des Verbandes der Medizinstudenten, Gustavo Adolfo.

F: Wieviele Mitglieder des CUC waren an der Besetzung der spanischen Botschaft beteiligt?

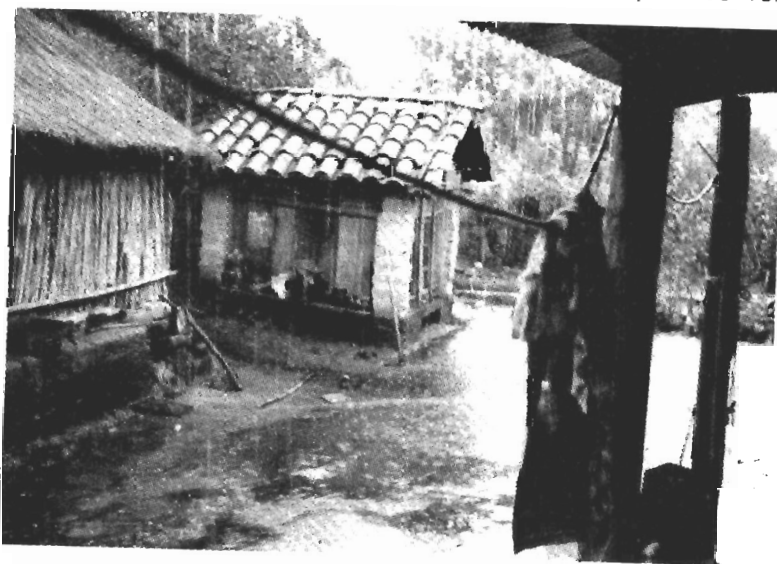
A: Vier nationale und ein regionaler Führer des CUC starben in der Botschaft. Mateo Lopez Calvo war Koordinator der Region von Quiché. Salomon Tavica Zapeta war Koordinator von Totonicapán und Quetzaltenango; Francisco Chen Tecu gehörte der Nationalen Ausbildungskommission des CUC an und arbeitete an der Küste. Juan José Yos und Victoriano Gomez Zacarias kamen aus der Dritten Zone von Quiché. Man kann sagen, daß der Verlust dieser fünf Führer für das CUC den härtesten Schlag seit seiner Gründung darstellt. Trotz allem ist unsere Antwort darauf nicht Angst und Verzweiflung, sondern wir werden mit noch mehr Nachdruck weiterkämpfen. Die Organisation des Volkes von Guatemala hat einen großen Schritt vorwärts getan und die brutale Repression der Regierung hat vielen die Augen geöffnet.



F: Wie schätzt Ihr insgesamt die Lage in Zentralamerika ein?

A: Der Sieg des Volkes von Nicaragua hat uns sehr geholfen. Er steht als gutes Beispiel dafür, daß sich gegen den Willen des Volkes keine Diktatur halten kann, auch nicht mit den besten Waffen. Als Somoza noch an der Macht war, gab es einen Verteidigungsbund aller zentralamerikanischen Heere (Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua) - der CONDECA (Confederación del Ejército de Centroamérica). Auf diese Weise kämpften auch guatemalte-kische Soldaten gegen die Sandinisten in Nicaragua. Seit Somza ge-gestürzt wurde, besteht CONDECA nicht mehr, und das Militär der jeweiligen Länder steht allein und isoliert da. Auch der Gemein-same Markt Zentralamerikas, der Mercomun, der nur den obersten Schichten zugute kam, ist zusammengebrochen. Das hat für uns viele Vorteile, ganz abgesehen davon, daß es uns hilft zu wissen, daß wir ganz in der Nähe ein befreundetes Land haben.

Aber es gibt natürlich einige Unterschiede zwischen Nicaragua und Guatemala. Somoza in Nicaragua war ein Diktator, der nicht viele Verbündete hatte, weil er selbst den Bürgerlichen nicht erlaubte, sich zu entwickeln. Daher schloß sich selbst das Bürgertum Nicaragua dem Kampf gegen Somoza an. In Guatemala kämpft das Völk



gegen das Bürgertum, das hinter der derzeitigen Regierung steht, so daß wir glauben, daß unser Feind etwas größer und stärker ist. Aber auch er wird besiegt werden. Wir schätzen unsere Lage so ein, daß wir uns zur Zeit noch in einer Etappe der Verteidigung be-finden. Unsere Organisation ist noch klein und wir können noch keinen bewaffneten Kampf führen. Zunächst einmal müssen wir die Massen organisieren, damit sie ihre Freiheit erkämpfen und die Macht ergreifen können. Und eines Tages werden wir eine Regie-rung - gebildet von Bauern, Arbeitern und Ausgebeuteten - in Guatemala haben.

Ich möchte mit der Kampfparole des CUC enden: Cabeza clara, corazón solidario y puño combativo! (Klarer Kopf, solidarisches Herz, kämpferische Faust!)

MEXIKO

Der Kampf der Nahuatl in der Huasteca

In der mexikanischen Presse erscheinen fortwährend Berichte über die Ermordung von Bauern in Guatemala und El Salvador. Die Informationen über das Massaker in der "Huasteca" von Hidalgo, wo mindestens 36 Männer, Frauen und Kinder von einer Gruppe von Killern unter der Leitung eines pensionierten Militärs umgebracht worden sind, werden nur nebenbei ver-öffentlichlich.

Eine Gruppe von Pistoleros unter der Leitung des Ex-Militärs Alejandro Dolores Espinoza fielen an einem Februarmorgen dieses Jahres in das Dorf Zacahuala (in dem Bezirk von Huautla/Hidalgo) ein, beschossen die Hütten mit Maschinengewehren und hinterließen 30 Tote und 15 Schwerverletzte, von denen sechs am nächsten Tag in einem Krankenhaus in Tuxpan/Veracruz starben.

Vertreter der Polizei von Veracruz und Hidalgo versuchten die Tatsachen zu verdrehen und die Schuldigen zu decken. Nach offiziellen Angaben gab es "nur" 6 Tote in San Sebastian/Veracruz und nicht in Hidalgo. Außerdem wurde das Massaker als eine Konfrontation hingestellt, die durch die 'Unabhängigen Bauern-organisationen 14. Mai', die der Guerrillaaktivität bezichtigt wird, provoziert worden sei; außerdem soll auf eine Gruppe von Bauern geschossen worden sein, "die sich geweigert haben, ihnen, (der Polizei) zu folgen".

Die 'Unabhängige Organisation der vereinigten Völker der Huastecas von Veracruz, Hidalgo und San Luis Potosi' klagt in einem Flugblatt vom 18. Februar die Behörden an, daß eine gewalt-tätige Offensive gegen die Bauern in Vorbereitung sei und daß die Regierung die Repression dadurch zu rechtfertigen versuche, indem sie die 'Unabhängige Bauernorganisation 14. Mai' des Aufbaus einer Guerrillaarmee bezichtigte.

Im einzelnen wurden folgende Anklagen erhoben:

- 1) Seit September 1979 ist die Repression gegen die indianische Bevölkerung in den Huastecas erheblich verstärkt worden: bis heute wurden mehrere Bauern ermordet und 60 weitere verhaftet.
- 2) Am 27. Oktober wurden 7 Genossen in Huazalingo/Hidalgo von der Polizei gekidnappt und im Gefängnis von Pachuca gefoltert. Joaquin Marcos starb an den Folgen der Folterung.
- 3) Am 21. Januar haben die Kaziken⁽¹⁾, der Gemeindepräsident, einige Pistoleros und Polizisten drei Bauern in Tlachiyahualica/Hidalgo festgenommen. Seitdem ist einer von Ihnen in Pachuca im

1) Kazike= Träger infor meller Macht, z.B. Zwischenhändler, Geldverleiher Großgrundbesitzer o.ä.

Gefängnis, die beiden anderen werden vermißt. Eine schwangere Frau wurde lebensgefährlich bei der Festnahme verletzt und liegen-gelassen.

4) Ebenfalls am 21. Januar ermordeten Killer im Dienste der Kaziken, die ihrerseits von dem Gouverneur von Hidalgo, Jorge Rojo Lugo, gedeckt werden, in Huautla/Hidalgo die Bauern Modesto Hernandez, Ceferino Hernandez, Gerardo Cortez und Guadalupe Moreno.

Die Massaker an den mexikanischen Bauern, die Verschwörung der staatlichen Repressionsorgane mit den Berufskillern der Kaziken und der Großgrundbesitzer; die Lügen der Regierung zur Rechtfertigung ihrer repressiven Agrarpolitik und die Gegenwart der Armee als Herrschaftsinstrument in vielen Ge-genden des Landes, all das zeigt, daß auch innerhalb Mexikos Zentralamerikanische Verhältnisse herrschen: in den Huastecas, auf dem Hochland von Puebla und Oaxaca und in den Indianergebieten von Chiapas. Diese Tatsache vereinigt die Völker Latein-amerikas gegen ihre Regierungen.

Zusammen mit der 'Unabhängigen Organisation der vereinigten Völker der Huastecas von Veracruz, Hidalgo und San Luis Potosi' machen wir die Öffentlichkeit darauf aufmerksam, daß in diesem Augenblick ein Massaker an den indianischen Gemeinschaften unter der Leitung der Kaziken, ihrer Pistoleros und Polizisten und mit Unterstützung der Armee vorbereitet wird!

Wir bitten die nationale und internationale Presse und das mexikanische Volk, sich dieser Sache anzunehmen, um die brutale Repression aufzuhalten, die gegen unsere Gemeinschaften geplant ist!"

(Aus: PUNTO CRITICO Nr. 105, März 1980, S. 24 f.)



"Die Gemeinde von Santa Fé dankt für die finanzielle Hilfe für die Witwen der gefallenen Gemeindemitglieder. Danke"

Und wenn sie uns umbringen, so soll man es wenigstens erfahren

In den vergangenen vier Jahren hat die Repression in der Huasteca, einer hauptsächlich von Indios bewohnten Region im Grenzgebiet der Staaten San Luis Potosi, Hidalgo, Puebla und Veracruz, über fünfhundert Menschenleben gekostet. Die Region, von lokalen Kaziken und Großgrundbesitzern beherrscht, ist schwer zugänglich; die Gelder, die von der Zentralregierung für den Straßenbau in der Region bereitgestellt wurden, verschwanden in die Taschen der lokalen Kaziken. Die Zone bildet einen Staat im Staate, der von niemandem anders als den lokalen Herrschern kontrolliert wird, zeitweise hatte sich auch das Militär, das früher die Großgrundbesitzer gegen die Campesinos beschützt hatte, zurückgezogen. Es war aber auch zu "normalen" Zeiten nicht erforderlich, da die Großgrundbesitzer über ihre eigene Polizei, schießwütige Pistoleros verfügen, denen die Colts auch dann schon locker sitzen, wenn ein Campesino sich nur über den Preis der Zwischenhändler oder über zuwenig gezahlten Lohn beschwert. (Die Militärs und Polizei-truppen sind seit Anfang des Jahres wieder in der Region, ihre Stärke wird auf zweitausend Mann geschätzt. Der offizielle Vorwand ist ein junger Mann, den wohl niemand kennt, "Alejandro", der Führer einer angeblich maoistischen Guerrillatruppe. Diesen offiziellen Vorwand glaubt sowieso niemand, deswegen entfällt auch die Aufgabe zu begründen, warum zehntausend bis an die Zähne bewaffnete Militärs notwendig sind, eine Guerrilla-Truppe zu bekämpfen, die sich eher als Phantom erweist.

Vier Jahrzehnte Kampf ums Land

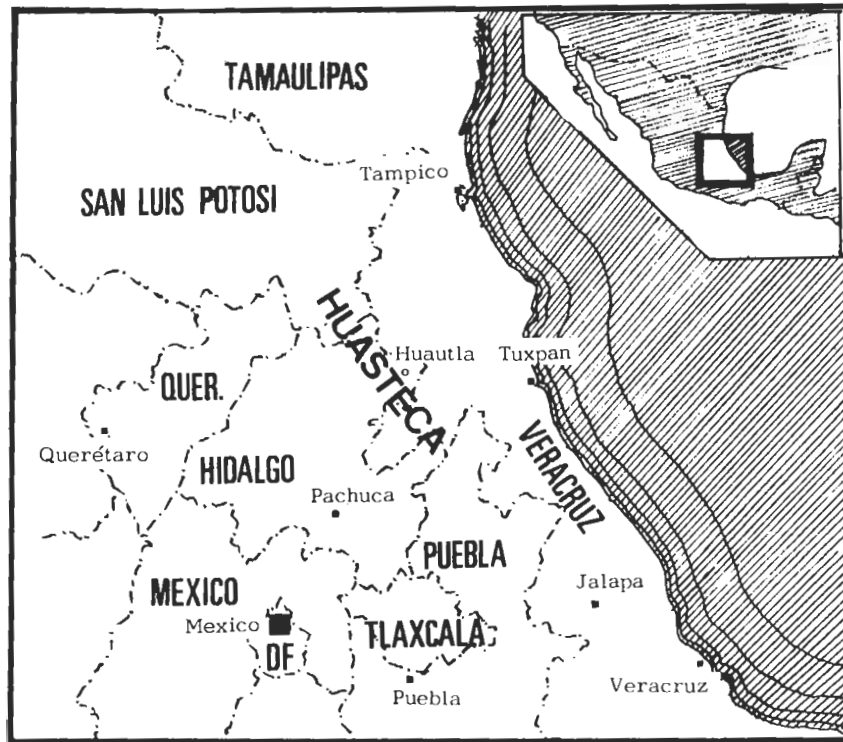
In Wahrheit liegen die Gründe woanders. Wie überall in Mexiko ist das Vertrauen der Campesinos in die offizielle Bauernorga-nisation, die der seit Jahrzehnten herrschenden Staatspartei PRI zugeordnet ist und in die staatliche Agrarreformbehörde gebrochen.

Vier Jahrzehnte- solange geht bereits der legale Kampf um Land - sind sie von einer Tür zur anderen gewiesen worden, weil hier noch ein Dokument fehlt, da eine Unterschrift, dort ist der Lageplan nicht genau genug, und wieder ein anderes Mal standen die Agraringenieure, die die "endgültige" Festlegung der Eigentumsgrenzen hätten treffen können, "leider" und zu-fällig nicht zur Verfügung. Gleichzeitig mußten die Campesinos mit ansehen, wie die Großgrundbesitzer, reiche Viehzüchter haupt-sächlich, immer weiter in ihr Land vordrangen, es besetzten und zu ihrem Eigentum erklärten.

Die Campesinos haben aus dieser leidvollen Erfahrung gelernt, sie haben sich neue Organisationsformen geschaffen und ein neues Bewußtsein ihrer Lage gewonnen. Laura Bolaños, Journalistin und Generalsekretärin der Union Nacional de Mujeres Mexicanas (Nationale Vereinigung der mexikanischen Frauen) hat die Huasteca und insbesondere die Nahuatl, ein dort ansässiger Indio-Stamm, im vergangenen Jahr besucht und darüber einen eindrucksvollen Bericht abgeliefert. Wir wollen sie - und damit die Campesinos der Region - ausführlich zu Wort kommen lassen, um die Hintergründe der Ereignisse zu verdeutlichen.

Die Ernährung der Indios-Campesinos beschränkt sich auf Maisfladen, grüne Pfefferschoten und Bohnen. Früher, als sie noch für die Kaziken arbeiteten, hatten sie nicht einmal Bohnen. Seitdem sie Teile der ihnen geraubten Ländereien besetzt haben, haben sie wenigstens Felder, um Bohnen anzubauen. Seitdem sie nicht mehr für den Kaziken arbeiten, haben sie kein Arbeitseinkommen in Form von Geld mehr. Aber es war ein Hungerlohn, der ihnen gezahlt wurde. Der Kazike zog es vor, Frauen zu beschäftigen, da er ihnen weniger Lohn zahlen mußte, als den Männern. Trotzdem haben sie den Eindruck, daß es ihnen heute besser geht: sie haben ein etwas reichhaltigeres Essen, ferner haben sie mit der Aufzucht kleiner Haustiere, Schweine, Hühner usw. begonnen, eine Tatsache, die ihnen vorher verboten war und die unter Strafe gestellt war. Die Haustiere werden selten geschlachtet, meistens dienen sie als Tauschobjekte vorrangig gegen landwirtschaftliche Geräte: bis zur Besetzung der geraubten Ländereien der Großgrundbesitzer bestand das einzige Werkzeug ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit in einem Grabstock, wie ihn schon ihre Vorfahren seit Jahrhunderten kannten.

Unterernährung und Kindersterblichkeit sind nach wie vor das größte Problem der Dörfer. Über die Kindersterblichkeit gibt es keine Statistiken, nur die Schilderungen der Mütter: von acht Kindern sind drei gestorben, bevor sie fünf Jahre alt wurden, von den drei Kindern lebt eines noch, die Liste läßt sich fortsetzen; die Kinder sterben an Fiebererkrankungen, Durchfall...



Es gibt keine medizinische Versorgung, die Indios müssen den langen Weg zur nächsten Kleinstadt auf sich nehmen, stundenlang im Wartezimmer der Ärzte warten, da diese die solventeren Patienten vorziehen; manchmal warten sie zwei Tage oder ziehen unverrichteter Dinge wieder in ihr Dorf zurück.

Die meisten gehen nicht zum Arzt, woher sollten sie das Geld für die Arztrechnung nehmen. Sie üben herbe Kritik an der Zentralregierung: einige von ihnen, die als Gelegenheitsarbeiter schon mal in Mexiko-Stadt gewesen sind, wissen, daß es in Mexiko tausende arbeitsloser Ärzte, junger Ärzte gibt, die bereit wären, ihr staatliches Anerkennungsjahr auf dem Lande in der medizinischen Versorgung der Landbevölkerung abzuleisten. Trotz großer Versprechungen an die jungen Ärzte und an die Landbevölkerung wird für diesen Gesundheitsdienst kein Geld von der Zentralregierung bereitgestellt. Die Regierung hat offensichtlich Angst, daß die Nachwuchsmediziner, die allesamt aus der politisierten Nationaluniversität von Mexiko-Stadt (UNAM) kommen, "Unruhe" aufs Land brächten. Geradeso, als seien die Indios-Campesinos nicht selber fähig, ihre Lage zu erkennen; als bedürfe es dazu städtischer "Agitatoren"....

Ausdruck dieser Angst waren die ersten Gegenmaßnahmen von Armee und Polizei, als die Nahuatl begannen, sich selber zu organisieren und die geraubten Ländereien besetzten. Polizei und Armee suchten zuerst den Hilfsrichter, den (ejido)Genossenschafts-Präsidenten und den Pfarrer. Sie suchten "Agitatoren" und konnten sich nicht vorstellen, daß ohne diese die Campesino selber in der Lage gewesen wären, die Notwendigkeit einer Änderung ihrer Lebensbedingungen zu erkennen und durchzusetzen.

Neue Organisation und geändertes Bewußtsein

Dabei bestand die Änderung der Organisationsstruktur der Bauern in einer winzig erscheinenden Kleinigkeit: man schaffte die individuelle Führung der Bauernorganisationen, die sich auf eine überschaubare Region beschränkte, ab. Sie machten auch Schluß mit der individuellen Landhaltung, das besetzte Land wird ausschließlich kollektiv bewirtschaftet. "Wir haben die Erfahrung gemacht" sagen sie, "daß die bisherigen Landbesetzungen nur neue Reiche hervorgebracht haben, und Führer dienen lediglich dazu, von den Behörden gekauft zu werden. Die Reichen und die Behörden glauben, daß man die Führer nur zu bestechen braucht, um mit der Bauernbewegung Schluß zu machen." Hier machen wir alles kollektiv, alle Entscheidungen werden kollektiv getroffen. Wir wählen unsere eigenen Behörden, und wenn sie ihren Auftrag nicht erfüllen, dann werden sie eben abgewählt und in die Wüste geschickt."

Die Demokratisierung der Entscheidungsprozesse bedeutet für die Nahuatl auch, daß die Frauen, die früher von den Sitzungen und den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen waren, selbstverständlich heute alle Mitbestimmungsrechte haben. Sie sind formal - einmalig in Mexikos Macho-Welt - gleichberechtigt. Und der Machismo? "Der Machismo" so die Sichtweite der Nahuatl, "ist Ergebnis unserer Tradition, des kulturellen Rückschritts; aber wir kämpfen dagegen. Im Prozeß der wachsenden Teilnahme der Frauen beginnt bereits der erste Schritt des Kampfes gegen den Machismo. Die Frau gewinnt Klarheit über ihre eigene Lage, und das sind die ersten Elemente ihrer Emanzipation.

In unserem System (dem System der Nahuatl) ist es nicht die Lohnarbeit, die die Emanzipation der Frau mit sich bringt. Die Lohnarbeit entpersonalisiert sie genauso wie den Mann. Das was wir tun, ist die kollektive Arbeit, die Arbeit in der Comunidad, in der die Frau gleichgestellt ist. Heute hat die Frau bei uns auch mehr Zeit zum lernen. Die Frauen haben auch die Zeit, die Dokumente der Comunidad zu studieren; sie machen eine Arbeit, die ihre Unterdrückung beenden hilft. Natürlich haben wir alle Probleme damit. Aber in dem Maß, in dem sich die Comunidades organisatorisch, kulturell und ökonomisch entwickelt, wird sich die Emanzipation der Frau entwickeln. Heute sprechen die meisten Frauen kein spanisch, sie sind Analphabeten. Die Männer verlassen von Zeit zu Zeit die Comunidad und arbeiten in der Stadt, sie haben viel mehr Außenkontakte, sie haben größere Möglichkeiten, sich zu entwickeln. Die Frauen, sie verbringen fast das ganze Leben im Dorf, ohne es jemals zu verlassen."

Als man begann, sich neu zu organisieren, galt der erste Schritt des Kampfes der "Moralisierung" der Indios. Alkohol und die freie Liebe unter nicht miteinander verheirateten Partnern wurden verpönt. Der Alkohol ist ein altes Instrument der Kaziken und Großgrundbesitzer zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaftsverhältnisse. Die Schnapsdestillationen und die Läden, in denen Alkohol verkauft oder ausgetrunken wurden, befanden sich im Besitz der Kaziken. Die Arbeit auf dem Felde und in der Hauswirtschaft der Kaziken und Großgrundbesitzer wurde zu Teilen in Form von Alkoholuteilungen entlohnt. Der Zweck der gezielten Ausbreitung des Alkoholismus in den Dörfern war, die Abhängigkeit vom Alkohol, den zu kaufen sie, da sie wenig Geld hatten, nicht in der Lage waren. Ferner sollte verhindert werden, daß die Campesinos ein Bewußtsein von ihrer eigenen Lage gewinnen: Besoffene sind bekanntlich weniger in der Lage, klare Gedanken zu fassen als nüchterne. Die Konflikte, die sich aus der individuellen und kollektiven Misere ergeben, sind für die Campesinos - stehen sie unter Alkohol, leichter verschiebbar: sie streiten sich mit ihren Leidensgenossen oder verprügeln Frau und Kinder; die Aggression richtet sich nicht mehr gegen den Urheber der Misere, den Aggressor, den Kaziken und die Großgrundbesitzer, sondern gegen diejenigen, die gleichermaßen unter der Misere zu leiden haben.

"Heute ist in den Comunidades, die sich unserer Bewegung angeschlossen haben, der Alkoholismus sehr niedrig. Es ist nicht verboten, Alkohol zu trinken, aber diejenigen, die in der Organisation mitarbeiten, trinken keinen Alkohol. In allen Comunidades ist das Problem des Alkoholismus ganz erheblich zurückgegangen. Und so, wie wir gegen den Alkoholismus kämpfen, kämpfen wir gegen die Korruption, die es bei uns tatsächlich nicht mehr gibt; wir haben aber gesehen, daß es in anderen Organisationen, in denen wir früher mitgearbeitet haben, sehr wohl Korruption gegeben hat, man hat dort auch viel getrunken."

Die Korruption ist, wie überall in Mexiko, an der Tagesordnung. Die Methoden derer, die die Herrschenden bedienen, sind derart infam, daß sie auch für abgebrühte Politicos schon nicht mehr alltäglich sind. Die Nahuatl schildern einen Fall: Die Regierung des Staates hatte beschlossen, Kleinlastwagen anzuschaffen, die in den Kreisverwaltungen (municipios) den einzelnen Comunidades je nach Bedarf, z.B. für die Heranschaffung von Baumaterial für die Schule etc. zur Verfügung stehen sollte. Als das entsprechende Auto nach Tamayon, der Verwaltungsstadt des Muni-

cipios, in dem die Comunidades der Nahuatl liegen, kam, gab der Präsident des Municipios bekannt, daß jede Comunidad pro Einwohner 10 Pesos bezahlen müsse. Das war nicht freiwillig, die Bewohner der Comunidades, die es vorgezogen hätten, ohne den Service des Kleinlastwagens auszukommen, anstatt die 10 Pesos zu bezahlen, wurden ebenfalls zur Kasse gebeten, richtiger, gezwungen. Eines Tages stellten sie fest, daß das Auto nicht mehr existierte: es war verkauft worden: erst war es den Comunidades geschenkt worden, dann hatten sie es bezahlt und danach hatte es der Präsident verkauft. Kein Präsident eines Municipios, wie auch kein anderer Politiker in Mexiko, verläßt sein Amt als armer Mann. Das gilt in der Regel vom Präsidenten der Republik über Minister, Gouverneure bis zu den ejido-Präsidenten, die aus allem und jedem Geschäfte machen. Und läßt sich mit größter Anstrengung kein Geschäft im Amt machen, so werden die Kataster gefälscht und über Nacht ist ein Municipio-Präsident Großgrundbesitzer geworden. Auch dies ist ein Fall, den die Nahuatl schildern und belegen können.

Der Krieg von Kaziken und Regierung gegen die Indios

Polizei, Behörden und Kaziken treiben mit den Campesinos ein makaberes und zynisches Spiel. Eines dieser "Spiele" ereignete sich 1975. Polizei und Militär griffen unter Anführung von drei namhaften und bekannten Kaziken der Region, in der Verkleidung von Campesinos, eine Gruppe von Bauern an und töteten sie. In der Presse wurde darüber berichtet als "Streit zwischen zwei Campesino-Gruppen"; eine Darstellung, die die Neigung zur Streitsucht und zu kriminellen Handlungen dieser Leute belegen sollte. Der andere Fall, den die Nahuatl berichten, ist noch zynischer und grausamer; er ereignete sich am 14. Mai 1977. Eine Bauernorganisation in der Region hat sich deswegen nach diesem Datum benannt. An diesem Tag nahmen Polizisten einige Kinder fest, die von der Zwangsarbeit auf der Kaffee-Plantage eines Kaziken zurückkehrten. Als die Eltern die Suche nach ihnen aufnahmen, stellten sie fest, daß die Kinder sich in Polizeigewahrsam befanden und beschnitten waren. Die Antwort war ein Massaker, dem mindestens drei Menschen zum Opfer fielen. Das Bemühen, den Campesinos der Huasteca Gewalttätigkeit zu unterstellen, um so den Boden für eine militärische Intervention vorzubereiten, deren einziges Ziel es sein sollte, die Campesinos von ihren Ländereien zu vertreiben, die sie besetzt halten, die ihnen aber rechtmäßig gehören, kamte keine Grenzen. Die Sprachregelung, nicht nur in der hauptstädtischen Presse lautete: es sind gewalttätige, organisierte Banditen, die Indios, die damit drohen, alle Weißen umzubringen. Mit dieser Art Rassismus läßt sich nicht in Mexiko, sondern in allen lateinamerikanischen Ländern, in denen die indigene Bevölkerung unterdrückt wird und beginnt, sich zu wehren, allemal Politik machen. Die Angst vor der Gewalttätigkeit der Indios ist ein altes Spiel der herrschenden Klassen, das den Klassengegensatz rassistisch verkleistern soll, ein Spiel, das bei den städtischen Mittelschichten häufig Erfolg hat. Tatsächlich stammt aber die Gewalttätigkeit nicht von den Campesinos, nicht sie sind es, die die Latifundisten von ihren Ländereien vertreiben und in sklavenartiger Abhängigkeit halten, sondern die Latifundisten vertreiben die Indios von ihren Ländereien und zwingen sie auch heute noch trotz mexikanischer Revolution und Agrarreform in knechtende Abhängigkeitsverhältnisse. Die Großgrundbesitzer unterhalten bewaffnete Banden, Pistoleros, die mit Polizei und Armee zusammenarbeiten, oder die

"arbeitsteilig" vorgehen: solange die Pistoleros die Campesinos noch in Schach halten können, ist der Einsatz von Polizei und Militär nicht erforderlich. Erst wenn der Widerstand der Campesinos sich organisiert, reichen Zahl und Bewaffnung der Pistoleros nicht mehr aus, die Unterdrückung wirksam durchzusetzen. Dann erfolgt der Ruf nach der Armee, vorbereitet durch Gerüchte über angebliche Massaker der Indios-Campesinos an friedlichen Bürgern oder an Vertretern der Ordnungs- und Streitkräfte. Der angebliche Polizistenmord gehört nahezu stereotyp zu dem Manipulationsrepertoire. Andere Gerüchte, wie die über eine angebliche staatsfeindliche Guerrilla, waren bereits erwähnt worden. Eine dritte beliebte - und auch international angesehene Methode ist die "Rauschgiftbekämpfung".



Die Forderungen der Nahuatl weisen nichts spezifisch "Revolutionäres" oder Staatsfeindliches auf. Ihre Forderung ist primär der Kampf um Land, ein Land, was ihnen gehört, um das sie legal seit vierzig Jahren kämpfen und das ihnen seit vierzig Jahren unter fadenscheinigen bürokratischen Vorwänden verweigert wird. Sie wissen aber auch, daß sie dem Kampf nur dann mit einer Chance des Sieges beginnen können, wenn sie sich organisieren; wenn es ihnen gelingt, die Einheit aller ausgebeuteten Klassen Mexikos herzustellen. Gerade diese Einheit, die in den Erklärungen der Politicos der etablierten linken Parteien häufig wie eine hohle Forderung klingt, wird von vielen, in Mexiko seit einigen Jahren an der Basis organisierten Campesinogruppen gefordert; die militanten Campesinos geben sich dabei nicht der Illusion hin, daß sie von heute auf morgen hergestellt werden kann; sie sind sich darüber im Klaren, daß es erstmal ein langwieriger, kampf- und sicher verlustreicher Weg sein wird, die Einheit der Campesinos gegen die verschiedenen Korruptions- und Kooptationsversuche von Regierung herzustellen und zu wahren. Angesichts der Schwierigkeit, diese Einheit herzustellen, nimmt sich der Versuch, die Einheit aller ausgebeuteten Klassen Mexikos zu schaffen, wie ein Kampf gegen Windmühlen aus.

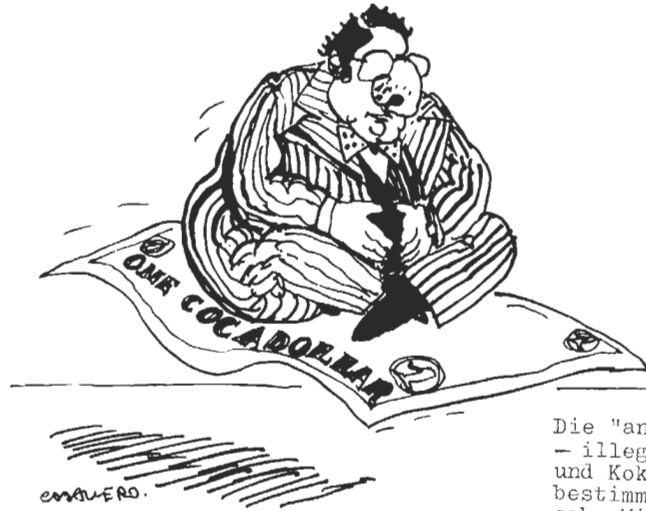
Der Kampf der Indios der Huasteca ist mehr als ein blinder Befreiungsschlag angesichts einer erdrückenden Repression. Er ist der Versuch, im wahrsten und nicht bildlichen Sinn des Wortes zu überleben. Sie müssen ihre Ländereien wiedergewinnen, wenn sie und ihre Kinder nicht verhungern wollen. Die großen Viehzüchter halten heute noch über 70 % des land- oder viehwirtschaftlich nutzbaren Bodens der Region, Land, das sie sich in den letzten Jahrzehnten zusammengeraubt haben, unter dem Schutz korrupter Regierungen, die offiziell die Agrarreformpolitik zu den unverzichtbaren Bestandteilen des Staates erklärt und die öffentlich sich auf die Seite der (dem Gesetz nach illegalen) Großgrundbesitzer geschlagen hat.

Seit Beginn dieses Jahres herrscht in der Huasteca Kriegszustand: die Pistoleros der Großgrundbesitzer waren nicht mehr in der Lage, die Bauern zu kontrollieren, Armee und Polizei wurden eingesetzt. Der Gouverneur des Staates Hidalgo, der frühere Minister für Agrarreform hat den Einsatz befohlen; er macht - wie sollte es anders sein - die Campesinos für die Gewalt in der Region verantwortlich.

Inzwischen sind bereits mindestens 43 Personen getötet worden, ermordet, denn die Bauern sind nicht bewaffnet. Die Repräsentanten von mehr als 60 Comunidades sind in den ersten beiden Monaten des Jahres 1980 verschwunden, niemand kennt ihren Aufenthaltsort, niemand hat eine genaue Liste, ihr Schicksal ist ungeklärt, niemand weiß, ob sie noch leben. Die zehntausend Soldaten und Polizisten kämpfen gegen Bauern, die mit friedlichen Mitteln Land besetzt haben, das ihnen gehört, die sich eine Organisation geschaffen und ein Bewußtsein gewonnen haben, das sie nicht mehr zu einfachen "Bauern" auf dem Schachbrett der Ausbeutung werden läßt, die wissen, daß mit der Ausbeutung erst Schluß ist, wenn sie mit ihr Schluß machen und daß sie nichts geschenkt bekommen. In den Gesprächen, die diesem Artikel zugrunde liegen und die von Laura Bolanos veröffentlicht worden sind, sagt eine Campesina: " Und wenn sie uns töten, so soll man es wenigstens erfahren". Jene Frau wußte, wovon sie sprach, von der brutalen Repressionsmaschinerie eines Regimes, das sich nach außen liberal und demokratisch gibt, das aber die eigenen Bürger, die um ihre Rechte kämpfen, wie Freiwild zum Abschluß freigibt.

KOLUMBIEN

Drogen als Wirtschaftsfaktor



Die "andere Ökonomie" – illegaler Marihuana- und Kokaanbau – bestimmt die kolumbianische Wirtschaft zunehmend

Auszug aus einem Artikel über "Wirtschaft und Politik der Drogen in Lateinamerika" von dem kolumbianischen Soziologieprofessor Alvaro C a m a c h o.

Kolumbien exportiert etwa 80% des Kokains, das in den Vereinigten Staaten konsumiert wird, d.h. 14 Tonnen, und wenn man in dem Land einen durchschnittlichen Kaufpreis von 20 000 Dollar annimmt, so betragen die kolumbianischen Einnahmen etwa 145 Millionen. Das ist etwa 1 % des Bruttoinlandsproduktes.

Für Marihuana nennen die neuesten Studien Zahlen von 756 Millionen Dollar bzw. 1 400 Millionen (1), was etwa 3 bzw. 6% des B.I.P. entspricht.

Produktion und Wirtschaft

Koka (das Rohmaterial) wird von peruanischen und bolivianischen Kleinbauern angekauft. So werden ihnen die Verkaufsbedingungen von der Nachfrage diktiert. Man hat kalkuliert, daß die Bauern etwas weniger als 1% des Gesamtwertes im nordamerikanischen Kleinhandel bekommen. Das ist jedoch immernoch ein wesentlich höherer Preis als der, den sie für andere Agrarprodukte erhalten. Die Organisierung dieser Bauern wird dadurch erschwert, daß die Anbauflächen verstreut sind.

Obwohl die Herstellung des Kokains ein fast ausschließliches Privileg Kolumbiens ist, werden sowohl in Peru als auch in Bolivien einige Phasen des Verarbeitungsprozesses durchgeführt,

so insbesondere der von dem Blatt zur Masse und manchmal auch der zum Endprodukt. Nur in sehr seltenen Fällen wird in jenen Ländern das Kokainpulver hergestellt. Da die Wertsteigerung in den ersten beiden Phasen des Prozesses relativ niedrig ist, ist erklärlich, warum das Geschäft in Kolumbien größere Ausmaße annimmt. Die folgende Tabelle gibt einen etwaigen Eindruck von diesen Preisdifferenzen.

Wie gesagt, kalkuliert man im allgemeinen, daß etwa 80% des Kokains, das man in den USA konsumiert, aus Kolumbien eingeführt wird. Auch findet in Kolumbien die größte Wertsteigerung des

PREISDIFFERENZEN BEIM PRODUKTIONSPROZESS VON KOKAIN

Etappe des Produktionsprozesses bzw. der Vermarktung	Preisebene US \$ pro kg
Masse	4 000 - 5 000
Stoff	8 000 - 10 000
Pulver	20 000
US Großhandel	50 000
Verbraucher	500 000

Quelle: Junguito und Caballero, s.u.(1)

Produktes statt, was jedoch nicht besagt, daß die Gewinne in den Taschen der Kolumbianer bleiben. Im Gegenteil, ein wesentlicher Teil davon vergrößert den Reichtum der nordamerikanischen Händler, die ihre Geschäfte in Kolumbien machen. Das bedeutet, daß die Gewinne schließlich direkt mit den Händlern das Land verlassen und nur ein geringer Teil in den Händen der inländischen Zwischenhändler verbleibt. (Dieser geringe Teil macht immer noch einen wesentlichen Umfang aus. In diesem Zusammenhang spricht man von der neu emporkommenden Bourgeoisie. d. Übers.)

Einer neueren Studie des Nationalen Verbandes für Industrie und Finanzen (ANIF) zufolge waren zur Zeit in Kolumbien etwa 30 000 Hektar Land mit Marihuana bebaut, wovon eine Produktion von von 15 000 Tonnen erzielt wird. Das bedeutet, daß wenn man einen Produzentenpreis von 160 kolumbianischen Pesos pro Pfund annimmt, man mit der jährlichen Produktion eine Summe von 4 800 Millionen Pesos oder 1 400 Millionen Dollar erreicht. Folgt man der Studie, so sind etwa 10 000 Produzenten am Anbau beteiligt und etwa 30 000 Familien erhalten ihren Lebensunterhalt davon. Die folgende Tabelle gibt hierüber eine genauere Übersicht.

MARIHUANAWIRTSCHAFT: DER PRODUKTIONSPROZESS

Merkmale des Prozesses	Schätzung A	Schätzung B
	Fedesarrollo	ANIF
Bebaute Fläche (ha)	40 000	30 000
produzierte Menge (t)	20 000	15 000
Produzentenpreis	4 - 5 (US\$)	4 (US\$)
Ø Tageslohn	0.25 (US\$)	0.75 (US\$)

Quelle: Fedesarrollo (Junguito y Caballero), ANIF, s.u.(1)

Obwohl im allgemeinen kleiner Landbesitz überwiegt, hat bereits ein Prozeß der zunehmenden Konzentration des Großgrundbesitzes begonnen. Auf diesem Land ist der Bau von Landungspisten vorgesehen. Den Konzentrationsprozeß kann man auf dem Hintergrund der hohen Rentabilität des Anbaus, der auch durch die folgenden Zahlen von ANIF belegt wird, erklären:

Für die beste produktivste Kaffeesorte beträgt der Gewinn pro Hektar bei optimalen Preisen 42500 kolumbianische Pesos. Für Marihuana beträgt der Gewinn pro Hektar dagegen 101000 kolumbianische Pesos pro Hektar, d.h. fast 2,5 mal mehr.

Nach der genannten Studie macht der Export von Marihuana 39% des gesamten Exportes des Landes aus. Das entspricht 3582 US Dollar (bzw. 171 US Dollar von 1978), was etwa 83% der gesamten Kaffeeexporte gleichkommt. Der Kaffeeanbau ist jedoch arbeitsintensiver. "Fast 2 Millionen Personen sind direkt im Kaffeeanbau beschäftigt gegenüber 30 000 Personen, die im Marihuanaanbau tätig sind."

Wenn man eine 10%ige Steuer auf Marihuana erheben würde, so könnte der kolumbianische Staat etwa 800 Millionen Pesos (20 Mio Dollar) einnehmen und wenn man eine Steuer, die der des Kaffees entspräche, einsetzen würde, so könnte der Staat 6 720 Millionen Pesos d.h. 168 Millionen Dollar einnehmen.

Marihuana und Kokain sind jedoch nur Beispiele für Waren, die in eine unterirdische, illegale Wirtschaft einbezogen sind, die die jetzige kolumbianische Wirtschaft charakterisiert.

So haben nach den Schätzungen von Fedesarrollo die illegalen kolumbianischen Exporte zwischen 1970 und 1977 um das 14 1/2 fache zugenommen, während das B.I.P. sich um das 3 1/2 fache vergrößerte. Das weist deutlich auf den Zuwachs eines Typs wirtschaftlicher Aktivität hin, die notwendigerweise die nationale Wirtschaft beeinflusst und die sich in einem zusätzlichen Devisenzufluß zu dem der Kaffee-Bonanza (1975-77) auswirkt.

Ein wesentlicher Anteil dieser Devisen fließt auf den schwarzen Kapitalmarkt, wo hohe Rentabilitätsraten bestehen. So greift ein beachtlicher Teil von Unternehmern (Fedesarrollo-Studie) auf Kredite, die außerhalb von Banken angeboten werden, zurück. 1977/8 äußerten 10% der befragten Unternehmer, daß sie diese Kredite verwandt hätten.

Dieses Phänomen ist jedoch nicht nur im Kontext einfacher Spekulation zu begreifen, sondern vielmehr im globalen Kontext der Herausbildung einer Profitrate innerhalb eines spezifischen Modells der Kapitalakkumulation.

Zum Anteil der Arbeit am Produktionsprozeß ist festzuhalten, daß der Reallohn von 1970 bis 1977 um 22,6% fiel, und daß der Anteil der Arbeit am Nationaleinkommen 1970 41,2% und 1978 nur noch 34,8% betrug, weiterhin, daß die reichsten 20% der Bevölkerung 70% des gesamten Einkommens erhalten, während auf dem anderen Extrem 60% nur 16% erhalten. Selbst die Regierung hat den zunehmenden Konzentrationsprozeß festgestellt, der in allen Branchen zum Verschwinden und der Vereinnahmung von mittleren Industrien durch große Monopole und Wirtschaftsgruppen führt.

Drogen, Korruption und Macht

Kolumbien hat den wenig ehrenhaften Ruf, das Paradies von Drogenhändlern zu sein. Die folgenden Informationen entstammen der kolumbianischen Presse, deren Kampagnen gegen Kokain und Marihuana sehr umfangreich waren. Man muß zunächst erwähnen, daß das Telephon eines Ministers vom Geheimdienst abgehört

wurde, da schwerwiegender Verdacht dafür bestand, daß er es für die Kontaktaufnahme mit bekannten Schmugglern nutzte; de facto hat ein Gespräch, das von diesem Telephon geführt wurde, es erlaubt, daß ein hoher Funktionär des Ministeriums, der vom Minister protegiert wurde, vom Büro des Letzteren aus das Vorgehen eines großen Kaffeeschmugglers koordinierte; sogar der Präsident der Republik war gezwungen, festzustellen, daß die Tatsachen der Wahrheit entsprachen und die sofortige Auswechslung des Funktionärs anzuordnen, was nicht befolgt wurde und daher das Ministeramt selbst kostete.

1971 wurde auf dem Flughafen von Bogota der Direktor des Geheimdienstes mit einer Ladung Kokain festgenommen: beim Verhör versicherte der Funktionär, daß er selbst nur ein Überbringer zwischen peruanischen Schmugglern und dem Chef der Organisation sei. Während der Untersuchung, die 1974 stattfand, fand man heraus, daß diese Information nicht nur richtig sei, sondern auch, daß der Direktor die Abteilung für die Verwaltung der Sicherheit in ein mächtiges Netz des Rauschgift-handels umgewandelt hatte. Zur Zeit sitzt der General, der den Direktorposten inne hatte, im Gefängnis.

(Aus dieser und ähnlichen Geschichten muß man konsequenterweise folgern, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der neu empor-kommenden Bourgeoisie Sicherheitsbeamte und Militärs sind. Man kann dann jedoch darauf schließen, daß diese - angesichts ihrer neu befestigten ökonomischen Macht - ihre politische Macht nicht so ohne weiteres freiwillig abgeben werden. d. Übers.)

Die Zeitschrift Alternativa führte eine Kampagne gegen hohe Persönlichkeiten in Heer und Polizei, die sie als Maffiosi entlarvte. Zu diesen gehörte der Verteidigungsminister, der höchste militärische Befehlshaber, der dies leugnete und die Zeitschrift verklagte. Das Urteil, das später gefällt wurde, war negativ für den Minister und bekräftigte die Anklage durch die Zeitschrift Alternativa.

Der Verfallsprozeß der politischen Verhältnisse in Kolumbien ist eng verbunden mit Produktion und Handel von Rauschgift. So wurde von Alternativa die These aufgestellt, daß es die Rolle der Militärs sei, endgültig die rechtliche Macht an sich zu reißen und zunehmend Einfluß auf die Staatsführung auszuüben. Statt der bekannten Erläuterungen des Phänomens, daß es um die Unterbindung von Aktionen subversiver Gruppen und nebenher auch um die Sicherung einer stärkeren Herrschaft des Kapitals im oben beschriebenen Prozeß gehe, könnte man auch eine andere Meinung vertreten, so wie es 'Le Monde' und viele Kolumbianer darunter auch bekannte Ex-Militärs tun, daß das Militär diese Rolle unter anderem auch deswegen übernommen hat, um jegliche Untersuchung oder Anklage seiner eigenen inneren Korruption zu verhindern.

Das hat sogar zu dem Extrem geführt, daß die nordamerikanische Regierung zögerte, Kolumbien Flugzeuge zur Rauschgift-handelbekämpfung zu übergeben. Frau Carter teilte dem (vorigen) kolumbianischen Präsidenten Lopez bei einem Besuch mit, daß ihr Mann fürchte, daß die kolumbianischen Militärs die Flugzeuge und Hubschrauber zur Vergrößerung ihrer eigenen Vorteile beim Rauschgift-handel einsetzen würden. Der Präsident sah sich gezwungen zu antworten: "wir korrumpieren nicht Euch, ihr korrumpiert uns."

All diese Hinweise zeigen eine Beziehung zwischen Tätigkeiten, die mit dem Rauschgifthandel und mit der Machtstruktur Lateinamerikas zusammenhängen. Auch wird ein weiterer Aspekt deutlich: Unter den "Maffia"-Aktivitäten verbirgt sich eine repressive Politik: einerseits ist der offen reaktionäre Charakter der Rauschgiftbanden gut bekannt und dokumentiert, nicht nur in bezug auf die Art des Handels selbst, sondern auch in bezug auf ihre politische Überzeugungen.

Andererseits ist es die Politik der Repression des Handels selbst, hinter der sich ein ganzer repressiver Apparat verbirgt, insbesondere von der nordamerikanischen Regierung und ihrem Büro für Anti-Betäubungsmittel, das eine brutālere Rolle als der CIA ausübt. Diese Politik wird ihrerseits enthusiastisch von den dunkelsten Kräften der lateinamerikanischen Szene unterstützt, wie es die Brutalität, die in der Kampagne gegen Marihuana in Kolumbien angewandt wurde, bezeugt.

(Man versucht die Brutalität dadurch zu rechtfertigen, daß man sagt, sie richte sich ausschließlich auf den Kampf gegen den Rauschgiftschmuggel. Bei näherem Hinschauen wird jedoch deutlich, daß dieser Kampf gegen den Rauschgiftschmuggel nur ein Vorwand für die Festnahme und versuchte Ausschaltung des politischen Gegners ist. d. Übersetzer.)

- (1) Roberto Junguito Bonnet y Carlos Caballero Argáez:
La Otra Economía, in: Coyuntura Económica, Bogotá, Fedesarrollo 1978 und
Departamento de Investigaciones Económicas de ANIF:
Implicaciones sociales y económicas de la producción de marihuana en Colombia, Bogotá, Simposio sobre marihuana organizado por ANIF, marzo 15 1979

Dem ist jedoch hinzuzufügen, daß sich die mit dem Marihuananbau verbundene Ausbeutungstruktur in Kürze erheblich verschärfen wird, da - wie Ernesto Samper in seinem Buch "Die Legalisierung der Marihuana: Grundlagen für einen Vorschlag" (Übersetzung d. Redvgl. Alternativa 257/30,1) schreibt - der Prozeß der Legalisierung nicht nur des Konsums sondern auch des Anbaus von Marihuana in den USA sich zunehmend beschleunigt:

"...man kann sagen, daß heute 25 % der Marihuana, die in den USA konsumiert wird "homegrown" ist (Dortselbst produziert wird) und daß - wenn sich die jetzige Tendenz verstärkt - man dort in 4 oder 5 Jahren sich damit selbst versorgen können wird. Dann werden wir nicht nur den Markt verlieren, sondern auch Millionen von Pesos und viele Leben damit falsch geopfert haben, daß wir die Produktion unterdrückt haben, die unter toleranten Blicken im Zentrum des Konsums wieder aufgezo-gen wird."

"...Mit der Legalisierung wird der hohe Preis, den die Konsumenten heute auf grund des mit Anbau, Transport und Verteilung verbundenen Risikos auf etwa die Hälfte sinken. Das wird es den Industriellen, die in dieses Geschäft einsteigen, ermöglichen, sich den Gewinn mit dem nordamerikanischen Staat aufzuteilen, der hohe Steuern auf den bereits legalisierten Artikel erheben wird. Damit werden Preise erreicht, die den jetzigen nahekommen, nur daß sie den nordamerikanischen Produzenten und der Staatskasse zugute kommen werden. (In der Studie wird überschlagen, daß die Marihuana dem Staat ein jährliches Einkommen von etwa 3,3 Millionen Dollar einbringen kann)."

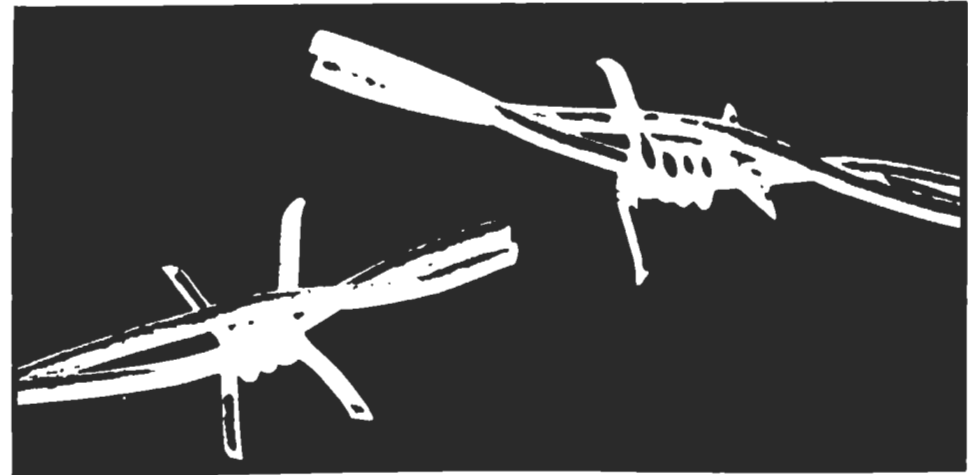
ARGENTINIEN

Tischlerei-Projekt

Die in Argentinien arbeitenden Menschenrechtsorganisationen müssen sich nicht nur um die politischen Gefangenen und Verschwundenen kümmern, sondern sehen sich auch mit dem Problem konfrontiert, daß deren Familienangehörige ebenfalls Unterstützung brauchen.

Die Angehörigen von Gefangenen und Verschwundenen haben selbst unter der Repression zu leiden: sie werden überwacht, ihre Wohnungen durchsucht und oft zerstört. Außerdem bekommen viele von ihnen wegen ihrer Verwandtschaft mit einem Gefangenen keine Arbeit oder werden entlassen. Zusätzlich zu dem dadurch entstehenden wirtschaftlichen Elend haben sie noch beträchtliche Ausgaben für ihre gefangenen Familienmitglieder: sie müssen sie mit Nahrung, Kleidung und Medikamenten unterstützen, die Kosten für Rechtsbeistand tragen, die Reisen zu den Gefängnissen bezahlen, wenn sie die Gefangenen besuchen wollen.

Die Menschenrechtskommissionen unterstützen diese Familien, indem sie ihnen finanzielle Unterstützung für Besuchsreisen, Rechtsbeistand, medizinische Versorgung, die Ausbildung der Kinder u.ä. gewähren. Die Zahl der Hilfsbedürftigen ist kaum abzuschätzen, da es in Argentinien nach Angaben der Menschenrechtskommissionen 30 000 Verschwundene, 15 000 politische Gefangene und 10 000 Ermordete gibt. Etwa die Hälfte ihrer Angehörigen hat Kontakt zu den Kommissionen.



Um diesen Familien wenigsten das Minimum eines Auskommens zu schaffen, wurde jetzt ein Projekt entwickelt, das so viel Gewinn abwerfen soll, daß die Mitarbeiter davon leben und alle drei Monate eine Reise zu ihren gefangenen Angehörigen bezahlen können.

Dieses Projekt sieht die Errichtung einer Möbeltischlerei für Feinarbeiten vor, die sich am zahlungskräftigen Luxuskonsum ausrichtet, weil nur auf diese Weise das Projekt in absehbarer Zeit sich selbst tragen kann. In dieser Werkstatt sollen zunächst 8 Personen arbeiten, später, wenn sich Produktion und Verkauf stabilisiert haben, sollen weitere Mitarbeiter hinzukommen.

Zum Aufbau des Projekts benötigt die Gruppe eine Vorfinanzierung, die die notwendigen Maschinen, Rohstoffe, Löhne für drei Monate und andere Leistungen umfaßt. Die Kalkulation sieht folgendermaßen aus:

1) Raum	7 380,-
2) Elektrizität, Wasser (3 Monate)	222,-
3) Maschinen	17 024,-
4) Rohstoffe: Holz, Farbe etc.	5 535,-
5) Wartung	1 660,-
6) Gewinnsteuer	1 290,-
7) Büro: Schreibmaschinen etc.	922,-
8) Sozialleistungen	370,-
9) Vertrieb und Transport	370,-
10) Lohn (8 Personen, 3 Monate)	6 639,-
11) 1 Besuchsreise der Angehörigen zu den Gefangenen (8 Personen)	1 844,-
GESAMTKOSTEN:	43 256,- =====

Spenden für das Projekt können auf folgendes Konto überwiesen werden:

I. Mutter
Konto-Nr. 432785 - 108
Deutsche Bundespost Berlin
Kennwort: "Argentinische Frauen"

ARBEITSMATERIALIEN ZUM PROJEBEREICH DRITTE WELT

Misereor — zum politischen Standort eines kirchlichen Hilfswerkes

Untersuchungen zu den Misereor-Materialien: Werk- und Jugendmappen der letzten Jahre; Länderhefte; Unterrichtseinheiten; Plakatserien; Filme.

Weitere Themen: Probleme der Projekthilfe; grundsätzliche entwicklungspolitische Fragestellungen; Ursachen der Unterentwicklung und Begriffsbestimmung von Entwicklung etc.

290 Seiten, Unkostenbeitrag DM 6,-

VW do Brasil — Entwicklungshilfe im besten Sinne

Brasilien — El Dorado multinationaler Konzerne; politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Analyse des Nutzeffektes von Privatinvestitionen am Beispiel der VW-Unternehmen in Brasilien, Aspekte der Personalpolitik VW do Brasil, zur Lage der brasilianischen Arbeiterklasse, VW-Geschäftsbericht.

154 Seiten, DM 3,50

Ujamaa in Tansania

Die Mobilisierung der Bauernschaft als Entwicklungsstrategie (Anhang: Bücher, Filme, Tonbildserien, Unterrichtseinheiten)

66 Seiten, DM 2,-

Bestellungen an:

Arbeitsgemeinschaft katholischer Hochschul- und Studentengemeinden,
Rheinweg 34, 5300 Bonn 1,
Tel.: 02221 / 23 40 21

VANILDA PEREIRA PAIVA

NATIONALISMUS UND BEWUßTSEINSBILDUNG IN BRASILIEN,
INSBESONDERE BEI PAULO FREIRE

Frankfurt a.M. 1980 (382 Seiten)

zubestellen bei:

Renate Gerhardt
An der Fischerweide 20
6000 Frankfurt 50

Preis: 22 DM

inhaltl. Hinweis: "Die Neuerscheinung behandelt die theoretischen und politischen Hintergründe der Pädagogik Paulo Freires in Brasilien vor 1964."